Mittwoch, 23. Januar 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 19 - 4. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 30,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Zutritt verwehrt: Bedienstete der Ostberliner „Deutschen Reichsbahn" haben Bundesverkehrsminister Dollinger den Zutritt zum Fernbahnsteig des Bahnhofs Zoo in West-Berlin verweigert. Das Gelände untersteht betriebstechnisch der „Reichsbahn", gehört jedoch eindeutig zu westlichem Hoheitsgebiet. (S. 4)

BAFöG: Die Umstellung der Ausbildungsförderung auf Volldarlehen hat die Inanspruchnahme der Förderungsmittel „nicht erkennbar beeinflußt", teilte Bildungsministerin Wilms mit.

„Tag für Afrika": In einer Gemeinschaftsaktion wollen 18 deutsche Hilfsorganisationen heute Spenden für Hungernde in Afrika sammeln. In vielen Teilen der Bundesrepublik wird mit Glockengeläut zur Fürbitte für die Hungernden eingeladen. Bundespräsident von Weizsäcker rief gestern die Bevölkerung zu großzügigen Spenden auf. (S. 16)

Umwelt: Den Smog-Alarm in weiten Teilen Nordrhein-Westfalens will die SPD noch in dieser Woche im Bundestag diskutieren. Dabei werde sie, so Oppositionschef Vogel, die Position der NRW-Landesregierung im Streit mit Bonner Unionspolitikern ausdrücklich unterstützen. (S. 8)

Bundeswehr: Bayern lehnt den Plan von Verteidigungsminister Wörner ab, zur Lösung des Verwendungsstaus in den Streitkräften 1500 Offiziere von 45 Jahren an frühzeitig zu pensionieren. Hier handele es sich um „eklatante Ungleichbehandlung" von Offizieren und anderen Beamten.

Hessen: Die Mehrheit für den von der SPD-Landesregierung vorgelegten Teilhaushalt scheint gesichert. Die Landtagsgruppe der Grünen will dem Etat zustimmen. Auch die CDU ist offenbar bereit, ihn trotz verfassungsrechtlicher Bedenken passieren zu lassen.

Golfkrieg: Sieben arabische Staaten haben Iran mit einer Überprüfung der bilateralen Beziehungen gedroht, falls es sich weiterhin weigert, mit Irak über eine Beendigung des Kriegs zu reden. Die Türkei und Iran haben vereinbart, gemeinsam zwei Pipelines zu bauen, die iranisches Erdöl und Erdgas in die Türkei und nach Europa bringen sollen.

Afghanistan: Bei einem Angriff auf den sowjetischen Luftwaffenstützpunkt Bagram haben Widerstandskämpfer zwölf Hubschrauber zerstört, berichten westliche Diplomaten. Die Helikopter konnten wegen eines Schneesturms nicht starten.

ZITAT DES TAGES



›› Nein, es kann keine Frage sein, daß ich gegen meinen Willen ein Regime unterstütze, unter dem sich tagtäglich abscheuliche Vorgänge abspielen ‹‹

Der in Frankreich lebende rumänische Schriftsteller Eugène Ionesco zur Begründung seiner Absage einer Einladung nach Polen FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Dollar: Die Bundesbank sowie die Zentralbanken Großbritanniens, Frankreichs, der Niederlande, Österreichs und der skandinavischen Länder haben gestern in einer konzertierten Aktion auf den Devisenmärkten interveniert, um einen weiteren Kursanstieg des Dollar zu verhindern. (S. 9)

Defizit halbiert: Frankreich hat 1984 sein Defizit in der Handelsbilanz auf saisonbereinigt 19,8 Milliarden Franc mehr als halbiert. Das Defizit hatte 1982 bei 94 Milliarden und 1983 bei 43,5 Milliarden Franc gelegen. (S. 10)

Allianz: Die Beitragseinnahmen steigen 1984 weltweit um 5,7 Prozent auf 16,3 Milliarden DM. Nicht ausgeschlossen ist, daß die Dividende für 1984 erhöht wird. (S. 11)

Bauindustrie: Die Baugenehmigungen sind 1984 wieder auf den Stand von 1982 abgesunken, geht aus Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hervor.

USA: Das Bruttosozialprodukt stieg 1984 um 6,8 Prozent, das stärkste Wachstum seit 1951.

Börse: Eine neue Kaufwelle führte am Dienstag zunächst zu steigenden Kursen, die nach Gewinnmitnahmen in der zweiten Börsenstunde aber nicht behauptet werden konnten. WELT-Aktienindex 168,6 (168,1). Renten gaben leicht nach. BHF-Rentenindex 102,532 (102,626). Performance-Index 100,083 (100,146). Dollar-Mittelkurs 3,1650 (3,1680) Mark. Goldpreis je Feinunze 306,90 (307,25) Dollar.

KULTUR

Moderne Kunst: Wer dieses Genre liebt, den muß die Ausstellung „La Grande Parade" im Amsterdamer Stedelijk Museum faszinieren. Sie vereint 300 Meisterwerke aus europäischen und amerikanischen Sammlungen. Damit verabschiedet sich Edy de Wilde, Museumsdirektor seit 1963. (S. 15)

Neuer Nationalpark: In der Äußeren Mongolei entsteht einer der größten Nationalparks der Welt. In diesem Flachland in etwa 1000 Meter Höhe mit extremer Winterkälte und Trockenheit finden mehrere Arten Großwild ein letztes Refugium, darunter rund 700 wilde Baktrische Kamele. (S. 15)

SPORT

Ski Nordisch: Finnland gewann bei den Weltmeisterschaften das Mannschafts-Springen mit nur 2,8 Punkten Vorsprung vor Österreich. Das Team der Bundesrepublik belegte Platz acht.

Fußball: Auch der zweite Spieltag der Zweiten Liga wurde für das Wochenende komplett abgesagt. Das Länderspiel gegen Ungarn in Hamburg, das am 29. Januar stattfinden soll, ist gefährdet. (S. 7)

AUS ALLER WELT

Kirche gesprengt: Die „DDR"-Regierung hat gestern ihr Vorhaben wahrgemacht und die auf Ostberliner Gebiet direkt an der Mauer stehende Versöhnungskirche gesprengt. (S. 16)

Autofreies Rom? Im Mai sollen die Bürger Roms auf Beschluß der Stadtverwaltung in einer Volksabstimmung darüber entscheiden, ob die Privatautos aus der Innenstadt verbannt werden.

Wetter: Bewölkt, gebietsweise Regen. Plus 2 bis 5 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kanzler sagt Schlesiern Kommen zu. Neues Motto

Hupka bedauert „Mißverständnisse" / Fragen nach Genschers Rolle

fac./E.N. Bonn

Bundeskanzler Kohl wird auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier am 16. Juni in Hannover sprechen, nachdem die Landsmannschaft Schlesien das umstrittene Leitwort „40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser" geändert hat. Mit der Formulierung des Mottos „40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unsere Zukunft im Europa freier Völker" erreichte die Organisation die telefonische Zusage des Regierungschefs, auf der Veranstaltung in Hannover zu sprechen. In einem Brief an den Kanzler bedauerte der Vorsitzende der Landsmannschaft, der CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Hupka, die aufgetretenen „Mißverständnisse". Es sei aus dem Motto herausgelesen worden, es solle „heute etwas gewaltsam verändert, eine neue Vertreibung geplant, fremdes Territorium in Anspruch genommen und gegen die deutsch-polnische Verständigung gehandelt" werden.

Das neue Leitwort zeigt nach den Worten Hupkas, daß Schlesien nicht Vergangenheit sei, sondern Zukunft in einem Europa, „in dem Grenzen keine Rolle mehr spielen". Auf die Frage, warum das jetzt gefundene Motto nicht bereits während der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion mit dem Bundeskanzler in Berlin mitgeteilt worden sei, sagte Hupka, der Bundesvorstand der Landsmannschaft habe erst zustimmen müssen. In „stundenlangen Telefongesprächen" sei die Abstimmung zustande gekommen. Der Vorsitzende der Landsmannschaft präzisierte die Haltung der

SEITE 2:
Sieg der Ratio
SEITE 4:
Weitere Beiträge

Schlesier: Die Polen hätten heute in Schlesien ein Heimatrecht. Die Landsmannschaft Schlesien sieht in dem einstimmig beschlossenen Motto nicht zuletzt die Verantwortung der Bundesregierung zum Ausdruck gebracht, entsprechend den Rechtspositionen zu handeln. Gemäß Grundgesetz, Deutschlandvertrag, Brief zur Deutschen Einheit, Gemeinsamer Entschließung des Bundestages vom 17. Mai 1972 zu den Ostverträgen und Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bleibe Deutschland in allen seinen Teilen Auftrag freiheitlicher Deutschland- und Europapolitik. „Und dieser Auftrag umschließt die ganze deutsche Frage", heißt es in dem Brief an den Bundeskanzler.

In Kreisen der Vertriebenenverbände regt sich unterdessen neue Kritik an Bundesaußenminister Genscher. Ihm wird zum Beispiel vom Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, Herbert Czaja, vorgehalten, die Ostverträge anders zu interpretieren als der Bundeskanzler, nämlich als Grenzanerkennungsverträge. Es wurde sogar der Verdacht offen ausgesprochen, Genscher habe nach Bekanntwerden des ursprünglichen Schlesier-Mottos Kritik an dem Leitwort inspiriert, um eine Diskussion in Gang zu setzen, die sich positiv auf die Pläne für seine – verschobene – Warschau-Reise auswirke. Die offiziellen polnischen Medien hatten in der Vergangenheit wiederholt die von Genscher eingenommene Position gelobt und von einem Gegensatz zwischen ihm und Kohl gesprochen.

Neue Flügelkämpfe in der SPD

Halbzeitbilanz der Fraktion / Gegensätze zwischen Brandt und Vogel aufgebrochen

PETER PHILIPPS, Bonn

In der SPD-Bundestagsfraktion sind gestern die Gegensätze über den künftigen Oppositionskurs voll aufgebrochen, die sich bereits in den vergangenen Wochen in unterschiedlichen Bewertungen des Oppositionsführers Hans-Jochen Vogel und des Parteichefs Willy Brandt angedeutet hatten. Im Mittelpunkt der Fraktions-Diskussion standen das Verhältnis der SPD zu den Grünen, das Erscheinungsbild als Opposition sowie die Schwerpunktsetzung bei der parlamentarischen Arbeit.

Die Fraktion hatte sich zusammengesetzt, um auf der Basis des „Liebe-Freunde"-Briefs Vogels Halbzeitbilanz der Legislaturperiode zu ziehen. Zum ersten Mal seit den Tagen der Nachrüstungsdebatte meldeten sich dabei die Vertreter der rechten Fraktionsminderheit wieder nachdrücklich zu Wort. Sie hatten bereits vorher dem Fraktionschef schriftlich ihre Kritik mitgeteilt.

Einer der Wortführer, der ehemalige Bundesminister Dieter Haack, monierte „das opportunistische Anpassen an modische Strömungen und Bewegungen in den beiden letzten Jahren, ohne eigenes Profil zu zeigen". Die SPD habe durch diesen Kurs einen „Glaubwürdigkeitsverlust" sowie eine „Beschädigung des eigenen Ansehens" hinnehmen müssen. „Auf diese Weise haben wir die politische Mitte geräumt, ohne die die SPD nicht regierungsfähig sein kann."

Haack, der von Annemarie Renger, Brigitte Traupe und Herbert Ehrenberg unterstützt wurde, bekräftigte: „Die Grünen dürfen für die SPD auf Bundesebene kein Partner sein", sie seien „Wanderer zwischen Ost und West". Vor allem auf Vogels Analyse, daß die Grünen durch ihre Existenz „auch die Chance zu System-Innovation und zum Abbau erkannter Defizite" böten, zielte die Replik: „Der entscheidende Kritikpunkt ist Deine Einstellung zu den Grünen."

Hier war kürzlich auch eine Differenz zwischen Vogel und Brandt deutlich geworden, der nach den hessischen Erfahrungen erklärt hatte: „Die Grünen sind überflüssig", während Vogel gestern noch einmal bekräftigte, daß er ein endgültiges Urteil über bundespolitische Kooperationsmöglichkeiten mit den Grünen noch nicht fällen wolle. Seine „Skepsis" sei allerdings nach dem Hamburger Parteitag der Grünen und nach Hessen „größer geworden".

In der Diskussion um die nächste SPD-Spitzenkandidatur wollen Vogel und der NRW-Ministerpräsident Rau künftig „immer wortgleich" reden. Darauf hätten sie sich am Montag abend verständigt, sagte der Oppositionsführer gestern in einem Pressegespräch in Bonn. Sollte es tatsächlich zu einer Situation kommen, in der die Kanzlerkandidatur nur auf ihn und Rau zulaufe, sagte Vogel, dann würden sie sich beide so einigen, wie es auch in der Vergangenheit geschehen sei. Unbedingt wolle er aber dem Eindruck entgegenwirken, als machten nur zwei Männer in der SPD die Kanzlerkandidatur unter sich aus.

„DDR" drängt beide Supermächte

Stationierungsstopp wäre „kein Schaden" / Bevölkerung lehnt SS-20-Aufstellung ab

hrk. Berlin

Die „DDR" drängt offenbar Moskau dazu, auf eine Fortsetzung der bisher ununterbrochen weitergehenden Stationierung neuer SS-20-Systeme in Mitteldeutschland zu verzichten. In einem gestern vom SED-Blatt „Neues Deutschland" veröffentlichten Kommentar heißt es, eine sowjetisch-amerikanische Verständigung über einen Stationierungsstopp auf „beiden Seiten" wäre sinnvoll.

Ganz offenkundig auch im Blick auf die neuen Atomraketen auf „DDR"-Boden schreibt das Blatt in Darlegung der offiziellen Führungsauffassung: „Warum also sollten weitere nukleare Mittelstreckenwaffen stationiert werden, wenn beide Seiten deren Vernichtung als ihre letzliche Aufgabe betrachten?"

Augenscheinlich in Richtung Moskau, bemerkt der stellvertretende „ND"-Chefredakteur Werner Micke, dem gute Beziehungen zu Honecker nachgesagt werden: „Niemand hätte einen Schaden, einen Verlust an Sicherheit davon, wenn beide Seiten sich auf ein solches Moratorium einigten."

Die Tendenz des Kommentars greift die Haltung von SED-Generalsekretär Erich Honecker auf, der im November 1983 in seinem Bericht vor dem SED-Zentralkomitee geäußert hatte, auch die eigene Bevölkerung sei über Sowjetraketen im Land „nicht begeistert". Dies hatte ihm und Außenminister Oskar Fischer heftige Kritik der „Falken"-Gruppe in Moskau unter Führung von Andrej Gromyko eingetragen. Später hatte Honecker dann die Stationierungsbeschlüsse und ihre Vollziehung lebhaft begrüßt und als „unverzichtbar" verteidigt.

Zur Bekräftigung der offiziellen Linie, die in dem Beitrag zum Ausdruck kommt, heißt es zum Schluß: „Das ist auch die Auffassung der DDR und aller ihrer Bürger." Als Beleg dafür, daß die Forderung nach beiderseitigem – also auch sowjetischem – Raketenstationierungsstopp in Europa verbreitet sei, führt die SED-Zeitung mehrere Kronzeugen auf, so die französische Friedensbewegung, die die „Einstellung der Stationierung neuer Raketen in Europa" gefordert habe. „Breite Kreise" in der Bundesrepublik Deutschland wünschten, was Willy Brandt mit einem umfassenden Stationierungsstopp als „wesentlichem Bestandteil" des vom Kommentator äußerst positiv gewürdigten Verhandlungsprozesses fordere. Das Blatt beruft sich ferner auf die Forderungen der skandinavischen Sozialdemokraten nach einem „Einfrieren" der beiderseitigen Atomwaffenpotentiale.

Insgesamt fällt der nüchterne und unpolemische Ton auf, in dem die komplizierte amerikanisch-sowjetische Verhandlungsmaterie dargelegt wird. „ND" verzichtet auf die stereotypen Schuldzuweisungen an die Adresse Washingtons.

Bonn denkt „über den 8. Mai hinaus"

Kohl weist Antonow auf Perspektiven zur Überwindung sowjetischer Revanchismus-Kampagne hin

kie. Bonn

Es wird in Bonn immer deutlicher, daß die Koalition in Bonn so etwas wie eine Gegenkampagne des Positiven starten will, die der einseitigen Konzentration Moskaus auf die Umstände des 8. Mai den Wind aus den Segeln nehmen soll.

Bundeskanzler Kohl nahm seine Begegnung mit dem stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Antonow gestern nachmittag zum Anlaß, darauf hinzuweisen, daß Moskaus Revanchismus-Kampagne gegen Bonn den deutsch-sowjetischen Beziehungen nicht dienlich sei. Die Bundesregierung sehe im Kalenderjahr 1985 für das deutsch-sowjetische Verhältnis nicht nur Gedenktage wie den 8. Mai herannahen, sagte Kohl, sondern auch solche Daten wie den 13. September, an dem vor 30 Jahren die diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion wieder aufgenommen wurden, sowie den 12. August, den 15. Jahrestag der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages. Regierungskreise verbinden mit dieser Aussage die Hoffnung, daß Moskau über die Brücke dieser anderen Gedenktage einen Weg findet, nach dem Mai 1985 seine Kampagne ohne Gesichtsverlust zu begraben.

Kohl und Antonow trafen sich, so Staatssekretär Boenisch, zu einer „ernsten und freimütigen Aussprache. Die Begegnung fand gestern nachmittag am Ende der Bonner

SEITE 2:
Der Handel läuft
SEITE 9:
Bangemann sieht gute Chancen

deutsch-sowjetischen Wirtschaftskonsultationen statt und nach einem Vier-Augen-Gespräch, das Außenminister Genscher seinerseits mit dem sowjetischen Gast geführt hatte.

Der Kanzler betonte in seinem Treffen mit Antonow vor allem die politische Bedeutung, die die Bundesregierung den Wirtschaftskontakten zu Moskau beimißt. Im Zusammenhang mit dem in Genf wiederaufgenommenen Abrüstungsdialog zwischen den Supermächten erinnerte Kohl daran, daß die ganze Breite des Ost-West-Verhältnisses einer positiven Gestaltung bedürfe. Die Bundesregierung sieht in dem Genfer Neubeginn, aber auch in dem Wirtschaftsdialog Bonns mit Moskau offensichtlich ein konstruktives Mittel zur Verbesserung des Ost-West-Klimas.

In welcher Form Kanzler und Außenminister in ihren getrennten Begegnungen mit Antonow auch die Menschenrechtsfrage anschnitten, wurde nicht deutlich. Daß darüber gesprochen werden würde, hatte Regierungssprecher Boenisch schon im Vorfeld des Antonow-Besuches bestätigt. Gestern jährte sich der fünfte Jahrestag der internen Verbannung Andreij Sacharows nach Gorki. Boenisch hatte angedeutet, daß man auf Regierungsebene in Menschenrechtsfragen mit Moskau um so weniger bewege, je lauter man darüber „in der Öffentlichkeit tönt".

DER KOMMENTAR

Außer Tritt

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Die Schmidt-Ära ist sang- und klanglos verflogen; aber noch immer spaltet sich die SPD in eine Schmidt-Partei und eine Brandt-Partei. Freilich wechseln die Namen. Nach wie vor gibt es den Gewerkschaftsflügel. Heute ist der IG-Chemie-Chef Hermann Rappe der Wortführer, und es nimmt nicht wunder, daß er die traditionelle Arbeitnehmer-Haltung der Sozialdemokraten an den Grünen exemplifiziert. Sozialdemokraten und Gewerkschafter können von der Bundesregierung nicht Milliarden-Programme gegen die Arbeitslosigkeit verlangen und im gleichen Atemzug mit den Grünen flirten, die der sicherste Garant für Massenarbeitslosigkeit wären, sollten sie je bestimmenden politischen Einfluß gewinnen.

Ebenso gibt es noch jenen Brandt-Flügel, der den Kanzler Schmidt gestürzt hat, indem er aus dem sicherheitspolitischen Konsens der herkömmlichen Bundestagsparteien ausbrach. Dieser Parteiflügel ist eher auf emotionale als auf sachgerechte Politik aus, und darin begegnet er sich mit den Grünen. Brandt spielte auf der Tastatur solcher Emotionen, als er eine Mehrheit „diesseits" von Kohl/Genscher proklamierte. Er sieht sich als den bewährten Integrator links der Mitte und ist in Augenblicken politischer Wallungen selbst von triumphierenden Gefühlen nicht frei.

Allerdings hört man von Brandt seit Neuestem andere Töne, und das mag eine Folge strapaziöser Experimente der SPD mit den Grünen in Hessen und im Saarland sein. Doch plötzlich ist Hans-Jochen Vogel als ungebetener Integrator zur Stelle, der zwar die „Fundamentalos" ausgrenzt, ansonsten aber in einer Zusammenarbeit mit den Grünen Chancen der Reform für SPD und Parteiensystem erkennt. Und nun zeigt sich, daß die bisher tragfähigste Säule der SPD in der Opposition, die Bundestagsfraktion, zu Schwanken beginnt. Abgeordnete des alten Schmidt-Flügels werfen dem Fraktionschef vor, das Bild der SPD schönzufärben, und Brandt trifft die Rüge, der Partei fehle es an Führung.

Nicht zuletzt bleibt die SPD deshalb außer Tritt, weil die führenden Persönlichkeiten ihre Schwierigkeiten miteinander haben. Das trifft auf Brandt und Vogel zu. Es scheint aber auch auf Vogel und Rau zuzutreffen; denn wie anders käme Vogel dazu, Rau kurz vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen als Ministerpräsident auf Abruf hinzustellen, indem er ihn als möglichen Kanzlerkandidaten des Jahres 1987 ins Gerede bringt?

Reagan berät mit Unterhändlern Genfer Gespräche

DW. Washington

Einen Tag nach seiner Antrittsrede traf US-Präsident Ronald Reagan mit seinen drei neuen Rüstungskontroll-Chefunterhändlern zu einem Gespräch über die Strategie für den bevorstehenden Abrüstungsdialog mit der Sowjetunion zusammen. An dem Treffen mit den neuen Delegationschefs Max Kampelman, John Tower und Maynard Glitman nahmen auch Außenminister Shultz, Verteidigungsminister Weinberger und Sicherheitsberater McFarlane teil.

Reagan hatte in der Antrittsrede für seine zweite vierjährige Amtszeit versichert, er wolle mit der Sowjetunion zusammenarbeiten, um wirkungsvolle Rüstungskontrollvereinbarungen zu erzielen. Gleichzeitig hob er hervor, daß er das Programm für sein Verteidigungssystem von Weltraumwaffen zur Satelliten- und Raketenabwehr konsequent fortsetzen wolle. „Ein solcher Schild würde Atomwaffen veralten lassen."

Reagan sagte zu, daß die USA in die neu bevorstehenden Rüstungskontrollgespräche mit der Erwartung gingen, „eine Formel vereinbaren zu können, um die Welt ein für allemal von der Bedrohung nuklearer Vernichtung zu befreien". Die neuen Verhandlungen sollen auf drei nach den verschiedenen Waffensystemen getrennten Ebenen, aber in einem inneren Zusammenhang geführt werden. Jeder der drei neuen Chefunterhändler ist für einen der Verhandlungsbereiche zuständig.

Seite 3: Das ausgelassene Amerika
Seite 4: Die Reagan-Rede im Wortlaut

Jaruzelski auf der Lenin-Werft. Fragen Walesas

DW. Warschau

Zum ersten Mal seit Verhängung des inzwischen wieder aufgehobenen Kriegsrechts hat der polnische Parteichef General Jaruzelski gestern die Lenin-Werft in Danzig besucht. Er stellte sich einer Diskussion mit ausgewählten Belegschaftsmitgliedern. Arbeiterführer Walesa war in einen vorverlegten Urlaub geschickt worden.

In einem Telefongespräch berichtete Walesa, er habe vor Urlaubsantritt bei seinem Vorgesetzten und verschiedenen anderen Personen einen Fragenkatalog hinterlegt mit der Bitte, ihn dem General zu übergeben. Im Namen der an diesem Ort entstandenen millionenstarken Gewerkschaft „Solidarität" frage er:

„1. Was wollen die Behörden tun, um eine gesellschaftliche Kontrolle über die Organe sicherzustellen, die zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit berufen sind und deren skandalöse Art der Achtung vor dem Recht jetzt enthüllt wurde?

2. Wurde der Märtyrertod von Pfarrer Popieluszko nicht ein Zeichen dafür, die provokatorische kirchenfeindliche Kampagne zu beenden, und was will die Führung im Zusammenhang damit unternehmen?

3. Was will die Führung unternehmen, um das katastrophale Absinken des Lebensstandards abzubremsen?

4. Die Arbeiterschaft boykottiert in ihrer Mehrheit die bestehenden gewerkschaftlichen Einrichtungen. Was will die Führung tun, um das in den Danziger Vereinbarungen garantierte Arbeiterrecht auf Gewerkschaftsfreiheit zu realisieren?"

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der Handel läuft nach Plan

Von Peter Gillies

Für die These, daß der Handel der Flagge folgt, gibt es so viele Beispiele wie für ihre Umkehrung. Wer aber mit zentralgelenkten Volkswirtschaften ins Geschäft kommen (und dort bleiben) will, ist gut beraten, ständig für ein möglichst entkrampftes Klima zu sorgen. Die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsgespräche sind deshalb nützlich. Ein Exportland wie die Bundesrepublik Deutschland muß an einem Riesenreich mit gigantischen Ressourcen als Partner interessiert sein. Unsere Technologie vermag die Schätze zu heben und zu nutzen. Andererseits hungert die Sowjetunion nach Maschinen, Produkten und modernen Verfahren.

Aber solange der „rote Handel" lockt, existieren Illusionen über ihn. Plankommissare sind nicht so wendig wie ihre westlichen Anbieter; einmal fehlen Devisen, ein anderes Mal der politische Wille an einer zu heftigen Verflechtung mit dem Westen. So ist die Annahme naiv, bei derartigen Gesprächen würde der Kauf einer Raffinerie beschlossen, und der östliche Partner zücke sofort das Scheckbuch. Vielmehr ist der Weg bis zum Kontrakt ein steiniger Marathon. Eine günstige Großwetterlage ist hilfreich, nicht selten gar entscheidend, zumal die UdSSR just ihren neuen Fünfjahresplan aufstellt.

Dieser politökonomische Zusammenhang wird oft unter-, die Bedeutung des Osthandels bei uns überschätzt. Die Bundesrepublik setzt beispielsweise im Handel mit Belgien und Luxemburg mehr um als mit dem gesamten Ostblock. Vom deutschen Außenhandel entfallen noch nicht einmal drei Prozent auf die Sowjetunion, diese wickelt rund sechs Prozent des ihren mit uns ab. Die Bundesrepublik ist für die UdSSR mit Abstand der wichtigste Westhandelspartner.

Daß Alexej Antonow mit Bundeskanzler Kohl sprach, ist ein Teil jenes Prozesses, der mit Genf II wieder in Gang kam. Moskau hat gute Gründe, Drähte und Pipelines nicht abreißen zu lassen. Es vermag sich davon zu überzeugen, daß die Vorwürfe von Revanchismus so töricht sind wie über angebliche Technologieblockaden. Die Normalität ist noch fern; es besteht weder Anlaß für devote Gesten, noch für Ungeduld oder Euphorie. Hier verläuft alles wie immer – eben nach Plan.

Sieg der Ratio

Von Thomas Kielinger

Wie in einem herkuleischen Akt hat sich der Bundesvorstand der Landsmannschaft Schlesien jetzt durchgerungen, das Motto für das Juni-Treffen der Schlesier zu ändern. Aus „Schlesien bleibt unser" wurde, staatsmännisch und kompromißbereit, der Satz: „40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unsere Zukunft – Im Europa freier Völker". Das ist zwar nicht das kürzeste Motto aller Zeiten, dafür aber ein tragfähiges. Und der Regierungschef kann nach Hannover kommen.

Die Erleichterung muß im Kanzleramt am größten sein. Hier regiert mit Helmut Kohl ein Mann, der beträchtliches politisches Kapital und einfach großen Mut investiert hat, indem er eine Tradition wieder aufnahm, die zuletzt brachgelegen hatte: Auf Vertriebenentreffen zu erscheinen und mit diesem Erscheinen die politische Reife, Souveränität dieser Republik zu demonstrieren. In den Kreisen der Schlesischen und anderer Landsmannschaften weiß man das zu schätzen; daher ist die Entschuldigung ernst zu nehmen, mit der der Bundesvorsitzende der Schlesier, Herbert Hupka, in seinem Brief an Kohl die Mißverständnisse bedauert, die sich um das ursprüngliche Motto des Juni-Treffens, „Schlesien bleibt unser", gerankt hatten. Es kann nicht im Interesse der „offen deutschen Frage", von der Hupka schreibt, liegen, den Regierungschef mit Kontroversen in Schwierigkeiten zu bringen.

Was hat die Episode gebracht? Bei allem Gezänk doch eine heilsame Klärung der Begriffe. Lange wurde die Debatte um das Schlesier-Motto so geführt, als drehe es sich bei der deutschen Frage im Kern um ein Grenzproblem – was sofort ungute Verdächtigungen bei Freund und Feind auslöste. Hupkas Brief an Kohl hebt jetzt klärend auf ein freies Europa der Zukunft ab, „in dem Grenzen keine Rolle mehr spielen sollten". Alfred Dregger hatte sich zuvor schon gegenüber dieser Zeitung zu Wort gemeldet mit dem Hinweis, wichtiger als die Grenzfrage sei für Polen und Deutsche „die Freiheitsfrage". Auf diesen Konsens ist die Debatte zuletzt mit Macht zugesteuert. Ein Sieg der Ratio. Denn Auseinandersetzungen können nur fruchten, wenn die Begriffe, die verwendet werden, durchdacht sind.

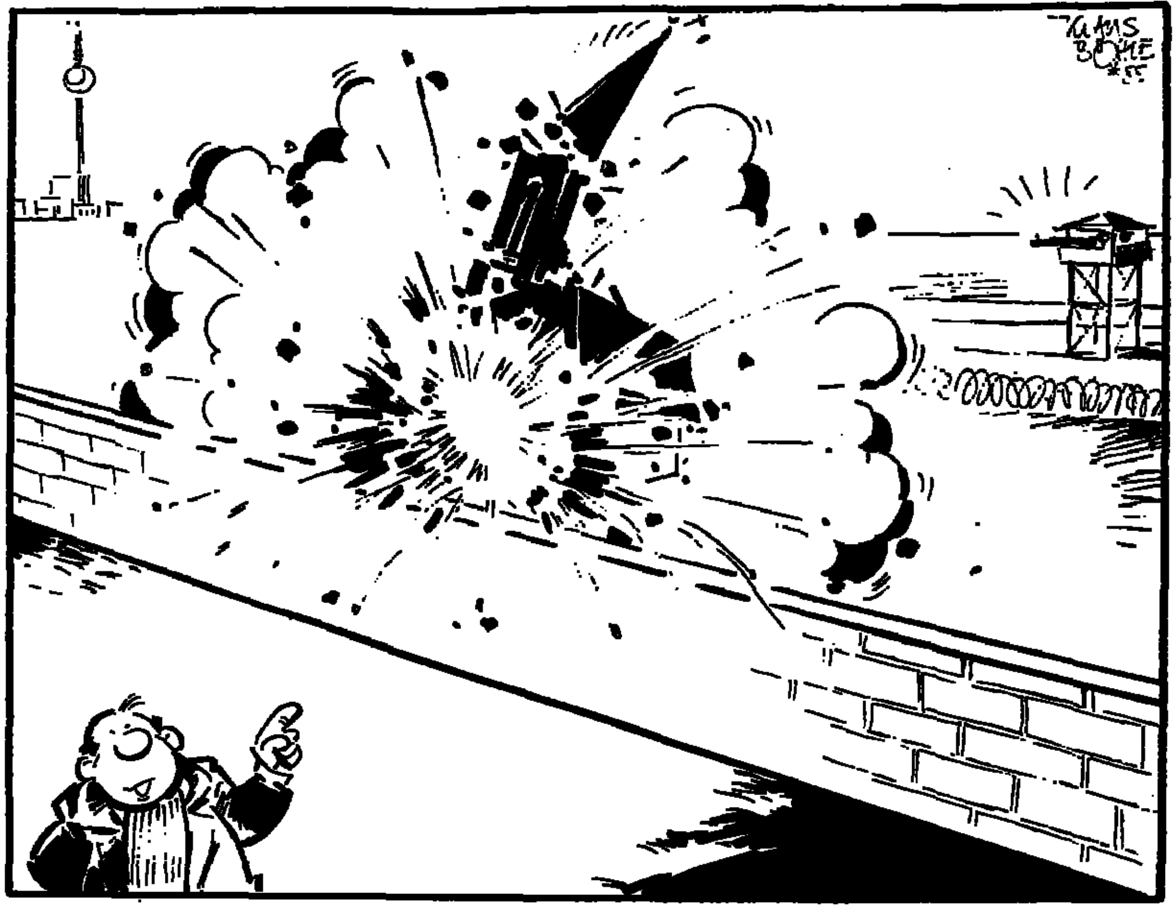
Flucht vor dem Terror

Von Günter Friedländer

Die Beziehungen zwischen Kolumbien und den USA sind abermals belastet, obwohl Präsident Betancur nun das am Grab seines ermordeten Justizministers Lara Bonillo abgegebene Versprechen erfüllte, den Auslieferungsvertrag zwischen beiden Ländern anzuwenden. Die Medien der USA begrüßen die Überstellung von vier der siebzig von der US-Justiz gesuchten Rauschgifthändler. Aber in Kolumbien stößt Betancur auf unvorhergesehene Probleme. Nationale Gefühle wurden verletzt, weil die vier Kolumbianer nach dem in den USA üblichen Verfahren ihrem Richter in Handschellen und Ketten vorgeführt wurden. Kolumbiens Generalstaatsanwalt bezeichnete in einem Brief an Betancur den Auslieferungsvertrag als verfassungswidrig.

Eine Guerrillagruppe, die den Waffenstillstand mit Betancur unterschrieben hatte, forderte die mächtigen Kokain- und Marihuana-Händler auf, ihre Drohung wahrzumachen, die Auslieferung mit einem Blutbad unter US-Bürgern in Kolumbien zu beantworten. Ein Bombenanschlag auf die Botschaft in Bogota zeigte Ende November, wie ernst die Drohungen zu nehmen sind – seit Anfang Januar verließen mehr als 2000 US-Bürger das Land. Nach einer Warnung des Washingtoner Außenministeriums meiden viele Urlauber Kolumbien. Kolumbiens Außenminister protestierte gegen diese „ungerechte" Warnung.

Noch vor dem Abflug der einfachen Bürger verließen wegen der Drohungen achtzehn Beamte der US-Botschaft Bogota, unter ihnen der Botschafter Lewis Tambs. Kolumbiens Regierung konnte ihren Justizminister nicht vor den Mördern schützen, so ist es begreiflich, daß US-Bürger Kolumbien verlassen. Aber die fluchtartige Abreise des Botschafters ist unverständlich angesichts der Ankündigung der USA, dem Terror zu begegnen, der ihre Botschaften in vielen Ländern bedroht. Daß der Botschafter nach der erfolgreichen Durchführung seines Auftrags, Kolumbiens Regierung zur Anwendung des Auslieferungsvertrags zu bewegen, als Kapitän sein Boot als einer der ersten verließ, ist ein politisch falsches Signal im ungeeigneten Augenblick, auch wenn die persönlichen Ängste nur allzu verständlich sind.



„Nu soll'n se noch die Maua wechmachen, und de Versöhnung steht nischt mehr im Weje, wa." KLAUS BÖHLE

Agitation zum Jahrestag

Von Herbert Kremp

Die gereizte, kontroverse Diskussion über den vierzigsten Jahrestag der deutschen Kapitulation ist vom historischen Standpunkt aus unverständlich. Der vierzigste ist ein krummes Datum, das einmal kommen mußte. Am sozusagen runden dreißigsten Jahrestag, der dem denkwürdigen Ereignis näher lag, war es sehr gemessen zugegangen. Bundespräsident Scheel hielt in der Bonner Schloßkirche eine Rede, in der er die Deutschen aufforderte, „die dunkelste Phase unserer Geschichte in unser Bewußtsein aufzunehmen und sie nicht zu verdrängen". Die Sieger hätten das Recht, den Tag der Kapitulation zu feiern, weil sie für diesen Tag Opfer gebracht hätten. Die Deutschen müßten dieser Opfer und aller Toten in Ehrfurcht gedenken. Am 8. Mai sei aber nicht nur die Hitler-Diktatur, sondern auch das Deutsche Reich gefallen, „für Generationen von Deutschen das Vaterland, das wir liebten."

Der damalige Bundeskanzler, Helmut Schmidt, äußerte sich am 8. Mai vor dem Kabinett. Er sagte, in der Bundesrepublik Deutschland sei *nach der Kapitulation* eine *starke*, friedensbewahrende Demokratie errichtet worden „auf dem Fundament der freiheitlichsten Verfassung, die es je auf deutschem Boden gab". Die Deutschen seien immun geworden gegen die Versuchung durch totalitäre Ideen und Ideologien.

Im Ausland feierten 1975 die Sowjets am lautesten. Sie erhoben zunächst den Anspruch auf das Siegesmonopol, was Tito zu einer derartig heftigen Replik herausforderte, daß Breschnew ihm und seinen Partisanen Genugtuung verschaffte. In der „DDR" wurde der amerikanisch-sowjetischen Begegnung bei Torgau an der Elbe am 25. April 1945 um 16.40 Uhr gedacht – aber kein Amerikaner war zugegen. Die französische KP kritisierte die Entscheidung Giscard d'Estaings, den 8. Mai künftig *nicht mehr als Jahrestag der deutschen Kapitulation*, sondern als „Tag Europas" zu begehen. Das Motto des Schlesier-Treffens von 1975 lautete „Mit Schlesien für Deutschland".

Wie erklärt sich die Gelassenheit von damals, und wie erklärt sich die Aufgeregtheit von heute, zehn Jahre später? Warum bezogen damals alle Beteiligten, jedenfalls die im Westen, die Gegenwart mehr auf die Zukunft als auf die Vergangenheit? Die Antwort liegt vielleicht in einem wichtigen Unterschied: Die Sowjetunion hatte damals das Dauertonband „Revanchismus" auf Zimmerlautstärke gestellt, während sie heute das Thema volltönend orchestriert. Der Grund dafür erschließt sich der historischen Erinnerung wiederum ganz leicht: Breschnew befand sich damals knapp vor der Unterzeichnung der Akte von Helsinki.

Er wollte jede Irritation vermeiden, denn er sah, gemäß seiner Weltmacht-Logik, in den westlichen Unterschriften eine Garantie dafür, den territorialen Besitzstand des Imperiums *endgültig in eine Art Eigentumsbestand* umwandeln zu können. Der damalige amerikanische Präsident Ford war zur Sanktionierung der sowjetischen Jalta-Interpretation bereit und sollte daher nicht durch Kampagnen genieret werden. Ford besuchte im Juli–August 1975 die Bundesrepublik, Jugoslawien und Polen, besuchte dort das Konzentrationslager Auschwitz und begab sich *anschließend nach Helsinki.*

Auf einer solchen Linie des Erfolges befindet sich die Sowjetunion heute nicht. Der osteuropäische Cordon Sanitaire ist unruhiger geworden. *Man betont dort eigene* wirtschaftliche und politische Interessen. In Polen muß die Avantgarde des Marxismus-Leninismus, die Arbeiterschaft, mit Gewalt niedergehalten werden. Reagan hat die Grundstimmung der Vereinigten Staaten verwandelt. Die NATO rüstet in Europa nach, in zentraler Position die Bundesrepublik Deutschland. Moskau brach die Verhandlungen in Genf ab und muß sie wieder aufnehmen. Der mit allerlei Agitationsaufwand unternommene Versuch, zuerst die Deutschen, dann Westeuropa von den USA abzukoppeln, ist gescheitert. Am 11. Februar jährt sich das Ende der Jalta-Konferenz (Churchill, Roosevelt, Stalin) zum vierzigsten Male, ein guter Anlaß, nicht über die Grenzen, sondern über die Freiheit in ganz Europa nachzudenken. Die sowjetische Nomenklatura hält Rückschläge der beschriebenen Art seit jeher für *Folgen eines feindseligen* Revanchismus und Revisionismus. Aber das ist ihr Problem – nicht das des Westens.



Das geschichtliche Ereignis als Gegenstand der Politik: Molotow, Ribbentrop und Stalin bei der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes am 23. August 1939 FOTO: KEYSTONE

Wir haben jedenfalls keinen Anlaß, uns den Sinngehalt der deutschen Kapitulation von der *jeweiligen* sowjetischen Stimmungslage – mal gehoben, mal bedrückt – vorschreiben zu lassen. Wir haben die Verbrechen Hitlers im Bewußtsein, und wir haben die Verbrechen Stalins im Bewußtsein. Wir erinnern uns an den Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939, der die letzte Teilung Polens besiegelte. Wir bekennen uns zum demokratischen Rechtsstaat und vermögen ihn von totalitären Regimen zu unterscheiden.

Wir wissen, was den Juden angetan wurde und finden es aus diesem Grunde schäbig, wenn der Wunsch Präsident Reagans, Dachau zu besuchen, zu einer deutsch-amerikanischen Kontroverse stilisiert wird. Dieselben Leute, die hier Gegensätze basteln, treten in der Stunde jenseits der Heuchelei dafür ein, daß der Westen Israel fallen läßt. Der vierzigste Jahrestag der Kapitulation mag im Kölner Dom und im Bundestag begangen werden. Hoffentlich so würdig wie *vor zehn Jahren. Damit kommen* wir uns entgegen, nicht den Sowjets.

Die Deutschen in der Bundesrepublik haben zusammen mit den zwölf Millionen Vertriebenen, die gen Westen strömten, seit der Kapitulation eine hervorragende solidarische, politische und wirtschaftliche Leistung vollbracht. Im Unterschied zu den Landsleuten in der „DDR" hatten sie die Freiheit dazu. Dort lebt man weiterhin in der Hoffnung: „Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitlers kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt. (Befehl Nummer 55 vom 23. Februar 1942. Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR, Josef Stalin)".

IM GESPRÄCH Hans Schwier

Westfälischer Dickschädel

Von Peter Philipps

In einer programmatischen Rede zu Beginn seiner zwölfmonatigen Amtszeit als Präsident der Kultusminister-Konferenz *(KMK)* wurde Hans Schwier fast lyrisch: „Adler sollten wir sein, zu bleiernen Enten haben wir uns gemacht, am Ende des Jahres werden wir zwar noch keine Adler sein, aber flugfähige Enten, das verspreche ich." Wer den politischen Profi mit dem typischen Dickschädel seiner westfälischen Heimat nur ein wenig kennt, nimmt diese Ankündigung wenn schon nicht wörtlich, so doch ernst.

Der 58jährige Schwier, Vater dreier Kinder, ist in seiner ruhigen, beharrlichen Art zur festesten Säulen im nordrhein-westfälischen Kabinett geworden. Er schwimmt – wenn er etwas für richtig hält – gegen den Strom in der eigenen Partei und hat sich auf diese Weise Respekt erworben. Zu seinen Überzeugungen gehört, wie er in seiner KMK-Antrittsrede unterstrichen hat, daß „wir den Schulen mehr Freiraum einräumen", ihnen „die Möglichkeit geben müssen, sich ein Gesicht zu geben, und in der KMK dafür sorgen, daß dieses Gesicht über die Ländergrenzen hinweg respektiert wird". Der gelernte Volksschullehrer und ehemalige Schulrat setzte noch einen Punkt drauf: „Bauen wir Anerkennungshindernisse ab! Wir sollten die Kulturhoheit durch plausible Lösungen fördern, aber nicht durch kleinliche Regelungen und Pedanterie in Mißkredit bringen."

Kreativität, Chance des Föderalismus – dies sind Begriffe, die Schwier glaubwürdig über die Lippen gehen. Eine seiner Maximen lautet: „Gegen Theoriediskussionen habe ich nichts, nur muß man mal fragen können: wo läuft das hin?" Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften hat dies vom Mitglied Schwier schmerzlich zu spüren bekommen, als der vorherige Hochschulminister von Jürgen Girgensohn im Oktober 1983 das Amt des Kultusministers übernahm. Da war es vorbei mit der heimlichen Herrschaft der GEW in der von ihr durchsetzten Bürokratie.

Der Sozialdemokrat Schwier ist Anhänger der Gesamtschul-Idee.



Will schulische Anerkennungshindernisse zwischen den Ländern abbauen: KMK-Präsident Schwier FOTO: WERNER SCHÜRING

Ebenso hält er an vielen bildungspolitischen Idealen der siebziger Jahre fest. Aber anders als beispielsweise sein Hamburger Genosse Schulsenator Grolle wütet er in diesen Hinsichten nicht berserkerhaft. Er hat seine Lektion aus einer – bis heute einzigen – großen Niederlage gelernt, die fast seine politische Laufbahn beendet hätte: Schwier gehörte zu den vehementesten Verfechtern der Kooperativen Schule, einer Art Gesamtschule, die von einer Volksbefragung hinweggefegt wurde.

Heute ist Schwier der richtige KMK-Präsident zur richtigen Zeit. Er kann zuhören und lernen, er beherrscht die politische Klaviatur, um zu einer ein-, aber auch mehrstimmigen Melodie ohne Dissonanzen zu kommen. „Bildungspolitik ist wieder ein Thema", sagt er, obwohl „die Kultusminister sie aus ihrer Konferenz verbannt haben". Es werde Punkte geben, über die man sich in der KMK nicht einigen könne. Aber „vielleicht ist diese Kontroverse sogar positiv, weil sie uns immer wieder zwingt, weiter darüber nachzudenken. Vielleicht finden wir in diesem Klima des Dialogs den so notwendigen Konsens." Er nannte dabei auch die Friedenserziehung, über die einst fast die KMK zerbrach.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

Sie meint zu den Luftverhältnissen im Ruhrgebiet:

Der Smog-Alarm im Ruhrrevier dürfte weitherum die Tatsache verdunkeln, daß gerade in diesem klassischen Zentrum der Schwerindustrie und der Kohleförderung bei der Verbesserung der Luftverhältnisse in den letzten Jahrzehnten dank kostspieliger *Anstrengungen* bedeutende Fortschritte erzielt worden sind. Noch vor zwanzig Jahren sollen im Winter bis zu 5 Milligramm Schadstoffbelastung pro Kubikmeter Luft gemessen worden sein – fast dreimal soviel wie am vergangenen Wochenende, als bereits die höchste Stufe des Smog-Alarms in Kraft trat. Freilich gab es vor zwanzig Jahren auch noch kein Waldsterben.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Das Blatt schreibt zum Tod des Terroristen Thimme:

Die neue Welle des Terrorismus hat ihr erstes Todesopfer gefordert, durch das zugleich bestätigt wurde, was bis dahin nur vermutet worden war: die Sprengstoffanschläge auf Rechenzentren gehen auf das Konto der RAF... Mit geringem Einsatz und verhältnismäßig risikolos wird größtmöglicher Schaden angerichtet. Daß ein Restrisiko bleibt, hat der Tod von Johannes Thimme bewiesen. Doch auch er starb nicht durch Ordnungskräfte, sondern offenbar durch sein eigenes Versagen beim Umgang mit der Bombe. Es ist schwer, ihn zu bedauern, der doch den politischen Mord als Werkzeug seines ideologischen Kampfes sah.

General-Anzeiger

Die Bonner Zeitung kritisiert wegen der Zypern-Verhandlungen den UN-Generalsekretär:

Perez de Cuellar muß sich die Frage gefallen lassen, ob das von ihm auf den Verhandlungstisch gelegte Papier so mangelhaft gewesen ist, daß es nicht nur beliebig interpretierbar war, sondern von einer Seite sogar als nichtexistent behandelt werden konnte. Seine optimistische Feststellung, die Kluft zwischen den zerstrittenen *Zyprern sei nocn nie so schmal* gewesen wie diesmal, klingt angesichts der nach wie vor auseinanderstrebenden Standpunkte ein wenig wie Geisterbeschwörung.

Die Presse

Die Wiener Zeitung hat Fragen zur zweiten Amtsperiode Reagans:

Niemand weiß aber, ob Reagan diesen Optimismus, diese Stärke auch die nächsten vier Jahre sowohl dem inhaltlichen Aspekt nach wie auch auf der ebenso wichtigen kommunikativen Ebene wird durchstehen können. Ist etwa der Konjunkturboom nicht doch eine bloß vorübergehende zyklische Erscheinung, der nicht nur von linken Gegnern der Reaganomics ein baldiges Ende prophezeit wird? Auch rechte Wirtschaftstheoretiker zweifeln ernsthaft, ob sich das jüngste *Wachstum aufrechterhalten läßt*, wenn es Reagans Administration nicht gleichzeitig gelingt, die weiterhin gewaltigen Budgetdefizite unter Kontrolle zu bringen.

Der lange Marsch durch die Institution Kirche

Das politische Geschäft mit der „Unkultur der Angst" macht vor den Gemeinden nicht halt / Von Günther Bading

Heiner Geißler hat vor der „Unkultur der Angst" gewarnt, jenem perfiden Hilfsmittel, mit dem viele Lehrer versuchen, ihnen anvertraute Kinder und Jugendliche zu beeinflussen. *Im fünften Schulgespräch* im Konrad-Adenauer-Haus hat der CDU-Generalsekretär die Parallele zwischen so manchem heutigen Unterricht zu den Inhalten der neomarxistischen Frankfurter Schule aufgezeigt. Lehrer redeten ihren Schülern ein, der Mensch werde von den Institutionen unterdrückt; es gelte, die im Grunde schlechte Gesellschaft zu bekämpfen. Diese sich selbst emanzipatorisch *nennende* Pädagogik unterrichte die Loslösung von jeder Pflicht gegenüber dem Staat und seinen Institutionen, gegenüber der Gesellschaft.

„Unkultur der Angst." Auf diesen Nenner läßt sich auch vieles von dem bringen, was politisierende Pastoren als „Friedens-Kirche" in die Gemeinden tragen. Die Agitation der politisierenden Pastoren vollzieht sich nicht in der kontraproduktiven, weil Aufmerksamkeit auf sich ziehenden Form des Paukenschlags. Nein, man „greift Fragen der Gesellschaft auf", kontroverse zuvorderst, versteht sich. Und man schafft sich eine falsche Legitimität. Mit dem schlichten Wort, daß dieses oder jenes Thema – Raketen, Atomkraft, Umweltschutz, Nicaragua, Konsumterror oder Vormacht des Kapitals – „uns alle angeht", wird jede Frage nach der Zulässigkeit kirchlicher Befassung, jede Kritik, jeder Anspruch auf das Recht, anders zu denken, beiseitegedrängt.

Lehrer verbreiten Angst, stellen die Gesellschaft in Frage. Pastoren predigen Unsicherheit, öffnen die Kirchenräume den Staatsgegnern und Systemveränderern. Und so mancher Richter genießt es, in seiner Verhandlungsführung Umwertungen vorzunehmen, Täter zu Opfern werden zu lassen, den geachteten Mann verächtlich zu machen. Es sind in allen Bereichen Angehörige derselben Generation, jener Studentenbewegung Ende der sechziger, Anfang *der siebziger Jahre, die nach dem* Zersplittern prä-revolutionärer Hirngespinste den „Marsch durch die Institutionen" angetreten haben.

Auch durch die Institution Kirche. Dieselbe Taktik hier. Die Institutionen werden inm Frage gestellt; ob Staat, ob Gesellschaftsstrukturen, ob Kirche. Selbst Gott wird „hinterfragt". Anhängerinnen feministischer Theologien beten um die Rückkehr der Göttinnen, schließlich *muß* Gott ja eine Mutter gehabt haben. Der Glaube, die Verkündigung ist zur Alibifunktion heruntergespielt.

Nur dann und wann, wenn Pastoren mit blasphemischen Theaterstücken wie dem „Luther-Schwank" sich völlig vergreifen oder wenn, wie jetzt in der nordelbischen Kirche geschehen, aufrechte Christen sich dagegen zur Wehr setzen, daß politisierende Pastoren ihr Geschäft mit der „Unkultur der Angst" in die Kirchengemeinden tragen – nur dann wird das Augenmerk der Öffentlichkeit auf diese sich von den Rändern in die Mitte der Kirche vorwühlende Riege *von Pfarrern und Pröpsten gelenkt.*

Die Amtskirche reagiert erschreckt, ärgerlich weniger über den Anlaß des „Aufrufs" als über seine Wirkung in der Öffentlichkeit. Auch hier die Parallele zur außerkirchlichen Gesellschaft. So manchem Schuldirektor mögen seine „Friedenslehrer" ein Dorn im Auge sein. Aber was bleibt ihm, dem Beamten mit dem Auftrag, seinen Sprengel in Ordnung zu halten, anderes *übrig, als mit* „Verständnis" zu reagieren, die Dinge „auszudiskutieren", die Lösung „im Gespräch" zu suchen.

Den Schulkindern hilft das nicht. Sie sind der neomarxistischen Indoktrination ausgesetzt, wie Heiner Geißler es beschrieben hat. Ebensowenig nützt es dem Christenmenschen, der in seiner Kirche von Angst, von zivilem Ungehorsam, von Gestzesbruch als Chance für den Frieden hören muß, wenn seine Bischöfe das Ärgernis der Polit-Pastoren „im Gespräch" lösen. Die Aktion jener elf Unterzeichner des „nordelbischen Aufrufs" und die positive Reaktion zahlloser *Gemeindemitglieder in der nordelbischen* evangelisch-lutherischen Kirche darauf zeigen, daß das Ärgernis der politischen Umwertung kirchlichen Lebens noch auf wenige Bereiche beschränkt bleibt. Die normale Kirchengemeinde von Itzehoe bis Husum ist noch intakt, oder sie setzt sich „von unten", aus der Gemeinschaft der Gläubigen, zur Wehr, wie in Hamburg-Volksdorf.

Gefordert ist jetzt die Kirchenleitung. Deren Vorsitzender Bischof Karlheinz Stoll hat vor seiner Synode von der bischöflichen Doppelaufgabe gesprochen: die Wahrheit der Verkündigung zu wahren und – gleichgewichtig? – die Kirche als Organisation zusammenzuhalten. Hirten müssen ihre Gemeinde führen. Oberhirten müssen ihren Pastoren die Richtung weisen. Tun sie das nicht, aus Schwäche, oder um das äußere Bild innerkirchlichen Friedens zu erhalten, werden sie weder die Wahrheit des Wortes bewahren noch den Zusammenhalt des durch Austritte bedrohten, Kirchensteuergelder verwaltenden Apparats auf Dauer gewährleisten.

Das junge, ausgelassene Amerika ließ das Eis der Party tauen

Es sollte die Show des Jahres werden, doch sie erstarrte in der klirrenden Kälte Washingtons. Doch die „Trostparty" wurde mehr als ein Ersatz, sie wurde ein Familienfest für Ronald Reagan und seine, vor allem jugendlichen Anhänger.

Von FRITZ WIRTH

Eine Kavalkade von Limousinen fuhr langsam die Pennsylvania Avenue hinab. Es sollte eine Triumphfahrt durch eine Allee des Jubels sein. Es wurde eine Geisterfahrt durch ein leeres, vom eisigen Polarwind erstarrtes Washington, vorbei an echolosen, menschenleeren Tribünen.

Washington wollte eine Party feiern. Ein wolkenloser Himmel wölbte sich trügerisch-festlich und einladend über der Stadt, ein bitterkalter Wind jedoch fegte die Partygäste von den Straßen.

Das war die Szene, als Ronald Reagan am Montagnachmittag vom Kapitol in die Stadt zurückkehrte. Es war die einsamste Heimkehr eines amerikanischen Präsidenten von seiner Inauguration. Das stumme Blinken der Verkehrsampeln war der einzige Gruß am Rande des Weges. In der schwer gepanzerten Limousine saß ein Präsident, der um eine der schönsten und fröhlichsten Huldigungen betrogen wurde, die diese Nation, die ein so großes Herz für Sieger hat, seinen Wahlsiegern in der ersten Stunde ihrer neuen Amtszeit darbietet. Diese Nation fühlte sich ausgesperrt und schaute vor den Fernsehschirmen wehmütig auf eine Party ohne Gäste.

Eine Stunde später jedoch blühte dieser Präsident plötzlich auf. Er hatte sich mit einem Hubschrauber in eine eilig arrangierte Trostparty mit den 8000 „Cheerleadern", den Mitgliedern von 45 jugendlichen Musikkapellen, ins Washingtoner Eisstadion fliegen lassen.

Und plötzlich spürte man, wie dieser Präsident, den bis dahin nicht nur die arktische Kälte, sondern auch ein strenges Protokoll eingefroren hatte, auftaute. Hier war das junge, ausgelassene Amerika aus allen 50 Staaten versammelt. Es dauerte keine fünf Minuten, da war aus dieser Party eine Familienfeier geworden. Und während eine Band von 650 Musikern lauter als sonst üblich ihren Zorn über eine verlorene Parade in ihre Instrumente blies, suchte plötzlich die Hand Ronald Reagans die Hand seiner Frau und hielt sie lange und fest im Griff. Es gab keine Geste in diesem ganzen viertägigen Inaugurationswirbel, die deutlicher und unmittelbarer die Gefühle und das Glück dieser beiden ausdrückte.

Dann ging Nancy Reagan ans Mikrofon und bedankte sich mit nervösen, ungelenkten Sätzen bei den 8000 Gästen für eine Party, die nicht stattgefunden hatte, ließ sich dann sichtlich erleichtert in den Sessel fallen, sprang plötzlich voller Verlegenheit wieder auf und sagte: „Das wichtigste habe ich vergessen. Ich sollte euch ja noch meinen Zimmernachbarn vorstellen, der zufällig auch mein Mann und der Präsident dieses Landes ist."

In dieser Minute war das Eis gebrochen, das über dieser Inauguration gelegen hatte. Die junge Gemeinde pfiff, jubelte und kreischte. Ein Stummfilm hatte den richtigen Ton bekommen. Die Reagans hatten inmitten des steifen Protokolls plötzlich ein Zuhause gefunden. Der älteste Präsident, der je in diesem Lande vereidigt wurde, hat seine größten Bewunderer und Freunde im jungen Amerika.

Bis dahin war es eine Inauguration im Kammerton gewesen. Der Eid, der ursprünglich vor 30 000 Augenzeugen an der Westseite des Kapitols gesprochen werden sollte, war vor tausend geladenen Gästen in die Rotunda verlegt worden. Die Professionals waren unter sich: Kongreßmitglieder, Diplomaten, Minister, ein paar Hollywoodfreunde wie Telly Savalas und Jimmy Stewart und wenig Frauen. Sie waren wegen Raumnot gebeten worden, daheim zu bleiben. Es gab der ganzen Szene einen geschäftsmäßigen, eintönigen Nadelstreifen-Hauch, aufgehellt allein durch das königsblaue Kostüm der „First Lady".

Ebensowenig vertrug die Inaugurationsrede des Präsidenten die ungewohnte Zimmer-Temperatur. Sie war ganz offensichtlich als ein Freiluftereignis konzipiert worden und prallte nun auf enge, undurchlässige Wände. Es war dem Präsidenten nicht einmal Zeit geblieben, den Text der neuen Umgebung anzupassen. „Wir stehen hier wieder auf den Stufen des Symbols der Demokratie", sagte er zum Schluß seiner Rede und fügte dann eilig hinzu: „Wenn uns die Kälte nicht im letzten Augenblick vertrieben hätte".

Es war eine rhetorisch meisterhafte Rede vor dem falschen Publikum. Sie atmete nicht den Pioniergeist seiner ersten Inaugurationsrede vor vier Jahren, doch sie war voll der Visionen eines neuen Amerika. „Unsere Nation ist zur Größe bestimmt. Laßt die Geschichte von uns sagen, daß dies die goldenen Jahre waren, als die amerikanische Revolution wiedergeboren wurde. Wir bauen ein neues Amerika, eine aufstrebende Nation, die wieder kraftsprühend, robust und lebendig ist."

Er verkündete keine neuen dramatischen politischen Initiativen, sondern eine Ära der amerikanischen Emanzipation. „Dies werden die Jahre der amerikanischen Erneuerung werden", war die Hauptbotschaft seiner Rede. „Ich glaube nicht, daß Ihr uns 1984 wiedergewählt habt, um den Kurs zu ändern."

Der auffallende und immer wiederkehrende Grundton seiner Rede war der Wunsch nach einer nationalen Einheit über alle Parteigrenzen hinweg. Sein politisch kühnster Vorschlag: „Laßt es uns verfassungswidrig machen, daß eine Regierung mehr Geld ausgibt als sie einnimmt."

Vor dem Hintergrund des gewaltigen Haushaltsdefizits dieser Administration war es ein Steinwurf aus dem Glashaus heraus. Er zeigt jedoch, wie ernst er dieses Problem nimmt, das die nächsten vier Jahre seiner Amtszeit beherrschen und belasten wird. „Wir haben einen Wendepunkt, den Augenblick schwerer Entscheidungen erreicht", warnte er und kündigte an, daß er dem Kongreß ein Budget vorlegen wird, das die Ausgaben seiner Regierung für das nächste Jahr einfriert. Es wird interessant sein zu sehen, ob dies auch den Verteidigungs-Haushalt, das rote Tuch für viele Kongreßmitglieder, mit einschließt.

Der Vorschlag ist, wenn man so will, eine neue innenpolitische strategische Verteidigungsinitiative des Präsidenten. Im außenpolitischen Teil seiner Rede konzentrierte er sich ausschließlich auf die nukleare Abrüstungsproblematik und verteidigte vehement und leidenschaftlich das von ihm vorgeschlagene nukleare Verteidigungsprogramm.

Es war trotz der unfreiwilligen Zimmer-Temperatur eine auffallend unterkühlte Feierstunde. Der Donner der 21 Salutschüsse, die dem Inaugurationseid folgten, hallte scheppernd durch die verlassenen Washingtoner Straßen. Der Beifall der tausend Gäste brach sich an den Wänden des Kapitols. Dem Präsidenten genügte es. Das wirkliche Echo und die Antwort auf seine Botschaft war für ihn nicht mehr als eine Sache der Erinnerung. Die Nation hatte sie ihm vorweg am 6. November mit einem Wahlsieg geliefert, der den kühlen Eishauch, der diese 50. Inauguration umhüllte, leicht vergessen machte.

Seite 4: Wortlaut der Reagan-Rede

Borobodur – die frische Kraft Indonesiens

Der Anschlag auf den Tempel Borobodur ist nicht nur ein Anschlag auf ein unersetzbares Kulturgut. Mehr noch gefährdet er das labile religiöse Gleichgewicht in Indonesien.

Von CHRISTEL PILZ

Niemand weiß, wer die Meister waren, die vor 1100 Jahren den Buddhatempel Borobodur erbauten, der majestätisch erhaben *vierzig Meter hoch aus der immergrünen* Ebene der indonesischen Insel Java ragt. Wörtlich übersetzt heißt Borobodur „Buddhatempel auf dem Berg", er ist eines der großen Kunstwerke der Welt, 400 Kilometer östlich von Jakarta.

Noch weiß man nicht, wer die Attentäter sind, die am Montag morgen die Stufen zu den drei obersten Plattformen hochstiegen, wo 76 Buddhafiguren unter glockenförmigen Steingittern in ewiger Meditation verharren.

Nach dem Willen ihrer Schöpfer sollen sie Böses abwehren und den Gläubigen den Weg zur Erleuchtung weisen. Die morgendlichen Besucher hatten anderes als religiöse Andacht im Sinn. Sie legten elf Bomben, wovon neun explodierten und neun der mausgrauen Steinstatuen mit ihren Gitterwerken zertrümmerten. Die Schäden erweisen sich gottlob geringer als zunächst befürchtet wurde. Mit einigen zigtausend Mark dürfte eine Restauration möglich sein.

Über ein Jahrtausend lang hat Borobodur den Naturgewalten seiner Nachbarn getrotzt, dem Merapi und dem Merabu, den Vulkanen „des Feuers" und „der Asche". Er hat den Ansturm des Islam überstanden, der vor mehr als 500 Jahren mit arabischen Händlern nach Indonesien kam. Als Borobodur in den sechziger Jahren zu zerfallen drohte, halfen Freunde aus aller Welt in einer gigantischen Rettungsaktion. Unter der Leitung der Unesco wurde der Tempelberg abgetragen, Stein um Stein, 1,2 Millionen an der Zahl. Jeder Stein wurde photographiert, registriert, in einem Computerprogramm erfaßt, geschrubbt und chemisch präpariert, vor Dieben streng bewacht und dann nach den Plänen der Erbauer neu zusammengesetzt. Zwölf Jahre hat es gedauert, bis Borobodur *im Frühjahr 1983 wieder stand.* Weitere 1000 Jahre lang soll er seine Botschaft verkünden können, daß die, die der Lehre Buddhas folgen, inneren Frieden finden.

Präsident Suharto hat die Renovierung besonders feiern lassen. Mönche und Buddha-Anhänger aus aller Welt wurden nach Borobodur gebracht, wo sie in nächtlicher Meditation mit vereinter geistiger Kraft den Tempel zu neuem Leben weihten. Nur die, die javanisches Denken kennen, konnten den tiefreligiösen und hochpolitischen Hintergrund dieser Zeremonie verstehen. Strenggläubige Muslims horchten auf. Nach einer Legende ist Borobodur der Hort der weißen Magie, die nach einem Dämmerschlaf von 500 Jahren zu frischer Kraft erwache, den Geist des Javanischen neu belebe und alles Fremde aus Indonesien dränge. 500 Jahre sind um. Fremd ist der Islam.

Kündigte der „neue" Borobodur das Ende der islamischen Ära an und dafür die Renaissance des einheimischen Mystizismus „Kebatinan"? In den Augen strenggläubiger Muslims betreibt die Regierung unter der Führung von Präsident Suharto eine systematische Politik zur Erfüllung dieser Wahrsagung. Vor zwei Jahren hat Suharto die heiligen Tage der Hindus und der Buddhisten zu nationalen Feiertagen erklärt. Für eine Minderheit von weniger als drei Prozent.



Seit 1100 Jahren ein Symbol der Insel Java: der Borobodur-Tempel FOTO: MARC RIBOUD

Die islamische Entwicklungspartei (PPP) mußte das Wort islamisch aus ihrer Verfassung streichen. Sämtliche Massenorganisationen sind aufgefordert, fortan die Staatsphilosophie „Panca Sila", die die Toleranz aller Religionen zum obersten Gebot erhebt, als alleingültiges Prinzip zu übernehmen. Nicht nur Muslims protestierten, auch die Christen.

Doch die „Panca-Sila"-Strategen blieben hart. Die „Panca Sila" müsse das oberste Credo für jeden Indonesier sein. Nur sie garantiere religiöse Toleranz und damit die Einheit der 160-Millionen-Nation und deren Frieden. Aus der Sicht der „Panca-Sila"-Anhänger mag das stimmen, strenggläubige Muslims dagegen argumentieren, daß keine Staatsphilosophie das Wort Gottes dominieren dürfte. Im September vorigen Jahres kam es zu einem blutigen Ausbruch aufgestauter Wut.

In Tanjung Priok, dem Hafenviertel der Hauptstadt Jakarta, versuchten mehrere tausend jugendlicher Muslims eine Polizeistation zu stürmen. Militärs griffen ein. Die Bilanz: über 50 Tote und Verwundete, Hunderte wurden festgenommen. War das der Auftakt zum offenen Kampf? In Jakarta und anderen Städten folgte eine Welle von Bomben- und Brandanschlägen auf Banken, Warenhäuser, Restaurants und Bürokomplexe. Im November versiegte die Attentatswelle, bis jetzt die Bomben von Borobodur hochgingen. Waren es Terroristen, die dies aus religiösem Fanatismus taten oder waren es Menschen, die damit ein schrilles Zeichen ihres Protests gegen die zunehmende wirtschaftliche Misere setzen, aus denen sie keinen Ausweg sehen. Oder waren es gar die, die ihr Land um den Tempel aufgeben mußten, weil die Regierung hier einen Park anlegt.



Auch bei arktischen Temperaturen: Für die Ausbildung der Soldaten gibt es keine Pause

Wörner läßt seine Soldaten nicht länger in der Kälte stehen

Es war der kälteste Januar, den die Bundeswehr bisher erlebte. Facit: Die Winterbekleidung ist zum Teil mangelhaft. Die Soldaten froren an Kopf, Händen und Füßen. Doch Abhilfe ist bereits in Sicht.

Von RÜDIGER MONIAC

Über prophetische Fähigkeiten verfügt der Verteidigungsminister natürlich nicht. Es hatte schon sehr handfeste Gründe, daß Manfred Wörner zum Beginn des letzten Dezembers einen „Sonderbeauftragten für Bekleidung und persönliche Ausrüstung in der Bundeswehr" ernannte. Denn schon seit Jahren tönen die Klagen aus den Verbänden besonders des Heeres immer lauter über die angeblich unzureichende Ausstattung der Soldaten mit schützenden Sachen gegen Nässe und Kälte.

Dieser Unruhe wollte der Minister endlich die Spitze nehmen und ernannte einen „Sonderbeauftragten". Der ehemalige stellvertretende Brigadekommandeur Heinz Möllers erhielt am 3. Dezember 1984 persönlich vom Minister den Auftrag, innerhalb eines halben Jahres zu erkunden, wo der Truppe buchstäblich nicht nur der Schuh drückt, sondern auch das Wasser reinläuft. Und der Oberst – Bekannte schrecken zur Kennzeichnung seiner vielfältigen Truppenerfahrung nicht vor dem liebevollen Soldatenjargon „Truppenschwein" zurück – soll bis Juni überdies dem Minister und dem Generalinspekteur ein Konzept vorlegen, mit dem dann endlich die Klagen aus der Truppe über Bekleidung und persönliche Ausrüstung zum Schweigen gebracht werden sollen. Daß dann, kaum war der Sonderbeauftragte bestellt, auch der Winter sich von seiner bissigsten Seite zeigen würde, gab dem Mann und seiner Arbeit kaum geahnten Auftrieb.

In der Tat: Es will so scheinen, als würde der Sonderbeauftragte bald so mancher Klage über unzureichenden Gesichtsschutz bei scharfen Winden von minus zwanzig Grad oder kalten Füßen auf langem Postendienst im Freien abhelfen können. Möllers hat zusammen mit seinem Stellvertreter, einem Major der Luftlandetruppe, und einem Oberamtsrat der Bundeswehrverwaltung schon bei dreißig Bataillonen die Klagen der Soldaten gesammelt und will sein Besuchskonto bis zum Frühjahr auf achtzig Verbände gesteigert haben.

Zweimal hat er schon dem Generalinspekteur über die Ergebnisse seiner Erhebungen berichtet, und bald wird sich wohl auch der Minister selbst einen Zwischenbericht geben lassen. Von soviel Aufmerksamkeit von der politischen Leitung des Verteidigungsministeriums und vom „ersten Soldaten" der Bundeswehr können die „normalen" Offiziere und Beamten in den Führungsstäben und Abteilungen, in den Ämtern und Erprobungsstellen der Bundeswehr nur träumen. Sie müssen, wenn sie eine Neuerung bei der Bekleidung einführen wollen, viele Stellen vom Mitziehen überzeugen, mit der Industrie und Forschungsinstituten klarkommen und hoffen, daß am Ende nach langwierigen Arbeiten bei der Truppe auch das ankommt, was ursprünglich beabsichtigt war.

Oberst Möllers, mit dem Minister und dem Viersterne-General „im Rücken", hat es da ein bißchen einfacher. Für ihn öffnen sich überall die Türen. Inzwischen sind auch die Parlamentarier alarmiert. Sozusagen alle Welt sorgt sich inzwischen um das Wohlergehen der Soldaten, die in die Kälte kamen.

Soweit geht das Interesse der Bonner Abgeordneten inzwischen, daß sich drei Damen von den Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP Mitte Februar selbst die Feldkluft der Soldaten überstreifen und am eigenen Leib spüren wollen, ob man darin schwitzen oder frieren muß. Kurzum: Die persönliche Ausrüstung der Truppe ist zum „Politikum" geworden, und die Bundeswehr kann die Gunst des Augenblicks am Ende des seit ihrem Bestehen kältesten Januar nutzen und vom Haushaltsausschuß wahrscheinlich kurzfristig einige Millionen zur Behebung gröbster Mängel erwarten.



Die Kälteschutzmaske soll den alten gestrickten Schlauch ersetzen FOTO: SCHÜRING

Worüber gibt es die häufigsten Klagen? Oberst Möllers sagt jetzt schon mit entschiedener Gewißheit: „97 Prozent ist immer dasselbe." Wintermütze, Feldparka oder der neue Pullover finden bei den Soldaten ungeteiltes Lob. Auch die neuen Schuhe für die Felduniform („Kampfschuh 83"), seit vorletztem Jahr in der Einführung begriffen, seien „absolute Spitze". Für sie die Entwicklung im „bürokratischen Gang" bis zu diesem Punkt voranzutreiben, hat die „normalen" Offiziere und Beamten mehr als ein Jahrzehnt gekostet.

Ähnliches gilt für den „Mumienschlafsack", dessen Beschaffung inzwischen beschlossene Sache ist. Einen Nachfolger für den älteren gummierten mit den angesetzten Ärmeln zu finden, in dem die Schläfer mangels ausreichenden Luftaustausches von innen nach außen sich fast immer naß schwitzten, hat volle dreizehn Jahre Entwicklungsarbeit gekostet.

Geklagt wird über den fehlenden Gesichtsschutz, über ungeeignete Handschuhe und schließlich über das Fehlen eines wirklich zuverlässigen langwirkenden Schutzes gegen Nässe im „unteren Beinbereich". An allem arbeitet der Sonderbeauftragte „mit Tempo", wohl wissend, daß er auf guten Grundlagen der „Bürokraten" aufbauen kann.

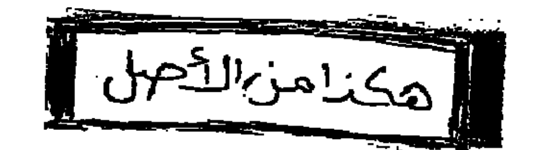
So soll schon im nächsten Winter für den Felddienst eine neue Kälteschutzmaske für das Gesicht verfügbar sein, die den Masken von Bankräubern nicht unähnlich ist. Den alten gestrickten „Schlauch", den es seit vielen Jahren zum Kälteschutz des Gesichtes gibt, mochte niemand tragen. Auch die olivfarbenen langbeinigen Unterhosen, die „Liebestöter", waren den Männern nicht männlich genug.

Für Hände und Füße hat der Sonderbeauftragte auch Sachen längst im „Truppenversuch". Die kanadischen Überschuhe, aus dreiwandigem Gummi und damit auch hilfreich gegen Kälte, sind den schneidigen Panzergrenadieren nun nicht mehr zu klobig. Sie werden von ihnen „getestet", obwohl die Artilleristen, offenbar im Selbstbewußtsein nicht ganz so schneidig, sie schon längst akzeptiert haben.

Auch bei den Handschuhen eröffnen sich durch Oberst Möllers gute Aussichten. Der Schlüssel zum Erfolg ist die Faser Goretex, bei Sportlern und Skifahrern längst keine Unbekannte mehr. Dieses Industrieprodukt hat die angenehme Eigenschaft, die feuchte Transpiration nach außen zu lassen, gleichzeitig aber Regen abzuweisen. Mit Goretex also will der Sonderbeauftragte die neuen Kampfhandschuhe gegen Kälte und Nässe schneidern lassen.

Schließlich soll auch ein ganzer Wetteranzug getestet werden, der sich gegen einen anderen mit einer gummierten Textilschicht bewähren soll. Je zwanzig davon verfrachtet der Oberst demnächst eigenhändig zu verschiedenen Einheiten im Norden und Süden und läßt sich bald berichten, welchem Modell die Soldaten den Vorzug geben: Truppenversuch also ganz unbürokratisch.

Und dennoch: Erfahrende Ausbilder im Winterkampf warnen die jungen Soldaten aller Dienstgrade. Gute Kleidung allein hilft nicht, die Truppe gegen Kälte wie in den letzten Wochen bestehen zu lassen. Dazu gehört auch gute körperliche Kondition und ein besseres Verständnis für die Natur. „Schnee kann nämlich auch wärmen", meint der Oberst. Man muß nur wissen, wie man das anstellt.



DGB weiterhin stärkster Block in Betriebsräten

pje. Bonn

Die 17 DGB-Gewerkschaften stellen nach den Betriebsratswahlen 1984, die vom 1. März bis zum 31. Mai *stattfanden wieder den stärksten* Block in den Betrieben. 63,9 Prozent der Betriebsratsmitglieder gehören dem DGB an. Mit einer Steigerung von 0,7 Prozentpunkten gegenüber den Wahlen von 1981 konnten die Gewerkschaften ihre Position halten. Zweitstärkster Block und eigentlicher Gewinner der Wahlen sind die Gruppen der gewerkschaftlich nicht organisierten Betriebsratsmitglieder. Ihr Anteil stieg von 23,3 Prozent (1981) um 2,1 auf 25,4 Prozentpunkte. Mit einem Zuwachs von 0,4 auf 8,9 Prozentpunkte baute auch die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) ihre Position aus.

Diese Gewinne, so stellte das Institut der deutschen Wirtschaft in einer Erhebung in 11 376 Betrieben mit 9,3 Millionen Beschäftigten und 99 434 Betriebsratsmitgliedern fest, gingen allerdings überwiegend zu Lasten der Gewerkschaften des Christlichen Gewerkschaftsbundes und der Union der Leitenden Angestellten.

Weishäupl fordert 2 Prozent mehr Rente

pje. Bonn

Eine Umkehr in der Sozialpolitik und die Beseitigung der „sozialen Verunsicherung bei den Rentnern" hat gestern der Verband der der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands (VdK) gefordert. Vor 1200 Mitgliedern warf VdK-Präsident Karl Weishäupl während der zentralen Protestveranstaltung in Bonn der Bundesregierung vor, die Sozialpolitik stiefmütterlich zu behandeln und insbesondere die sozial Schwachen in eine neue Armut zu treiben. Besonders heftig prangerte er die Entscheidung der Bundesregierung an, die Renten zur Mitte des Jahres nur um *wenig mehr als ein Prozent zu erhöhen.* Er forderte eine Rentenanpassung um mindestens zwei Prozent. Bundesarbeitsminister Blüm verwies darauf, daß heute das höchste Nettorentenniveau in der Geschichte der Rentenversicherung erreicht sei. Allein die seit 1982 um drei Prozent verringerte Inflationsrate habe den Rentnern sieben Milliarden Mark mehr Kaufkraft gebracht, was einer Rentenerhöhung von drei Prozent entspreche.

SPD-Antrag zur Deutschlandpolitik

pp. Bonn

Die SPD-Bundestagsfraktion will nach den Worten ihres Vorsitzenden *Hans-Jochen* Vogel „testen", in wieweit in der Deutschlandpolitik „die allgemeinen Reden der Koalition Substanz haben". Ein Entschließungsantrag, der in der kommenden Woche während der Fraktionssitzung in Berlin beschlossen werden soll, werde einen „Forderungskatalog" enthalten, in dessen Zentrum sicher wieder die Behandlung der „Geraer Forderungen" Honeckers auftauchen wird. Dieser Antrag soll im Zusammenhang mit der für Ende Februar erwarteten Debatte zur Lage der Nation im Bundestag behandelt werden.

„ND" zitiert Gaus gegen Reagan-Plan

UR. Bonn

Als Kronzeugen für die Opposition gegen das Weltraumwaffenprogramm (SDI) des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan in der Bundesrepublik Deutschland zieht das SED Parteiorgan „Neues Deutschland" den SPD-Politiker Günther Gaus heran. In seiner Ausgabe von Montag berichtet das Blatt auf der Seite „Außenpolitik" über die Äußerungen des ehemaligen Staatssekretärs bei einer Veranstaltung in München. Dort hatte Gaus vor einer „Militarisierung des Weltraums" im Zuge des amerikanischen Defensiv-Programms gewarnt und erklärt, es sei wegen der Gefahr einer Abkopplung der US-Sicherheitsinteressen vom europäischen Kontinent für die europäischen NATO-Länder, besonders aber für Bonn, der Zeitpunkt gekommen, „wo man beginnen muß, darüber nachzudenken, ob man in dieser NATO noch gut aufgehoben ist".

Bonn optimistisch für neue KVAE-Runde

rmc./DW. Bonn

Mit einem gewissen Optimismus sehen diplomatische Kreise in Bonn auf das zweite Arbeitsjahr der Stockholmer Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE), *das am kommenden* Dienstag beginnt. Pressemeldungen über eine angebliche Bereitschaft der Sowjetunion, bereits im Sommer ein Zwischenabkommen über Manöverbeobachtungen abzuschließen, konnten allerdings in Bonn nicht bestätigt werden. Diplomaten äußerten gestern Zweifel an diesen Meldungen, weil die sowjetische Delegation nach der Winterpause noch nicht wieder in Stockholm eingetroffen sei.

Reagan: Das Wachstum kennt keine Grenzen

Präsident spricht von „neuer amerikanischer Emanzipation"

H.-A. SIEBERT, Washington

Es gehört zu den Aufgaben amerikanischer Präsidenten, auch wirtschaftlichen Optimismus zu verbreiten. In seiner Inaugurationsrede hat Ronald Reagan den Stoff, aus dem Träume gemacht sind, reichlich verteilt – zur Freude einer applaudierenden Bevölkerung. Aber so harsch wie der arktische Winter, der die Organisatoren zwang, die Einschwörung in die Rotunde des Kapitols zu verlegen und die traditionelle Parade mit 10 000 Beteiligten zum Weißen Haus abzublasen, wird die zweite Amtszeit sein. Die gigantischen Haushalts-, Handels- und Leistungsbilanzdefizite werfen lange Schatten.

Die enormen Zahlen – 205, 125 und 105 Milliarden Dollar – schrecken den Normalbürger nicht. Nach einer neuen Umfrage sind 62 Prozent der Amerikaner mit ihrem bald 74jähri*gen Präsidenten zufrieden; nur* 29 Prozent versagen ihm ihre Zustimmung. Selten hat ein Bewohner des Weißen Hauses nach vier Jahren so prächtig abgeschnitten. Was zählt, sind die 7,2 Millionen geschaffenen Arbeitsplätze, die weitgehend wieder erreichte Preisstabilität und das kräftig gestiegene Realeinkommen.

Woran die US-Bürger glauben und was sie lange vermißten, hat Ronald Reagan auf dem von Menschen umdrängten Rostrum unter der hohen Kuppel des Kapitols und angesichts seiner in Marmor gehauenen Vorgänger so zusammengefaßt: „Es gibt keine Grenzen des Wachstums und Fortschritts, wenn Männer und Frauen frei ihren Träumen folgen können." Deshalb wurden die Einkommensteuern von 1981 bis 1983 um ein Viertel gesenkt, was die Einnahmen des amerikanischen Fiskus in diesem Jahr um 135 Milliarden Dollar verringert, und die staatlichen Fesseln, die das so erfolgreiche Wirtschaftssystem zu erdrosseln drohten, gelockert.

Kein Rückwärtsgang

Lauter Beifall begleitete denn auch Reagans Versprechen, auf dem bisherigen Weg der Erneuerung Amerikas unbeirrt weiterzugehen: Die Fehler der Vergangenheit, die das Vertrauen und die Privatinitiative unterminierten, werden nicht wiederholt. Der Präsident wörtlich: „Ihr habt uns 1980 gewählt, um die Katastrophen-Rezeptur zu beenden. Ich glaube nicht, daß ihr uns 1984 wiedergewählt habt, damit wir in den Rückwärtsgang schalten."

Und weiter: „Im Mittelpunkt unserer Anstrengungen steht eine Idee, die durch 25 Monate ununterbrochenes Wirtschaftswachstum ihre Richtigkeit bewiesen hat: Freiheit und Anreize lassen die allgemeinen und genialen unternehmerischen Kräfte los, die der Kern menschlichen Fortschritts sind." Als Beweise führte Reagan die verbesserte Vergütung des Produktionsfaktors Arbeit, die wieder zugenommenen Ersparnisse und Investitionen sowie den in Umfang und kostenmäßig geschrumpf*ten Regierungsapparat an.*

Wenn der Präsident die bisherigen Erfolge so hoch einschätzt, ist sein Festhalten am konservativen Programm selbstverständlich. In seiner zweiten Amtszeit will er die Wachstumsgrenzen dadurch sprengen, daß die Besteuerung für alle, „die arbeiten und verdienen", einfacher und fairer gestaltet wird. Entsprechende Pläne für ein Einheitssteuersystem liegen schon vor. Mit einer „neuen Kühnheit" soll jedem Amerikaner, der arbeiten will, ein Job verschafft werden.

Nationale Anstrengung

Nach den Worten Reagans ist die Zeit gekommen für eine „neue amerikanische Emanzipation" – eine große nationale Anstrengung, um die wirtschaftlichen Barrieren niederzureißen und den Geist der freien Wirtschaft zu beleben, und zwar auch in den benachteiligten Regionen der USA. Für den Präsidenten bleibt *Amerika das Land, das „die technologische Revolution"* anführt. Wie die Ziele zu erreichen sind, wird er Anfang Februar vor beiden Häusern des Kongresses in seinem Bericht zur Lage der Nation ausbreiten.

Denn die eigentlichen Probleme, die daraus resultieren, daß die Reagan-Administration einen mächtigen Konjunkturaufschwung auf Pump kreiert hat, bleiben. Das riesige Haushaltsdefizit läßt sich, wie der Präsident immer noch hofft, sicher nicht nur durch „mehr arbeitende Bürger, die Steuern zahlen", ausgleichen. Auch sein Vorschlag, die Pflicht zum Budgetausgleich in der Verfassung zu verankern, ist unrealistisch, weil politisch nicht durchsetzbar. Konkret bleibt nur das geplante Einfrieren der Ausgaben im Finanzjahr 1986; aber auch hier hat der Kongress ein Wort mitzureden.

Insofern war es eine für Reagan typische Inaugurationsrede. Kein Wort darüber, daß die USA in diesem Jahr 120 bis 130 Milliarden Dollar an ausländischem Kapital benötigen, um ihr Leistungsbilanzdefizit zu finanzieren. 1984 waren es 105 Milliarden Dollar – Geld, das besser in den Ländern mit einer viel schwächeren Konjunktur investiert worden wäre.

Aus der Antrittsrede des US-Präsidenten

DW. Washington

US-Präsident Reagan erklärte in seiner Rede zu Beginn der zweiten Amtszeit:

„Heute sprechen wir kein Gebet mit mehr Inbrunst als das alte Gebet um Frieden auf Erden. Die Geschichte hat jedoch bewiesen, daß durch guten Willen allein weder der Friede kommt noch unsere Freiheit gewahrt wird. Es gibt Dinge auf der Welt, die unserer Vision von menschlicher Würde und Freiheit spotten. Ein Staat, die Sowjetunion, hat die größte militärische Rüstung in der Geschichte der Menschheit betrieben, hat Arsenale schrecklicher Offensivwaffen angehäuft.

WORTLAUT

Wir haben Fortschritte beim Wiederherstellen unserer Verteidigungskapazität gemacht, doch bleibt noch viel zu tun. Es darf bei uns keine Unschlüssigkeit und bei anderen keinen Zweifel daran geben, daß Amerika seiner Verantwortung gerecht wird, frei, sicher und im Friedenszustand zu bleiben ...

Wir sprechen mit der Sowjetunion nicht einfach über Begrenzungen einer weiteren Zunahme atomarer Waffen. Wir wollen diese statt dessen verringern. Zum Wohle jedes Kindes in *jedem Winkel* der Erde *streben wir* danach, daß eines Tages atomare Waffen vom Antlitz der Erde völlig beseitigt werden.

Seit Jahrzehnten haben wir und die Sowjets unter der Drohung der gegenseitigen gewissen Vernichtung gelebt ... Liegt jedoch irgendeine Logik oder Moral darin zu glauben, daß wenn eine Seite damit droht, Millionen und Abermillionen unserer Menschen zu vernichten, unser einziges Hilfsmittel darin besteht, mit der Vernichtung von Millionen und Abermillionen ihrer Leute zu drohen?

Ich habe ein Forschungsprogramm genehmigt, um festzustellen, ob ein Schutzschild entwickelt werden kann, der Atomraketen vernichtet ... *Solch ein Schild* würde nicht Menschen umbringen, sondern Waffen vernichten. Er würde nicht den Weltraum militarisieren, sondern dazu beitragen, die Arsenale auf Erden zu entmilitarisieren.

Solch ein Schild könnte Atomwaffen überflüssig machen. Wir wollen daher mit den Sowjets in der Hoffnung zusammenkommen, daß wir uns auf die Formel zu einigen vermögen, welche die Welt von der Gefahr der atomaren Vernichtung befreit.

In unserem Streben nach Frieden und Sicherheit werden wir durch den Wandel ermutigt, der sich um uns herum ereignet. Seit der Jahrhundertwende hat sich die Zahl der Demokratien in der Welt vervielfacht. *Heute ist die Freiheit des Menschen* auf dem Vormarsch, und dies nirgends so sehr wie in unserer eigenen Hemisphäre.

Enttarnung war dem KGB bekannt

SAD, London

Von einem „hohen Angehörigen der westdeutschen Sicherheitspolizei" *soll der sowjetische* Geheimdienst KGB schon Anfang 1973 erfahren haben, daß westliche Geheimdienste den Kanzleramtsspion Günter Guillaume enttarnt hatten. Das behauptet John Symonds, Ex-Kripobeamter bei Scotland Yard und nach *eigenem Eingeständnis* ehemaliger Agent der sowjetischen Spionage. Symonds übermittelte die Informationen über die Enttarnung Guillaumes an den Kreml.

Dregger: Einladung an Honecker gilt

AP, Berlin

Zum Abschluß der zweitägigen Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfrak*tion im Berliner Reichstagsgebäude* hat ihr Vorsitzender Alfred Dregger die Einladung an den „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker zu einem Besuch in die Bundesrepublik wiederholt. Auf mögliche Kontakte zwischen Volkskammer und Bundestag angesprochen, wollte Dregger „keine positive oder negative Stellungnahme" abgeben. Gleichzeitig betonte er aber die Notwendigkeit von Regierungskontakten.

CDU/CSU über Kontakte mit der „Volkskammer"

Auch Dregger geht auf Distanz zu den Vorschlägen Jenningers

hrk. Berlin

CDU/CSU-Fraktionschef Alfred Dregger hat sich kritisch zu Erwägungen geäußert, formelle Beziehungen zur „Volkskammer" in Ost-Berlin aufzunehmen: „Die Kontakte im geteilten Deutschland sollten sich nicht auf Honoratioren oder Partei- und Staatsfunktionäre beschränken, die getrennt von der Klasse der Untertanen sind, die schön eingesperrt bleiben." Er teilte in Berlin mit, Bundestagspräsident Philipp Jenninger sei durch eine Erkrankung daran gehindert gewesen, gestern vor der Fraktion seine Auffassung zu diesem Thema darzulegen. Dies werde alsbald nachgeholt.

Dregger nahm mit diesen distanzierenden Hinweisen einen Tag nach einer positiven Stellungnahme des FDP-Präsidiums zu Jenningers Überlegungen Stellung. Gestern hatte Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger (SPD) derartige, von ihr schon früher begrüßte Kontaktaufnahmen ausdrücklich befürwortet. Zugleich machte sie den Vorbehalt, die 22 Westberliner Bundestagsabgeordneten dürften in keiner Weise diskriminiert werden.

Dregger unterschied gestern in seiner Pressekonferenz nach der Sitzung der Unions-Fraktion im Reichstagsgebäude ausdrücklich zwischen „notwendigen und wünschenswerten" Regierungskontakten zwischen Bonn und Ost-Berlin und Beziehungen zwischen dem frei gewählten Bundestag und der „Volkskammer": *„Man muß mit denen reden, die die* Macht haben." Ein solcher Vorsatz lasse sich jedoch nicht auf parlamentarische Kontakte übertragen „und auch nicht begründen". Er sei strikt dafür, daß derartige Kontakte „parallel zu den allgemeinen Begegnungs*möglichkeiten der Deutschen"* verlaufen müßten.

Der Fraktionschef forderte Ost-Berlin zu „ein bißchen mehr Offenheit" im Reiseverkehr auf und riet dazu, sich dabei an Ungarn ein Beispiel zu nehmen. Zusammenfassend kommentierte der CDU-Politiker das Thema mit dem Satz: „Entscheidend sind nicht Volkskammer und Bundestag, sondern entscheidend ist das deutsche Volk in beiden Teilen Deutschlands."

Zum veränderten Motto des Schlesiertreffens im Juni bemerkte Dregger, er sei sicher, daß die Landsmannschaft eine „kluge Entscheidung" getroffen habe, die er jedoch weder jetzt noch später kommentieren wolle. Die Verzögerungen der vergangenen Tage erklärte Dregger mit dem Hinweis, daß beispielsweise auch der Kanzler „die mühevolle Last" auf sich genommen habe, die Vertriebenen zu integrieren: „Ich habe großen Respekt vor den Schlesiern und bin ein Freund der Ostdeutschen." Zugleich mahnte er, diesen Vorgang mit mehr „Nachdenklichkeit" zu behandeln. „Für Nicht-Schlesier ist das natürlich leichter als für Schlesier. Ich habe auch in der Fraktion gesagt, jeder möge sich vorstellen, wie er dächte und fühlte, wenn er aus Bayern, dem Rheinland oder Westfalen vertrieben worden wäre." In der Sitzung habe er hinzugefügt, daß allerdings auch die Betroffenen bedenken sollten, „sich nicht selbst zu schaden und der Sache Schlesiens".

Vor der Fraktion bekräftigte Dregger noch einmal zwei Hinweise: „Die Freiheit West-Berlins ist existentiell verknüpft mit der Offenheit der deutschen Frage und ihrer schließlichen *Lösung auf der Grundlage* des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes." Den 8. Mai 1985 rate er so zu begehen, „wie es unserer nationalen Würde und unserer demokratischen Gesinnung entspricht".

Hupkas Brief an den Bundeskanzler

DW. Bonn

Der Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Herbert Hupka, schrieb gestern folgenden Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

Diesen Brief schreibe ich im Namen und im Auftrag des geschäftsführenden Bundesvorstandes der Landsmannschaft Schlesien.

Das Motto für das Deutschlandtreffen der Schlesier vom 14. bis 16. Juni 1985 in Hannover „40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser" hat zu Mißverständnissen Anlaß gegeben. Es ist herausgelesen worden, als sollte heute etwas gewaltsam verändert, eine neue Vertreibung geplant, fremdes Territorium in Anspruch genommen, gegen die deutsch-polnische Verständigung gehandelt werden. Nichts davon enthält dieses Motto. Seine Aussage lautet: 1. Die Vertreibung dauert bereits vier Jahrzehnte, denn bis heute ist den Vertriebenen das Recht auf die Heimat verwehrt. 2. Schlesien ist historisch, geistig-kulturell, rechtlich und politisch Teil Deutschlands in seinen Grenzen von 1937 (Bundesverfassungsgericht 31. Juli 1973: „Das Deutsche Reich existiert fort"). 3. Die deutsche Frage ist offen, erst in einem demokratisch legitimierten Friedensvertrag kann endgültig über ganz Deutschland und seine Grenzen entschieden werden. 4. Auch durch den Warschauer Vertrag werden weder Annexion noch Vertreibung und die dadurch entstandenen Grenzlinien anerkannt. 5. Schlesien ist nicht nur die Heimat der Schlesier, sondern Eigentum aller Deutschen.

Die Mißverständnisse werden bedauert. Um jede Möglichkeit eines Mißverständnisses auszuräumen und den Blick in eine friedliche und freiheitliche Zukunft für das deutsche Volk und alle Völker in Europa zu öffnen, hat der geschäftsführende Bundesvorstand der Landsmannschaft Schlesien einstimmig beschlossen, das Motto für das Deutschlandtreffen der Schlesier interpretierend zu ergänzen. Das Motto für das Deutschlandtreffen soll nunmehr lauten: „40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unsere Zukunft – Im Europa freier Völker". Damit kommt die Verantwortung von uns allen, nicht zuletzt gerade auch der Bundesregierung zum Ausdruck, daß entsprechend den Rechtspositionen – Grundgesetz, Deutschlandvertrag, Brief zur deutschen Einheit, Gemeinsame Entschließung, Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes – Deutschland in allen seinen Teilen der Auftrag freiheitlicher Deutschland- und Europapolitik bleibt und dieser Auftrag die ganze offene deutsche Frage umschließt. Schlesien ist nicht Vergangenheit, sondern hat Zukunft in einem Europa freier Völker, in dem Grenzen keine Rolle mehr spielen sollten.

Noch bei keinem Deutschlandtreffen der Schlesier wurde die Einladung an den Gastredner mit der Ankündigung des Mottos verknüpft, auch nicht 1965, als Bundeskanzler Professor Dr. Ludwig Erhard auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier mit dem Motto „Schlesien Deutschlands Osten" sprach.

Wir haben dankbar begrüßt, daß Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, die Einladung, auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier zu sprechen, angenommen hatten. Die Landsmannschaft Schlesien geht davon aus, daß die durch das Motto ausgelösten Mißverständnisse nunmehr ausgeräumt worden sind, und werden uns freuen, Sie am 16. Juni 1985 in Hannover begrüßen zu können, so wie wir am 14. Juni 1985 zur Eröffnung des Deutschlandtreffens der Schlesier Herrn Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht für das Land Niedersachsen als Patenland Schlesiens begrüßen dürfen.

„Die Geschichte bleibt im Fluß. Deshalb ist die deutsche Frage offen"

Von ALEXANDER EVERTZ

Nachdem 1945 die Siegermächte die Erde auf den Sarg des Dritten Reiches geworfen hatten, *konnte man auch* in den Chefetagen der evangelischen Kirche sehr bald die Meinung hören, wir Deutschen müßten ein volles Ja zu dem Strafgericht Gottes sagen. Man verstand und versteht darunter die Anerkennung des Zustandes, den die zu *einer gerechten Friedensordnung* unfähigen Sieger geschaffen haben. Angeblich hat das Deutsche Volk sein Recht verspielt, nationale Lebensinteressen zu vertreten.

Aber mit dieser Auffassung befindet man sich auf einem theologischen Holzweg. Das Ja zu dem Strafgericht Gottes kann nicht heißen, daß wir uns mit Willkür und Unrecht abfinden. Es ist außerdem wirklichkeitsfremd, wenn man meint, die Geschichte sei 1945 zum Stillstand gekommen. Sie bleibt in Wahrheit bis in die Vormittagsstunden des Jüngsten Tages im Fluß. Sie ist nicht statisch, sondern dynamisch.

Teilung nicht letztes Wort

Zur Zeit wird wieder mit mehr oder weniger Eifer darüber debattiert, ob die deutsche Frage offen sei oder nicht. Ich bin der Meinung, sie ist offen. Das gilt zunächst im Blick auf das berechtigte Verlangen nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit. Die deutsche Teilung mit Mauer und Todesgrenze darf nicht das letzte Wort sein. Diese Frage ist offen, bis auch unser Volk sein Selbstbestimmungsrecht wahrnehmen kann. Was jedem kleinsten Volk in der Welt zugebilligt wird, darf man auch uns auf die Dauer nicht verweigern.

Schwieriger ist die Frage nach der Oder-Neiße-Grenze. Man muß da zunächst einmal die Tatsachen kennen. Am 24. Mai 1945, zehn Wochen vor der Potsdamer Konferenz, nahm Polen eigenmächtig die deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße in Besitz. Das war nicht nur ein Gegenschlag gegen die Unrechtstaten Hitlers. Schon 1919 haben polnische Politiker alles Land bis zur Oder, ja noch darüber hinaus gefordert. Ihr Begehren scheiterte damals am Widerstand der Westmächte.

Am 2. August 1945 erklärten die Vertreter Amerikas, Englands und der Sowjetunion in Potsdam: „Die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll." Die ostdeutschen Gebiete wurden lediglich unter die Verwaltung des polnischen Staates gestellt. Man dachte dabei nur an eine provisorische Vorstufe.

So sieht der völkerrechtliche Tatbestand aus, an dem auch die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Ostprovinzen nichts geändert hat. Polen ist bis heute nicht der rechtmäßige Besitzer der von ihm besetzten deutschen Ostgebiete. Die Frage ist offen.

Nun kommen wir allerdings nicht darum herum, auch andere Erwägungen mit einzubeziehen. Dabei muß sich zeigen, ob wir Deutsche aus der Katastrophe von 1945 gelernt haben. „Dem unbezweifelbaren deutschen Rechtsanspruch steht die polnische Wirklichkeit gegenüber" (so Franz Thedieck 1959). Wo bis 1945 über zehn Millionen Deutsche wohnten, sind jetzt neben etwa einer Million Deutschen Millionen Polen zu Hause. Wir werden das respektieren müssen.

Nur Wahnwitzige können an neuen Krieg und etwaige Gegenvertreibung denken. In großer Weisheit und Selbstbeherrschung haben die Heimatvertriebenen in ihrer Erklärung am 5. August 1950 in Stuttgart erklärt, man wolle „auf Rache und Vergeltung verzichten". Das heißt mit anderen Worten, daß die mit der Oder-Neiße-Linie *zusammenhängenden* Probleme nicht mit Gewalt, sondern ausschließlich auf friedlichem Wege gelöst werden können. Das Ziel sind gutnachbarliche Beziehungen mit Polen.

Wir können allerdings an eine gute Lösung dieser Fragen nicht denken, solange die Sowjetunion die osteuropäischen Völker im Griff hält wie der Habicht die Taube. Erst zwischen einem wiedervereinigten freien Deutschland und einem freien Polen sind fruchtbare Gespräche und Ergebnisse denkbar. Die Frage bleibt also offen. Der Wunsch nach einer vollen Wiederherstellung des alten Besitzstandes gehört freilich in das Reich der Träume.

*

Auch in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat die Diskussion um das Motto des Schlesiertreffens die Debatte über die deutsche Frage belebt. Pfarrer Alexander Evertz (Dortmund), der sich im Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea) zu dem Streit äußerte, amtierte von 1966 bis 1982 als Vorsitzender der Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland. Die Notgemeinschaft war unter anderem aus Protest gegen die umstrittene Ostdenkschrift der EKD von 1965 entstanden. In der Schrift wurden die Argumente zusammengetragen, die *eine Wiedereingliederung der Ostgebiete* in ein deutsches Reich nicht – wie es hieß – „erwarten lassen". Die Ostdenkschrift wurde in den vergangenen Tagen vom polnischen Kirchenminister, Adam Lopatka, während seines Aufenthalts in der Bun*desrepublik Deutschland als eine* Art Markstein in der Politik der Verständigung zwischen Deutschen und Polen gewürdigt.

Die kirchlichen Gruppen innerhalb der deutschen Heimatvertriebenen waren, ähnlich wie die offiziellen Vertriebenenorganisationen, von Anfang an auf scharfe Abgrenzung zu den Vorstellungen, wie sie in der umstrittenen Denkschrift geäußert wurden, gegangen. Das Verhältnis beispielsweise des Ostkirchen-Ausschusses *der Evangelischen Kirche* in Deutschland zu den Repräsentanten der EKD ist weiterhin gespannt. Das zeigten auch die Sitzungen dieses Gremiums in der jüngsten Vergangenheit. Die katholische Kirche in der Bundesrepublik Deutschland hat es bislang vermieden, Erklärungen abzugeben, die als Unterstützung des polnischen Standpunktes verstanden werden könnten.

Dollinger von „DDR" in Berlin brüskiert

hrk. Berlin

Zu einem politischen Zwischenfall kam es am Rande der CDU/CSU-Fraktionssitzung in Berlin: Bedienstete der Ostberliner „Deutschen Reichsbahn" verweigerten Bundesverkehrsminister Werner Dollinger am Montag den Zutritt zum Fernbahnsteig des Bahnhofs Zoo. Dort beginnt und endet der Eisenbahn-Transitverkehr von West-Berlin durch die „DDR" ins übrige Bundesgebiet. Das Gelände untersteht betriebstechnisch der „Reichsbahn", gehört jedoch zum westlichen Hoheitsgebiet.

Dollinger wollte sich in Begleitung der Berliner Senatoren Wronski (Betriebe), Pieroth (Wirtschaft und Verkehr), Franke (Bau) sowie des Berlin-Bevollmächtigten des Bundeskanzlers, Lorenz, über den verwahrlosten Zustand des Fernbahnhofs informieren. Gelegenheit bot dazu eine vom Senat arrangierte Besichtigung der S-Bahn, die im Januar 1984 vom Westen übernommen worden war. S- und Fernbahn befinden sich unter demselben Dach. Als Dollinger das häßlichste Bahnhofsgebäude in Deutschland betreten wollte, versperrte ihm eine „Reichsbahn"-Bedienstete mit einer vorgehängten Kette den Weg durch die Bahnsteigsperre.

Auch ein Appell von Senator Wronski fruchtete nicht. Bevor der daraufhin alarmierte Bahnhofsvorsteher der „Reichsbahn" erschien, war die Gästegruppe aus Bonn bereits umgekehrt. Senat und „Reichsbahn" stehen bereits seit Jahren in Verhandlungen über einen Umbau des Bahnhofs, für den die westliche Seite mehrere Millionen Mark auszugeben bereit ist.

„DDR" verärgert über Diepgens Mahnung

hrk. Berlin

Die „DDR"-Führung hat mit einem Kommentar im SED-Blatt „Neues Deutschland" außerordentlich verärgert auf die Mahnungen des Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen reagiert, auf Seiten der „DDR" besseren Umweltschutz zu praktizieren, von dem auch die Westberliner profitieren könnten. Die Zeitung hielt Diepgen „Mangel an Realitätssinn" vor und forderte ihn zu „Objektivität und Sachlichkeit" auf.

Diepgen hatte am Sonntag im Hinblick auf den 40-Prozent-Schadstoffanteil durch „dicke" Luft aus der „DDR" erklärt, „Berlin ist eben keine Insel im blauen Meer. Selbst wenn wir hier mit Katalysator-Autos fahren, dann stinkt der Trabbi am Prenzlauer Berg wahrscheinlich immer noch. Und die Kraftwerke rings um Berlin auch." Deshalb müsse der mangelhafte Umweltschutz drüben zum „zentralen Thema" der Gespräche mit der anderen Seite gemacht werden. Zugleich hatte Diepgen der „DDR" angeboten, ihr bei moderner Umweltschutztechnik auch finanziell zu helfen.

APF spricht von „Machtmißbrauch"

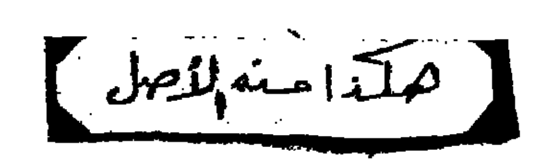
E.N./dpa, Bonn

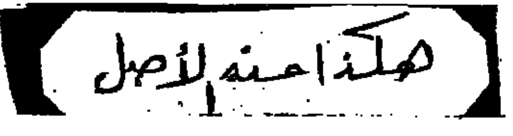
Geschäftsführung und Chefredaktion von Aktuell Presse-Fernsehen (APF) haben dem österreichischen Fernsehen (ORF) bei der Übertragung der nordischen Ski-Weltmeisterschaften in Seefeld Machtmißbrauch vorgeworfen. APF-Geschäftsführer Gerhard Naeher sprach gestern in Bonn von der „Übermacht einer Monopolanstalt", die dem Privatfernsehen die Berichterstattung über die Wettkämpfe systematisch verwehrt habe.

Dem von 167 Zeitungen getragenen APF, das seit Jahresbeginn über SAT 1 das erste private Fernsehprogramm in der Bundesrepublik ausstrahlt, war in Seefeld das Filmen unter Hinweis auf Exklusivverträge mit anderen Fernsehanstalten mit Polizeieinsatz untersagt worden. Naeher und APF-Chefredakteur Armin Halle beriefen sich auf das Recht der freien Berichterstattung und wiesen auf internationale Gepflogenheiten hin, die auch bei Exklusivverträgen Sendungen von weniger als drei Minuten erlaubten. Sie kündigten Protest beim österreichischen Fremdenverkehrsministerium, beim Internationalen Skiverband und den Organisatoren der nordischen Weltmeisterschaft an.

Die österreichische Fernsehanstalt habe sich in Seefeld von Anfang an zwischen APF und das Organisationskomitee gedrängt, erklärte Naeher. Nach seiner Darstellung hat die ORF die Akkreditierung der drei APF-Teams verhindert. Bisher, so Chefredakteur Halle, sei APF noch bei keiner Sportveranstaltung in seiner Arbeit behindert worden. Man müsse jedoch den Anfängen wehren. Halle pochte auf das Recht ungehinderter journalistischer Arbeit.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.





Washington: „Wir arbeiten weiter für eine Reform der Unesco“

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Wenige Wochen nach Vollzug ihres Austritts aus der Unterorganisation der Vereinten Nationen für Kultur, Wissenschaft und Erziehung (Unesco) registrieren die USA zunehmend positive Reaktionen auf diesen Schritt. 106 Länder, vorwiegend aus der Dritten Welt, hatten die amerikanische Kritik an der Unesco begrüßt. In der UNO sei seit Beginn der öffentlichen Diskussion ein leichter Trend *zu mehr Sachlichkeit erkennbar.* In einem Gespräch mit der WELT sagt der für internationale Organisationen zuständige Direktor im State Department, Gregory Newell: „Unsere Entscheidung wird verstanden. Wir spüren die wachsende Hoffnung ,daß dieser Schritt zu einer Entpolitisierung der Unesco und zu einer Konzentration auf die ursprünglichen Ziele dieser anfangs so nützlichen Organisation führen möge“.

Die Unesco-Entscheidung sei jedoch nur Teil einer umfassenderen Strategie, um das System der multilateralen Beziehungen auf ihre eigentlichen Aufgaben zurückzuführen. Seit vier Jahren sei die Reagan-Administration bei der UNO und ihren diversen Unterorganisationen vorstellig mit Reformvorschlägen. „Wir nehmen die Vereinten Nationen und das, was auf ihren Foren gesagt wird, ernst. Wir wollen das System erneuern. Der notwendig gewordene Austritt ist ein genereller Warnschuß.“

Nach systematischen Analysen über 18 Monate hinweg hätten die USA drei konkrete Problemfelder ihrer *Kritik formuliert. Die meisten* Unterorganisationen hätten nicht nur Verständnis, sondern auch guten Willen zur Korrektur gezeigt, „nur die Unesco nicht“. Die Kritik betreffe erstens die überzogene Politisierung, zweitens die feindselige Haltung gegenüber den Werten der freien Welt, die einhergehe mit dem Wohlwollen für staatliche Kontrolle, Planwirtschaft und Ziele der sowjetischen Außenpolitik, drittens die „unglaubliche Verschwendung der Mittel“.

So beschäftige sich die Unesco mehr mit Abrüstung und prosowjetischen Friedensthesen als mit dem Kampf gegen das Analphabetentum. Im vergangenen Jahr „hat sie für sowjetfreundliche Friedensinitiativen *978 000 Dollar ausgegeben,* für den Kampf gegen das Analphabetentum unter den ihr für diesen Zweck anvertrauten zehn Millionen Flüchtlingen auf der Welt jedoch nur ganze 62 000 Dollar.“ Nur einer von fünf Dollar aus dem 400-Millionen-Dollar-Haushalt der Unesco komme kulturellen Entwicklungsprogrammen zugute. Die anderen vier würden im aufgeblähten Apparat der Organisation in Paris ausgegeben. 81 Prozent der rund 2800 Unesco-Beamten lebten in Paris, nur 19 Prozent da, wo die Arbeit vor Ort getan werde. Unesco-Beamte hätten mit die höchsten Gehälter bei den ohnehin gut dotierten internationalen Organisationen. Es seien fast keine *Anstrengungen unternommen* worden, um die Zahl der 400 Konferenzen und Kongresse pro Jahr und der 300 Millionen Seiten an Dokumenten (für das Jahr 1983) zu beschränken oder die Spesen der Beamten in Paris einzugrenzen. Der Haushalt der Unesco sei in zehn Jahren (1972 bis 1982) um 300 Prozent gewachsen und sehe für das Doppeljahr 84/85 eine erneute *Steigerung* um zehn Prozent vor, während sich die anderen Unterorganisationen in etwa an die Richtlinien des empfohlenen Null-Prozent-Wachstums halten.

● GESPRÄCH

In der einen oder anderen Form seien etliche Gelder an die PLO, Swapo und ANC zu „Zwecken der Ausbildung“ transferiert worden. Auch habe die Unesco Organisationen wie „Wissenschaftler für den Frieden“ finanziell unterstützt, die eindeutig prosowjetische Thesen verbreiten und dafür Gelder aus dem *Ostblock erhalten. Unbeirrt verfolge* die Unesco auch ihr Ziel einer neuen Weltinformationsordnung, „die mit Parolen wie 'Schutz für Journalisten' oder 'Ethischer Standard für Journalisten' zu Zensur und Gängelei der Presse führen. In punkto Pressefreiheit aber sind wir sensibel.“ Überhaupt hätte man auf den Kongressen und in den Hochhäusern von Paris „eine neue Sprache für Menschenrechte“ geschaffen. Es heiße jetzt Rechte der Völker, Rechte der Staaten, was so viel bedeutet wie Vorrang des Kollektivs vor den traditionellen Menschenrechten und persönlichen Freiheiten.

Trotz des Mangels an gutem Willen der Unesco-Direktion wolle Washington gemeinsam mit *gleichgesinnten* Staaten, die noch Mitglieder sind, auf Reformen hinwirken. Die USA behielten ihren Beobachterstatus. Eine private Reformkommission von Experten soll mögliche Fortschritte in Richtung auf Reformen untersuchen. Die im vergangenen Frühjahr offiziell unterbreiteten Reformvorschläge lägen immer noch auf dem Tisch. Schließlich habe man vor ihrer Formulierung intensive Gespräche in 20 Hauptstädten vor allem der Dritten Welt und mit 42 afrikanischen Botschaftern in Washington geführt und natürlich auch mehrfach die Vertreter aus Lateinamerika und der westlichen Welt konsultiert. Newell: „*Man hatte wohl nicht* mit dem Ernst gerechnet, mit dem wir die UNO betrachten, und wahrscheinlich deshalb versucht, durch einen freundlicheren Umgang mit amerikanischen Vertretern und kleineren Reformansätzen die Entscheidung noch einmal zu vertagen. Aber da war mehr Reden als Reformieren. Die wichtigsten von uns geforderten Reformvorhaben wurden nicht akzeptiert.“

Newell hält es für „unrealistisch“, von anderen Ländern die gleiche Entscheidung zu verlangen, die Washington vollzogen habe. Die Bindungen Amerikas mit Ländern der Dritten Welt seien „ganz anders als zum Beispiel jene, die Frankreich oder Großbritannien mit diesen Staaten unterhält. Auch ist ihr finanzieller Beitrag sehr viel geringer, folglich ihre Investition nicht so hoch. Wir überlassen es den anderen Nationen, selbst über ihre Interessen zu befinden und ihre eigenen Strategien im Bereich der Entwicklungshilfe zu verfolgen, entsprechend den Zielen, die sie sich in der Dritten Welt gesetzt haben.“ Die USA jedenfalls „glauben, daß sie die *internationale Zusammenarbeit* auf den Gebieten der Kultur, Wissenschaft und Erziehung mit anderen Mitteln besser bewerkstelligen können, und zwar auf regionaler und bilateraler Ebene und über private Institutionen“.

Die Sowjetunion hingegen werde auch künftig für die kulturelle Entwicklungs in der Dritten Welt „so gut wie nichts“ tun. Sie konzentriere sich darauf, Organisationen wie die Unesco für ihre ideologischen Ziele zu mißbrauchen. Dafür wolle man sich nicht hergeben, geschweige denn bezahlen. Es sei an der Zeit, „die Arbeitsweise der Sowjets in den internationalen Organisationen ins Licht zu rücken.“

Gerne käme man wieder zurück, meint Newell, „wenn die Unesco die notwendigen Reformen durchführt. Wir hoffen auf eine Rehabilitierung der Unesco und arbeiten weiter für ihre Erneuerung“.

Numeiri: Die Falaschen können Sudan verlassen

DW. Bonn

Sudans Präsident Major Gaafar Numeiri hat sich erstmals über die noch rund 2000 äthiopischen Juden geäußert, die nach dem Abbruch der israelischen Luftbrücke in sudanesischen Flüchtlingslagern weiter auf ihre Beförderung nach Israel warten. Wie Numeiri in einem Interview mit der amerikanischen Zeitung „New York Times“ erklärte, können die Falaschen und alle anderen Flüchtlinge, die sich in sudanesischen Lagern aufhalten, frei ausreisen, wenn ihr Reiseziel nicht direkt Israel ist.

Numeiri: „Israel weiß, daß ich sein Feind bin. Ich werde dem Land nicht helfen, indem ich Leute schicke. Aber ich werde mich nicht darum kümmern, wenn die Flüchtlinge nach Europa, den USA oder in ein anderes Land gehen.“ Wenn diese Staaten bei der Lösung der Flüchtlingsfrage helfen wollen, sollten sie mit dem UNO-Komissar für Flüchtlingsfragen zusammenarbeiten, fügte er hinzu.

In Jerusalem, so die „New York Times“, wollte ein Sprecher des Ministerpräsidenten Shimon Peres zu den Aussagen Numeiris nicht Stellung nehmen. Seit dem Beginn der Luftbrücke unter dem Namen „Operation Moses“ verweigern israelische Behörden Auskunft über die Rettungsaktion. Durch eine Indiskretion war der Transfer der Flüchtlinge schließlich bekannt geworden und die Luftbrücke eingestellt worden.

Schwarze Juden aus Äthiopien waren zuvor über Monate in Sudan eingesickert. Auf dem Seeweg sowie über die Luftbrücke einer belgischen Chartergesellschaft wurden sie nach Israel gebracht. Insgesamt sollen so 10 000 Falaschen nach Israel gelangt sein.

Numeiri wiederholte in dem Interview seinen Vorwurf, Äthiopien habe die Falaschen im Gegenzug für die Lieferung israelischer Waffen zum Kampf gegen die Aufständischen in Eritrea und Tigre nach Israel ausreisen lassen. Äthiopien hat diesen Vorwurf inzwischen zurückgewiesen.

Der sudanesische Premier machte deutlich, daß angesichts der schwierigen Wirtschaftslage seines Landes, Sudan daran interessiert sei, alle Flüchtlinge abzuschieben. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen halten sich *in sudanesischen Lagern* derzeit mehr als eine Million Flüchtlinge auf. Die meisten stammen aus Äthiopien. Mit weiteren 300 000 bis 400 000 neu eintreffenden Flüchtlingen wird gerechnet.

Moskau arbeitet schon seit Jahren an der Militarisierung des Weltraums

Von C.GRAF BROCKDORFF

Im April 1977 legte der Chef des *Nachrichtenwesens der amerikanischen* Luftwaffe, Generalmajor George Keegan, eine Arbeit vor, die in aller Welt überraschte. Keegan, drei Monate vorher in Pension gegangen, enthüllte, daß die Sowjetunion in einem geheimen Forschungszentrum unweit von Semipalatinsk an Weltraumstrahlenwaffen arbeite. Keegan hatte berechnet, daß Moskau bis zum damaligen Zeitpunkt schon sieben Milliarden Mark in das Projekt investiert hatte.

Nach Keegan arbeiten die Sowjets auf zwei Gebieten: Laser-Strahlen und hochenergiereiche Partikelstrahlung. Er warnte, das Gleichgewicht könne sich dramatisch verändern, wenn es der Sowjetunion gelänge, einen Durchbruch bei der Forschung zu erreichen. Für die eben ins Amt gekommene Carter-Administration war das der Anlaß, die amerikanische Grundlagenforschung auf dem Feld der Raumwaffen wenigstens so weit voranzutreiben, daß man vor Überraschungen aus der Sowjetunion gesichert bleiben würde. Das war jedenfalls die Annahme. In der politischen Leitung des Pentagon sah man während der Amtszeit Carters nicht ohne Sorge auf die Hochrechnungen der amerikanischen Nachrichtendienste, die nachwiesen, daß die Sowjetunion allein auf dem Laser-Gebiet zehnmal soviel Geld ausgab wie die Vereinigten Staaten.

So ging es die nächsten sechs Jahre weiter, bis *Präsident Reagan* in der zweiten Hälfte seiner Wahlperiode im März 1983 die strategische Verteidigungsinitiative (SDI) verkündete, die vielerorts den irreführenden Beinamen „Krieg der Sterne“ erhielt – irreführend, weil ein Verteidigungsprogramm gegen Atomraketen gemeint ist.

Beide Supermächte arbeiten also auf diesem Gebiet, die Vereinigten Staaten mit erheblicher Verspätung. Der Unterschied zwischen den Supermächten ist der, daß die eine ihr Programm öffentlich verkündet, die andere es nicht nur verschweigt, sondern geheimhält und indirekt in Abrede stellt. Seit 1967 ist offizielle sowjetische Politik darauf gerichtet, Raumwaffen verbieten und verhindern zu wollen. Die sowjetische Propaganda unterstellt seit jener Zeit den Amerikanern, ein militärisches Raumfahrtprogramm nach dem anderen zu starten, die Raumfähre „Space Shuttle“ steht an der Spitze sowjetischer Angriffe. Militärische Raumprogramme der Sowjetunion gibt es nach sowjetischer Darstellung nicht, sie seien allein friedlicher Forschung gewidmet. Das sowjetische militärische Wörterbuch 1983 (Weijennij Entsiklopedicheskij Slowar), herausgegeben vom sowjetischen Verteidigungsministerium, führt amerikanische Raumprogramme und Fahrzeuge – *die zivilen* eingeschlossen – als militärisch auf. Sowjetische Raumprogramme werden hingegen nur technisch beschrieben, Hinweise auf eine militärische Nutzung fehlen.

Das führt manchmal zu unfreiwilliger Komik. In der sowjetischen Militär-Enzyklopädie 1978 (Vol. 5, S. 38) wird von ausländischen (amerikanischen) Arbeiten gesprochen, Interkontinentalraketen mit Laser-Strahlen zu zerstören („Porazhenije“). Und an anderer Stelle in bezug auf derartige Waffen: Ziel der Amerikaner sei es, die Raumwaffen des Feindes zu zerstören. Welcher „Feind“ der USA hat Raumwaffen?

Die Sowjetunion hat ihre öffentlichen Erklärungen und ihre schon wieder angelaufene Propagandakampagne allein auf das amerikanische SDI-Programm abgestellt. Es gelte, dieses Programm zu verhindern, *denn von ihm gehe eine neue* Rüstungsspirale aus. Der Unterton lautet: Was wir machen, ist geheim und geht niemanden etwas an, über die amerikanischen Waffen muß verhandelt werden. Diese Art des sowjetischen Vorgehens läßt wenig Gutes hoffen, weil es anzeigt, daß die Sowjetunion kein Interesse daran hat, ein echtes Gleichgewicht auf der Welt anzustreben. Wie in der Vergangenheit scheint sie Verhandlungen und öffentliche Erklärungen zum Zweck der Desinformation lediglich als Vehikel benutzen zu wollen, die eigene militärische Vormacht auszubauen und den Gegner möglichst nachhaltig zu schwächen. Sollte diese Annahme sich in den nächsten Wochen bestätigen, ist die nächste Verhandlungsrunde zum Scheitern verurteilt.

DIE ● ANALYSE

Raketen können von der Erdoberfläche und aus dem Raum bekämpft werden. Die sowjetische Luftverteidigung (PVO) spielt dabei eine Schlüsselrolle. Für die Vereinigten Staaten ist sie im Rahmen des militärischen Gleichgewichts von fundamentaler strategischer Bedeutung. In den Erklärungen sowjetischer Politiker und Kommentatoren wird sie nie erwähnt. Die Sowjetunion verfügt über die umfangreichste Luftverteidigung der Welt. Ihr Territorium wird von 13 000 Raketen-Startern gegen das Eindringen feindlicher Flugzeuge, Marschflugkörper und – in bestimmten Fällen – Raketen geschützt. Sie verfügt über 4000 Abfangjäger der Luftverteidigung. Moskau hat das einzige Abwehrsystem der Welt gegen Interkontinentalraketen installiert, es wird zur Zeit modernisiert.

Die Bedeutung dieser Luftverteidigung erkennt man daran, daß das Schwergewicht der amerikanischen strategischen Offensivwaffen (berechnet nach Megatonnen) bei den bemannten Fernbombern liegt. Sie müßten in den sowjetischen Luftraum eindringen oder sich in dessen Nähe begeben. Von den rund 4100 Megatonnen Sprengkraft der strategischen US-Streitkräfte entfallen 2400 auf Bomber. Bei den Sowjets ist es umgekehrt. Rund zwei Drittel der sowjetischen strategischen Streitkräfte bestehen aus landgestützten Interkontinentalraketen.

Aus diesem Vergleich wird deutlich, daß das SDI-Programm für die Vereinigten Staaten eine Bedeutung hat wie die PVO-Luftverteidigung für die Sowjetunion. Er macht klar, daß man nicht über Raumwaffen sprechen kann, ohne die sowjetische Heimatluftverteidigung auf den Verhandlungstisch zu bringen. Genau das wird geschehen. Es kann an dieser Stelle aus verläßlichen Quellen berichtet werden, daß die USA die gesamte sowjetische strategische *Verteidigung zum* Verhandlungsgegenstand machen werden.

Da die Vereinigten Staaten und Kanada zusammen kaum über 400 Abfangjäger auf dem nordamerikanischen Kontinent verfügen, über keine Luftabwehrraketen und nur über strategische Warnradars, wird die Sowjetunion sich mit Händen und Füßen gegen die Einbeziehung ihrer Luftverteidigung (PVO) wehren. Ihr Dilemma besteht darin, daß sie dies nicht kann, ohne die Verhandlungen zu gefährden. (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Standardwissen der Medizin

„Leserbrief: Tierversuche"; WELT vom 16. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

als eine der wenigen großen deutschen Zeitungen hat die WELT mit ihrer Serie über Tierversuche den Versuch unternommen, die Diskussion auf ein sachliches Niveau zu heben. Der Leserbrief des Heilpraktikers Dr. jur. Köhnlechner in der WELT vom 16. Januar zeigt, daß dieser *Versuch nicht* bei *allen Lesern* erfolgreich war. Der Leserbrief bestätigt zugleich eindrucksvoll alle Urteile oder Vorurteile der naturwissenschaftlichen Medizin gegen die Heilpraktikerschaft: Dr. Köhnlechner hat erkennbar nicht die *geringste* Ahnung von dem, worüber er schreibt.

Daß einzelne Tiere auf einzelne Wirkstoffe anders reagieren als der Mensch, ist eine Tatsache, die bereits seit Generationen zum Standardwissen von *Studenten der Medizin*, Pharmazie und Biologie gehört. Das Wissen um die teilweise unterschiedlichen Reaktionen bei Mensch und Tier ist die Voraussetzung für biomedizinische Versuche. Bei solchen Versuchen *wird* ja *nicht wahllos irgend*eine Substanz an irgendein Tier verfüttert; aufgrund des vorhandenen Vorwissens ist es vielmehr möglich, für die Beantwortung der jeweiligen wissenschaftlichen Fragestellung die *jeweils geeignete Tierart auszuwählen.*

Die Entwicklung der Behandlung der Zuckerkrankheit demonstriert beispielhaft, welchen großen Nutzen tiermedizinische Erkenntnisse für den *Menschen haben. Die Ursachen* der Zuckerkrankheit wurden 1917 von deutschen Wissenschaftlern durch Versuche an Hunden entdeckt. Bestimmte Zellen der Bauchspeicheldrüse verlieren die Fähigkeit, Insulin *zu produzieren.* Insulin ist ein lebensnotwendiges Hormon, welches den Blutzuckerspiegel reguliert. Man unterscheidet zwei Formen der Zuckerkrankheit: insulinpflichtige Diabetes, bei dem überhaupt kein Insulin mehr gebildet wird – unbehandelt verläuft er stets tödlich –, und milderer Diabetes, bei dem die Insulinerzeugung lediglich verringert ist.

Aufbauend auf den Erkenntnissen der deutschen Wissenschaftler, haben kanadische Wissenschaftler in den 20er Jahren ebenfalls an Hunden die Behandlungsmethode entwickelt: die Verabreichung von Insulin, das aus der Bauchspeicheldrüse von Schlachtvieh, Schweinen und Rindern, gewonnen wird. Die sichere Anwendung dieses Insulins beim Menschen ist jedoch nur möglich, wenn jede Produktionseinheit zuvor bei Kaninchen oder Mäusen auf Wirkstärke geprüft worden ist. In der Bundesrepublik gibt es rund 400 000 insulinpflichtige Diabetiker, die ohne diese Tierarten nicht am Leben wären.

All diese Menschen leben nur deshalb, weil verantwortungsvolle Wissenschaftler der Medizin die Richtung gewiesen haben und nicht Köhnlechners.

Mit freundlichen Grüßen
H.-J. Cramer,
Bundesverband der pharmazeutischen Industrie e. V., Frankfurt/Main

Dauerschweigen

Mit Briefen bat ich die Fernsehanstalten, doch auch einmal eine Sendung über die deutschen Ostgebiete vor 1945 zu bringen, denn die Geschichts- und Vaterlandslosigkeit kommt nicht von ungefähr. „Jedes Volk muß seine Geschichte kennen", sagte einmal Konrad Adenauer.

Schon oft brachte das Fernsehen Berichte aus aller Welt, interessant und lehrreich, doch auf wahrheitsgetreue Sendungen über die deutschen Ostgebiete vor 1945 warten wir noch immer.

Wie ich schon erwähnte, bat ich die *Fernsehanstalten* um *eine deutsche* Sendung, doch außer dem Süddeutschen Rundfunk (Stuttgart) hielt es niemand für nötig, auf meine zwei Briefe zu antworten.

Ostdeutschland war und ist ein reiches Land! Vielgestaltig ist die Landschaft. Nicht zu vergessen die großen, altehrwürdigen Städte wie Königsberg am Pregel in Ostpreußen, 1457–1525 Sitz der Deutschordensmeister, 1544 Gründung der Universität; Breslau, Hauptstadt Schlesiens an der Mündung der Ohle in die Oder, spätgotisches Rathaus, alte Kirchen, Jahrhunderthalle, Universität; Neisse am Fuße der Sudeten, genannt das „schlesische Rom".

Vieles gibt es über große und großartige Persönlichkeiten zu sagen wie Heinrich I. (1201–1238), St. Hedwig, Joseph Freiherr von Eichendorff, Paul Keller, Gustav Freytag, Hermann Stehr, Martin Opitz usw. Wer weiß noch etwas von Franz Graf von Ballestrem, der die Güter seines Vaters nicht nur modernisierte, sondern *sie sogar zu hoher Blüte brachte. Graf* Ballestrem gründete zahlreiche Arbeitersiedlungen, Krankenhäuser, Hauswirtschaftsschulen, Bibliotheken, er ließ Kirchen, Schwesternstationen und Konsumvereine errichten *und anderes mehr. Die 1906 gebaute* Bergmannssiedlung Rokittnitz in Oberschlesien galt als eine der modernsten, besteingerichteten Europas und wurde von vielen Ausländern besichtigt. Auch die Brüder Carl und *Gerhart Hauptmann (1858 und 1862 in* Obersalzbrunn geboren) sollte man wieder in Erinnerung rufen und Ivo Hauptmann (geb. 1886), Maler, Sohn von Gerhart Hauptmann.

Noch leben wir im freien Teil Deutschlands. Wer nichts weiß und hören will vom Damals, begreift das Heute nicht!

Welch ein Geschrei in unserem Lande wegen des Mottos: „Schlesien ist unser". Wir sind nicht nur heimatlos, nein, wir sind sogar rechtlos geworden. Schlesien ist völkerrechtlich deutsches Land, warum also diese Aufregung?

Was mag wohl das Ausland über uns denken? „Willst du, daß dir kein Leid geschieht von bösem Volk, so sing ihr Lied und werde selbst zum Bösewicht, so hassen sie dich länger nicht." (Gottfried von Straßburg). Ein jeder hat das Schicksal, das er sich selber schafft.

Mit freundlichen Grüßen
E. Restel,
Saarbrücken 3

Wort des Tages

„Leben und Liebe des Menschen finden ihren Ausdruck auf der ganzen Bandbreite der Beziehungen, deren er fähig ist: in der Gemeinschaft mit den Gleichgesinnten, in bezug zur Natur, in der Öffnung auf die transzendente Welt hin."

Léon Arthur Elchinger; französischer Theologe (geb. 1908)

Anderes Bild

„8. Mai Tag der Befreiung von Hitler"; WELT vom 10. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

daß der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Berlin, Heinz Galinsky, *den 8. Mai 1945 als den Tag der Befrei*ung sieht, kann ich nachempfinden und bringe dafür volles Verständnis auf.

Als Deutscher muß ich dieser Auffassung widersprechen. Befreit fühlte ich mich *nur kurz* am 14. 4. 1945, dem Tag meiner Gefangenschaft – befreit von der Angst, in den letzten Tagen des Krieges noch ins Gras beißen zu müssen. Ältere Soldaten machten mir *jedoch gleich klar, daß das große Lei*den jetzt erst beginnen würde. Wie recht sie hatten.

Vier Wochen auf freiem Feld, ohne Decke, ohne Zelt, ohne Waschmöglichkeiten bei miserabelster täglicher Wassersuppe. Der Tod hielt hier reiche Ernte. Im Gefangenenlager 404 in Frankreich ging das Massensterben weiter. Dem Tod sprang ich hier von der Schippe, als ich an Ruhr erkrankte (bei 1.81 Größe 40 kg Gewicht) und in einem Lazarett in Südfrankreich wieder hochgepäppelt wurde.

Auch kann ich mir nicht vorstellen, daß sich 15 Millionen Schlesier, Ostpreußen und Pommern, die heute in der Bundesrepublik leben, zu diesem Zeitpunkt befreit fühlten. Bei dieser größten Vertreibungsaktion der Geschichte fanden über zwei Millionen unschuldiger Menschen den Tod. Nicht zu vergessen die Millionen Soldaten in russischer Gefangenschaft, die nach dem 8. Mai 1945 erfroren und verhungert sind.

Der 8. Mai 1945 war für unser Volk kein Tag der Befreiung, sondern geschichtlich gesehen in erster Linie ei*ne der größten und schmerzlichsten* Niederlagen, die wir in unserer 1000jährigen Geschichte hinnehmen und erleiden mußten.

Mit freundlichem Gruß
R. Menzel,
Berlin 27

Konsolidierung

„Der Bund und seine Bahn"; WELT vom 2. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Kommentar von Gerd Brüggemann einige Bemerkungen: Die Beschreibung der Lage der Deutschen Bundesbahn, die gekennzeichnet ist durch die Verminderung des Defizits um 400 Mill. DM in zwei Jahren ohne Neuverschuldung, ist im wesentlichen zutreffend. Der Kommentar erwähnt allerdings nicht, daß dabei an den dringend erforderlichen Investitionen keine Abstriche gemacht werden mußten. Und er verschweigt weiter die maßgebliche Beteiligung des Bundesministers für Verkehr und der Bundesregierung an der positiven Entwicklung, die sich in den am 23. 1. 1983 beschlossenen Leitlinien zur Konsolidierung der Deutschen Bundesbahn dokumentiert und in deren Rahmen der DB-Vorstand sich bewegt.

Was aber meint der Verfasser mit den „gesetzlichen" und sogar „grundsätzlichen" Maßnahmen? Es geht ihm nach seinen Worten „nicht so sehr um die Bereinigung der Bilanz von den sogenannten Altlasten als vielmehr um die Beseitigung jener unsinnig gewordenen Vermengung von staatlichem und marktwirtschaftlichem Handeln, die der Bund der *Bahn und auch sich zumutet*". Eine solche Vermengung sei nach Beendigung der früheren faktischen Monopolstellung nicht mehr zeitgemäß. Er spricht darüber hinaus von einer Behinderung der Wettbewerbsfähig*keit der Bahn durch den Bund – auch* dies wäre zu konkretisieren.

Da sich die Gedanken des Verfassers über das „antiquierte Bundesbahngesetz" hinaus auf Änderung *des Grundgesetzes richten,* ist wohl davon auszugehen, daß ihm die Privatisierung in Form einer Betriebsgesellschaft bei voller Übernahme des Fahrwegs auf den Bund vorschwebt. Diese Frage ist wiederholt und eingehend *untersucht worden, und zwar* mit dem Ergebnis, daß damit eine Verminderung der Gesamtbelastung für den Bundeshaushalt nicht erreicht werden kann.

Demgegenüber bilden die Leitlinien der Bundesregierung ein praxisbezogenes, auf den Zeitraum bis 1990 abgestelltes Rahmenkonzept zur Konsolidierung der DB, dessen erste Ergebnisse sich in einer deutlichen *Reduzierung des Defizits ohne* Neuverschuldung und verstärkten Investitionen niederschlagen. Mit der nachhaltigen Förderung moderner Betriebsweisen erhält das deutsche Eisenbahnwesen gerade im Jahr seines 150jährigen Bestehens *eine* weit in die Zukunft reichende neue Perspektive, die durch Gesetzgebungsmaßnahmen – wenn überhaupt – auch nicht annähernd geschaffen werden kann.

Mit freundlichen Grüßen
Siegfried H. Vogt,
Bundesministerium für Verkehr

Personalien

GEBURTSTAG

Einer der führenden Presserechtler in der Bundesrepublik Deutschland, Professor Dr. **Martin Löffler**, feiert am Freitag in Stuttgart seinen 80. Geburtstag. Nach Studien der Rechts- und Staatswissenschaften sowie Geschichte in Tübingen, München und *Berlin, promovierte* er 1928 mit der völkerrechtlichen Dissertation „USA, Versailler Vertrag und Völkerbund". Während des Zweiten Weltkrieges war er von 1940 bis 1944 im Afrika-Korps, zuletzt als Panzeroffizier. Einen Namen hat sich der Stuttgarter Anwalt vor allem durch seinen 1955 erschienenen Kommentar zum Presserecht, an dessen zweitem Band Löffler derzeit arbeitet, gemacht. Der Löffler-Kommentar gilt als einer der umfassendsten Darstellungen des Presserechts und ist weltweit verbreitet. Besonders bekannt wurde der Presserechtler durch sein Auftreten in größeren Presseprozessen, aber auch durch sein erfolgreiches Eintreten für den Bankier **Hermann Josef Abs** gegenüber östlichen Diffamierungsversuchen im sogenannten Abs-Prozeß.



Martin Löffler

EHRUNG

Großoffizier des Großkreuzes des Ordens Leopold II. wurde Bonns Regierungssprecher **Peter Boenisch**. Belgiens Botschafter **Michel van Ussel** überreichte dem Staatssekretär in seiner Residenz, der Muffendorfer Kommende, die Auszeichnung. Um sich versammelt hatten Botschafter van Ussel und seine Frau **Janine** einen großen Freundeskreis. An einem festlichen Essen nahmen unter anderem US-Botschafter **Arthur F. Burns** teil und der britische Botschafter Sir **Julian L. Bullard**, Ägyptens Botschafter **Mohamed Shaffie Abdel-Hamid**, Italiens Botschafter Professor **Luigi Ferraris** und der deutsche NATO-Botschafter in Brüssel **Hans-Georg Wieck**. Mit launigen Worten dankte Peter Boenisch. Die Ordensübergabe unter Freunden, in kultivierter Atmosphäre, sei eben doch etwas ganz anderes, meinte er, als der Orden, den man bei diversen Staatsanlässen auf dem Nachttisch seines Hotels, oder gar im Auto vorfinde. Auch nach zwei Jahren im Staatsdienst habe er sich an solche Regeln noch nicht gewöhnen können. Mit weiteren Ansichten über Orden hatte Boenisch erneut die Lacher auf seiner Seite, als er feststellte: „Mit Orden ist es wie mit Bomben. Sie fallen im Hinterland und treffen die falschen."

WAHL

Der Krebsforscher und Direktor des Gerhard-Domagk-Instituts in *Münster, Professor* **Ekkehard Grundmann**, ist für zwei Jahre zum Präsidenten der Deutschen Krebsgesellschaft gewählt worden. Grundmann wurde 1977 Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats *beim Deutschen Krebsforschungs*institut in Heidelberg. Im Jahr darauf war ihm die Position eines „Vorstandschef" in Heidelberg angeboten worden, er blieb jedoch in Münster.

Der Ehrenpräsident des Deutschen Aero-Clubs, **Günther Graf von Hardenberg**, ist im Alter von 66 Jahren in Baden-Baden gestorben. Er zählte zu den „Männern der ersten Stunde", die nach dem Zweiten Weltkrieg die neue Luftfahrt in der Bundesrepublik Deutschland vorbereiteten. Bereits vor der Wiederzulassung des Motorfluges für Deutsche schuf er im Ausland die Voraussetzungen für die Gründung eines Luftfahrt-Unternehmens.

SCHACH / WM

Harter Kampf in der ersten Spanischen Partie

L. P. Bonn

Zum ersten Mal spielten Karpow und Kasparow bei der Schach-WM in Moskau die Spanische Partie. Es gab das 38. Unentschieden – nach hartem Kampf, in dem es für den Herausforderer zeitweise hoffnungsvoll aussah. Aber Weltmeister Karpow fand im 30. Zug eine ausgezeichnete Verteidigung.

Die Notation (Weiß Kasparow, Spanisch): 1.e4 e5, 2.Sf3 Sc6, 3.Lb5 a6, 4.La4 Sf6, 5.0-0 Le7, 6.Te1 b5, 7.Lb3 d6, 8.c3 0-0, 9.h3 Lb7, 10.d4 Te8.

Die gegenwärtig populärste Verteidigung. Nun ergibt 11.Sg5 Tf8 keinen Vorteil.

11.a4 h6, 12.Sbd2 exd4, 13.cxd4 Sb4, 14.De2! ...

Eine Neuerung, die bald zu großen Komplikationen führen wird. Bekannt war bisher die Fortsetzung 14.d5 c5, 15.dxc6 e. p. Sxc6, 16. Sf1 Lf8 – etwa mit Ausgleich.

14. ... Lf8, 15.e5 Le6, 16.axb5 Lxb5, 17.Dd1 Sfd5, 18.Se4 c6!,

Der Weltmeister widersteht der Versuchung. Nach dxe5, 19.dxe5 (nur zum Ausgleich führt 19.Sxe5 f6, 20.Sc4) Sd3, folgt 20.Lxh6! Sxe1, 21.Dxe1 mit starkem Angriff.

19.Se3! ...

Nach 19.Sxd6 Lxd6, 20.exd6 Dxd6 hätte Schwarz ausgezeichnet zentralisierte Leichtfiguren.

19. ... Tb8, 20.Sxb5 axb5, 21.exd6 Lxd6, 22.Ld2 De7, 23.Db1! ...

Will Lf4 mit 24.Lxb4 Sxb4, 25.Df5 nebst Se5 erwidern. Weiß stünde hier etwas besser.

23. ... Dd7!?, 24.Se5 Lxe5, 25.Txe5 Txe5, 26.dxe5 ...

In offenen Stellungen bedeuten zwei Läufer gegen zwei Springer gewöhnlich klaren Vorteil. Aber Schwarz plant offenbar schon im 23. Zug folgende Gegenaktion:

26. ... c5, 27.De4 c4, 28.Ld1 Sd3, 29.Lg4 Db7, 30.Dd4!? ...

31.Ta7 droht stark, aber Schwarz hat eine ausgezeichnete, aktive Verteidigung. In Betracht kam deshalb 30.e6. Falls Sf6, so folgt 31.Dxb7 Txb7, 32.Ta8+ Kh7, 33.Lf5+ g6, 34.Lxd3 cxd3, 35.Lc3 mit Endspielvorteil. 30. ... Te8 wird mit 31.Dd4! beantwortet. So wäre 30. ... Sc5, 31.exf7+ Dxf7, die beste Verteidigung für Schwarz.

30. ... Db6!, 31.Dxd5 ...

Der Damentausch wäre nicht gut, weil nach 31.Dxb6 Sxb6 der Bauer b2 zusätzlich noch mit Sa4 anzugreifen wäre.

31. ... Dxf2+, 32.Kh2 Dxd2, 33.Tf1 Dg5!,

Jedoch nicht Tf8?, 34.e6! und Weiß gewinnt.

34.Dxf7+ Kh8, 35.e6 Se5!,

Die rettende Pointe – sonst wäre der Bauer e6 nicht aufzuhalten.

36.Df5 Sxg4+, 37.hxg4 Te8, 38.Dxg5 Remis.

FUSSBALL

Keine 2. Liga Länderspiel gegen Ungarn in Gefahr

sid, Frankfurt

Das Fußball-Programm für das Wochenende wird durch das plötzlich einsetzende Tauwetter förmlich weggeschwemmt. Die Zentrale des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) in Frankfurt wurde gestern in ein Wetteramt umfunktioniert. Ständig gingen Hiobsbotschaften ein. Kurz vor 14.00 Uhr setzte Willi Boxheimer (Mannheim), Spielleiter der Zweiten Liga, den zweiten Rückrunden-Spieltag komplett ab. Bereits am letzten Wochenende hatten Eis und Schnee den Start der zweiten Serie verhindert. „Es braucht niemand in Panik auszubrechen. Wir haben genügend Nachholtermine", sagte Boxheimer.

Auch die Ansetzungen der ausstehenden Pokalspiele für heute war ein Schlag ins Wasser. Vorsorglich hat der DFB die Begegnungen 1. FC Saarbrücken – VfB Stuttgart und Hertha BSC Berlin – Bayer Leverkusen für Samstag (26. Januar, beide 15.00 Uhr) neu terminiert. Doch das Berliner Olympiastadion wird nach Auskunft des Sportamtes auch bei diesem neuen Termin nicht bespielbar sein. Ähnlich lauten die Auskünfte aus Saarbrücken. Die Nachhol-Begegnung SV Waldhof Mannheim – Schalke 04 soll – so der Stand von gestern – am Samstag angepfiffen werden.

Ob der erste Rückrunden-Spieltag der Bundesliga am 1./2. Februar durchgeführt werden kann, entscheidet sich morgen. Die 18 Klubs sind vom DFB beauftragt worden, bis zum 24. Januar einen Zustandsbericht der Plätze zu geben und nach Paragraph sieben der Durchführungs-Bestimmungen alles zu tun, um die Austragung der Punktspiele zu gewährleisten. Spielleiter Hermann Schmaul ist dennoch skeptisch: „Es hat doch keinen Zweck, Spiele anzusetzen, die möglicherweise die Gesundheit der Spieler gefährden."

Ungewiß bleibt bis zum Wochenende, ob am nächsten Dienstag das kurzfristig vereinbarte Länderspiel Deutschland – Ungarn stattfinden kann. Über 300 freiwillige Helfer des Technischen Hilfswerks stehen bereit, um das Hamburger Volksparkstadion kostenlos zu präparieren. Der DFB geht davon aus, daß dieses Benifizspiel für die Hinterbliebenen der Opfer des Barkassenunglücks stattfinden kann.

NACHRICHTEN

Mercedes-Comeback

Düsseldorf (sid) – Daimler-Benz kehrt offiziell in den Motorsport zurück: Mercedes France, eine hundertprozentige Tochter der Untertürkheimer Firma, wird drei Wagen vom Typ 190 E 2,3-16 in der französischen Produktionswagen-Meisterschaft einsetzen.

Becker in guter Form

Philadelphia (sid) – Boris Becker (17) ist weiter in guter Form. Im ersten Spiel der US-Tennis-Hallenmeisterschaften in Philadelphia besiegte er den Ungarn Zoltan Kuharsky 6:7, 6:4, 6:2. Beckers nächster Gegner ist der Schwede Stefan Edberg.

Kopzog gesperrt

Karlsruhe (dpa) – Der ehemalige deutsche Amateur-Boxmeister im Halbmittelgewicht, Michael Kopzog (BC Velbert), wurde nach seiner K.-o.-Niederlage im Bundesligakampf gegen Terry Barnes (Boxstaffel Hessen) für drei Monate gesperrt.

Pezzey bleibt

Bremen (sid) – Bruno Pezzey hat seinen Vertrag beim Fußball-Bundesliga-Klub Werder Bremen bis 1988 verlängert. Der Libero der österreichischen Nationalmannschaft unterschrieb einen Vertrag zu den bisherigen finanziellen Bedingungen.

Golf: Super-Turnier

St. Andrews (sid) – Die schottische Universitätsstadt St. Andrews ist im Oktober Austragungsort eines neuen Super-Turniers im Golf. Bei dem erstmals geplanten Loch-Wettspiel der 16 besten Dreier-Nationalmannschaften der Welt werden 1,2 Millionen Dollar an Preisgeld ausgeschüttet.

ZAHLEN

SKI NORDISCH

WM in Seefeld, 15-km-Langlauf der Herren: 1. Härkönen (Finnland) 40:42,7, 2. Wassberg (Schweden) 40:56,0, 3. de Zolt 41:27,2, 4. Vanzetta (beide Italien) 41:33,2, 5. Svan (Schweden) 41:47,4, 6. Kirvesniemi (Finnland) 41:57,4, 7. Monsen (Norwegen) 42:03,6, 8. Simjatow (UdSSR) 42:12,8, 9. Aunli (Norwegen) 42:18,5, 10. Grünenfelder (Schweiz) 42:23,8, ... 24. Dotzler 43:45,4, ... 44. Anzenberger 45:39,9, ... 47. Zipfel 45:52,4, 48. Schöbel (alle Deutschland) 45:52,8.

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: Al-Ahli Kairo – Mönchengladbach 0:3, Maccabi Jaffa – Hamburg 0:5.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 213 996,50, 2: 126 457,90, 3: 4068,30, 4: 118,40, 5: 10,40. – **Toto, Elferwette:** Klasse 1: 250 627,30, 2: 6961,80, 3: 696,10. – **Auswahlwette „6 aus 45":** Klasse 1: 327 347,20, 2: 28 219,40, 3: 2351,60, 4: 50,90, 5: 5,70. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 933,50, 2: 226,50. – Rennen B: Klasse 1: 7770,40, 2: 476,20. – Kombinations-Gewinn: unbesetzt, Jackpot: 236 769,00. (Ohne Gewähr).

SKI NORDISCH / Das gute Beispiel der italienischen Langläufer

Mit finnischen Trainern jagen sie die Skandinavier in der Loipe

HANS ALT, Seefeld

Ein Finne wurde in Seefeld Weltmeister im Lauf über 15 Kilometer (Kari Härkönen), ein Schwede belegte Platz zwei (Thomas Wassberg). Das ist keine Überraschung mehr, wird immer selbstverständlicher bei den Titelkämpfen im Nordischen Skisport. Und die Frage „Wo ist Behle?" erübrigte sich diesmal ohnehin. Jochen Behle, dessen „Popularität in keinem Verhältnis zu seiner Leistung steht" (Eduard Friedrich, Direktor des Bundesausschusses für Leistungssport), stand als Betreuer an der Strecke. Nichts Neues also?

In den Ergebnissen des 15-km-Langlaufs steckt eine Überraschung, die für die versagenden deutschen Athleten Beispiel werden könnte. Zwischen all die Skandinavier mit den großen Namen schoben sich zwei Italiener: Maurilio de Zolt (34) belegte Platz drei, sein Landsmann Giorgio Vanzetta wurde Vierter.

Das Beispielhafte, was hinter diesem Erfolg steckt: Italien verpflichtete drei Finnen als Trainer. Für ihre Bemühungen, die Athleten des Landes wieder zu den besten mitteleuropäischen Langläufern zu machen, kassieren sie umgerechnet 250 000 Mark im Jahr. Eine Summe, die den Deutschen Ski-Verband bei all seinen Überlegungen über eine Ablösung der Bundestrainer abschreckt. Sportdirektor Helmut Weinbuch: „Skandinavische Trainer können wir nicht bezahlen."

Aber da ist noch etwas anderes, das besonders auf Jochen Behle zurückfällt, der sich gegen die neue Technik, den Siitonen-Schritt, wehrt. Maurilio de Zolt ist immerhin schon 34 Jahre alt und hat die Umstellung dennoch geschafft. Er und sein Landsmann Vanzetta sind von der Statur her geradezu prädestiniert für den immer noch heftig umstrittenen „Finn-Step". De Zolt ist ein drahtiger Mann von nur 1,69 m Körpergröße und knapp 60 kg Gewicht. Der deutsche Trainer Albert Hitz sagt: „Der hat alle Voraussetzungen: kurze Beine und eine ungeheure Kraft in den Armen, um im Schlittschuhschritt die Loipen zu meistern."

Hitz war gestern von der deutschen Mannschaftsleitung dazu abkommandiert worden, Video-Aufzeichnungen der Schlittschuhschritt-Spezialisten zu erstellen. Offensichtlich reagiert der deutsche Verband jetzt endlich und will Grundlagen erarbeiten, wie der Anschluß an die Weltspitze erreicht werden kann. Das ist auch notwendig. Die Läufer aus der Bundesrepublik arbeiteten brav ihr Pensum herunter. Überzeugen konnten Stefan Dotzler (24.), Robert Anzenberger (44.), Peter Zipfel (47.) und Frank Schöbel (48.) nicht. „Wobei", so macht sich Bundestrainer Detlef Nirschl selber Mut, „der 24. Rang von Stefan etwas freundlicher macht."

Und Behle stand derweil an der Loipe. 5000 Kilometer hat er im Training zurückgelegt, nun sagt er, er sei völlig außer Form und nicht motiviert. Nach den ersten Weltcuprennen hatte er noch verkündet: „In Seefeld schlage ich zu." Anfang Januar folgten dann die Ausreden, als er merkte, daß er von der Weltklasse nur die Skienden zu sehen bekommen würde: „Ich habe zu wenig trainiert und außerdem haben mich Verletzungen geplagt."

Morgen wird die Staffel (4x10 km) gelaufen. Sportdirektor Weinbuch sagt: „Ich kann die Diskussionen um die Trainer nicht verstehen, das bringt doch nur Unruhe in die Mannschaft." Und so hat er auch Behle eine neue Bewährungschance eingeräumt. Der Bundesausschuß für Leistungssport verlangt als Wiedergutmachung den sechsten Platz. Ein wohl unrealistisches Ziel – die Italiener aber, die alle vier Läufer unter die ersten 18 brachten, streben sogar nach einer Medaille ...

STAND ● PUNKT / *WM-Stimmung findet fast nur noch am Kalten Buffet statt*

Seefeld, so hat der Prospekt vor den Nordischen Ski-Weltmeisterschaften gepriesen, sei das Mekka der Langläufer. Pardon, das Mekka der Langläufer liegt im Norden. In Falun, Oslo oder Lahti, aber nicht hinter Innsbruck.

„350 bis 500 000 werden zu unseren Weltmeisterschaften kommen", hatte Franz Trafler, der Organisationschef vorhergesagt und einige österreichische Zeitungen hatten den großen Macher im Hintergrund schon als den Peter Ueberroth der Alpen gefeiert. Mister Ueberroth, *Manager der Spiele von Los Angeles,* und der Planer der Spiele von Seefeld – da wird wohl gleichsam ein Computer mit einem Bleistift verglichen.

Ein gutes Zehntel, etwas über 50 000 Leute, so liest sich die Publikumsbilanz kurz nach der Halbzeit. Gestern haben der Tiroler Unterrichtsminister Moritz und der Innsbrucker Bürgermeister Niescher um zehn Uhr schon schulfrei gegeben, und die Direktoren und Lehrer gebeten, mit ihren Klassen zur *Sprungschanze am Berg Isel zu fahren.* Bei kostenlosem Eintritt, damit die Kulisse nicht gar so trostlos ist.

Weltmeisterschafts-Fieber, sportliche Begeisterung, das kann man wohl nur in die Norweger-Jacken und *unter die Mützen der finnischen* Fans packen. Ohne die paar Hundert aus dem Norden wäre die ganze Geschichte noch trister, noch trauriger.

Ein paar Schritte weg vom Stadion, in der Fußgängerzone, kritzelt der von älteren Semestern umlagerter Heino Autogramme. Und schräg gegenüber, in der „Tenne", tanzt ein Opa mit seiner Enkelin. Man stapst durch braunen Schnee zwischen vielen braunen Pelzen, Seefeld wirkt nicht gerade taufrisch.

Stimmung findet im WM-Ort hauptsächlich am kalten Buffet statt. Seefeld gleicht eher einer Sportartikelmesse, die wahren Sieger der Weltmeisterschaften werden im Hintergrund gekrönt. 80 Firmen und etliche Verbände buhlen hier um die *Gunst der Berichterstatter, für Emp*fänge existiert ein eigener Kalender. Langsam pfeift auch bei diesem Wettbewerb die letzte Luft aus dem Reifen. Selbst die Ski-Poeten einer Skifirma aus Kufstein, die jeden morgen ein eigenes WM-Magazin auf den Frühstückstisch der Journalisten liefert und die in den ersten Tagen das lauteste Triumphgeheul angestimmt hat, finden keine Themen mehr.

So hat gestern zur Rettung der täglichen Auflage die Titelstory von Costa *Cordalis,* dem *Schnulzenkönig* und Letztem beim 30-km-Langlauf, herhalten müssen. Und im Inneren finden sich jetzt schon jene Journalisten abgebildet, die tags zuvor in irgendeiner Firmen-Kneipe zur Jause *und zum Roten gegriffen haben.*

Mit einem Schlag Wiener Schmäh und einer Portion Tiroler Charme, hatten die Gastgeber ihrem Fest Leben einhauchen wollen. Doch das funktioniert nicht, weil ihre eigenen Landsleute mit den Nordischen nicht viel anfangen können. Austria ist das Land der Abfahrer, die Liebe der Leute zwischen Innsbruck und Wien gehört Peter Wirnsberger, Helmut Höflehner, Franz Klammer und den anderen mit den rot-weißen Helmen auf dem Kopf.

Morgens beginnen die Sportnachrichten mit Wengen und Megeve. Erst dann kommen ein paar Sätze von den Weltmeisterschaften aus Seefeld und der ORF-Sportchef Eddi *Finger,* der *Österreichischste* aller Österreicher, wird hier in Seefeld nur vor seinem Teller nervös – wenn das Fernsehen umschaltet zum alpinen Weltcup.

MARTIN HÄGELE

Die ARD beteiligt sich an der Gemeinschaftsaktion „Ein Tag für Afrika"

In Brüderlichkeit zusammengeschlossen

Zum heutigen Tag der Welthungerhilfe haben die Sender des Ersten Deutschen Fernsehens das Gemeinschaftsprogramm geändert und ihre Sendungen unter den Titel „Ein Tag *für Afrika" gestellt. Damit reihen sie* sich in die Gemeinschaftsaktion der deutschen Hilfsorganisationen ein, die in unerwarteter Brüderlichkeit sich zusammengeschlossen haben. Schirmherr der Gesamtaktion ist Bundespräsident Richard von Weizsäcker.

Das erste Programm (ARD) hat schon in der Woche davor durch Werbespots einen Aufruf der für Afrika tätigen deutschen Hilfswerke gesendet, am Abend vor dem „afrikanischen Tag" strahlten die ARD-Sender einen Appell des Bundespräsidenten aus, heute eröffnet das erste Programm seine Werbeaktion schon um 16.10 Uhr mit einer Ankündigung der einzelnen themabezogenen Sendungen (NDR).

Vom Westdeutschen Rundfunk kommt um 20.15 Uhr eine anderthalbstündige Sendung über Äthiopien, das besonders hart von der Hungersnot getroffen wurde. Die Sendung wird versuchen, aus der äthiopischen Katastrophe Lehren zu ziehen für eine langfristige Hilfe in den betroffenen Gebieten.

Der NDR schließt sich um 21.15 Uhr mit einer Sendung an, in der deutsche *Künstler auftreten,* die an diesem Tage im Sendegebiet der neun ARD-Rundfunkanstalten in Sammelaktionen für die Afrikahilfe tätig gewesen waren: Ihre Honorare gehen an die Hilfswerke. Eine Benefiz-Schallplatte zum gleichem Ziel wird in der Sendung vorgestellt werden.

Soweit der „Tag für Afrika" im Gemeinschaftsprogramm der ARD. Darüber hinaus greifen die Anstalten in *ihren Dritten und den Regionalpro*grammen, sowie in Hörfunksendungen das Thema des Tages auf.

Zum Thema Afrikahilfe sind Stimmen laut geworden, die Zweifel an der Zweckmäßigkeit massiver Nahrungsmittelhilfen enthalten. Die Bereitstellung von Lebensmitteln hemme den Willen und auch die Fähigkeit zur Selbsthilfe, heißt es da. Die eigenen Ressourcen in den Hungergebieten würden vernachlässigt, weil die Erwartungshaltung auf die Spenden von außerhalb fixiert würde.

Ein Tag für Afrika – ARD, ab 14.30 Uhr; Bayern III, ab 19.00 Uhr

So viel, langfristig gesehen, Wahres daran sein mag: Es gibt keinen, auch noch so gut erarbeiteten Zukunftsplan für Hilfeleistungen, der die sofortige Hilfe entbehrlich machen könnte. Nicht ein einziges vor dem kläglichen Verenden stehendes Kind darf einem unmenschlichen Entweder-Oder geopfert werden. Die Hilfsorganisationen sind sich dessen wohl bewußt und bemühen sich, die zwingende Notwendigkeit einer Soforthilfe in einen langfristigen Plan zur *Selbsthilfe einzubringen. Die Ret*tung vor dem Hungertod heute gibt ja erst der zukunftsgerichteten Planung ihren Sinn.

Gewiß, die Hilfe muß stellenweise ohne Beistand der Offiziellen des Landes getan werden, manchmal erscheint sie im grotesken Widerspruch zur Verschwendung an anderer Stelle, wie etwa beim kostspieligen Bau eines UNO-Zentrums in Addis Abeba. Andererseits haben wir wenig *Anlaß zur Selbstgerechtigkeit, die wir* allein in der Europäischen Gemeinschaft Lebensmittel im Werte von Milliarden und Aber-Milliarden vernichten, um – wie es so schön heißt – Preise zu stabilisieren.

Soweit die deutschen Hilfswerke, soweit das Erste Deutsche Fernsehen mit seinen neun Sendern. Man kann der Frage nicht ausweichen: Was macht das ZDF? Schließt es sich den humanitären Bemühungen der Hilfswerke und der ARD-Sender an? Steuert es vielleicht sogar etwas Eigenständiges bei zur Hilfsaktion? Strahlt es wenigstens besondere Hinweise auf die Sendungen im Nachbarprogramm aus? Oder, als Minimum: Nimmt es bei seiner Programmgestaltung Rücksicht auf die Hilfsaktion des Nachbarn?

Nichts davon. Kontrastprogramm heißt die Devise, und was wäre kontrastreicher als den Bildern letzter menschlicher Not, als der Zeugenschaft von Mitgefühl und Hilfe – einen Publikumsrenner, einen billigen Schmarren entgegenzusetzen?

Das ZDF tut es. Während denn auf dem einen Kanal die Not hungernder *Menschen geschildert* wird, *flutscht* auf dem anderen „Denver" über den Schirm. Das ist so schizophren, daß man sich scheut, es schlicht als zynisch zu bezeichnen. Der Vorgang könnte aus einem Denver-Drehbuch stammen.

V. P.

KRITIK

Kalte Reise durch die Republik

Die Idee war im Grunde gut: Am Beispiel einer Reise durch die Republik mit Katalysator-Autos sollte der Stand der Vorbereitungen für das umweltfreundliche Auto dargestellt werden.

Was im ZDF in der **Reportage am Montag** allerdings daraus wurde, blieb Stückwerk. Die Einzelbeiträge, ob bei Volkswagen in Wolfsburg, Ford in Köln, bei japanischen Importeuren dortselbst, bei Opel in Rüsselsheim, Daimler und Porsche in Stuttgart, BMW in München oder Audi in Ingolstadt – sie waren durchweg informativ. Für das Verständnis des Autofahrers wohl wichtig war die Darstellung des Katalysatorbaus und der Beitrag über die Nachrüstung von Altautos.

Das verbindende Element der Reportage-Reise aber fiel dagegen ab, geriet zur Tatsachenbeschreibung, daß ein in grünen Parka gehüllter ZDF-Mitarbeiter mit Pelzmütze auf Kosten der Autowerke und des Senders von Nord nach Süd fuhr und dabei unheimlich fror. Wenigstens die sichtbare Kälte stellte einen Bezug zur Aktualität her. Ansonsten Note Sechs.

Was sollte das angeblich stundenlange Herumstehen an Bleifrei-Tankstellen, das Warten auf Godot im Katalysator-Auto? Noch gibt es davon zu wenige. Jeder Zuschauer wußte das. Vertane Zeit. Ebenso vertan die begleitenden Worte, die zum dümmlichen Geschwätz darüber gerieten, daß die Automobilindustrie etwas gegen ein Tempolimit habe. Aufgemerkt, lieber Redakteur: Die meisten Autofahrer auch!

Wohltuend informativ und fair bei aller Kritik am zögerlichen Vorgehen der Bundesregierung bei der Festlegung der Abgasgrenzwerte geriet schließlich der Beitrag von Michael Opoczynski aus Hessen. Im Gespräch mit dem Opel-Vorständler Gaeb, mit Arbeitern und dem Betriebsrat, die allesamt auf Polemik verzichteten, wurde schnell deutlich, was längeres Zuwarten in Bonn bedeuten würde: Absatzeinbrüche und damit Gefahr für Arbeitsplätze in der Superbranche Autoindustrie.

GÜNTHER BADING

ARD



ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die Sender der ARD
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Der Schiedsrichter
Fernsehfilm von Günther Kunert
11.55 Umschau
12.00 Monitor
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

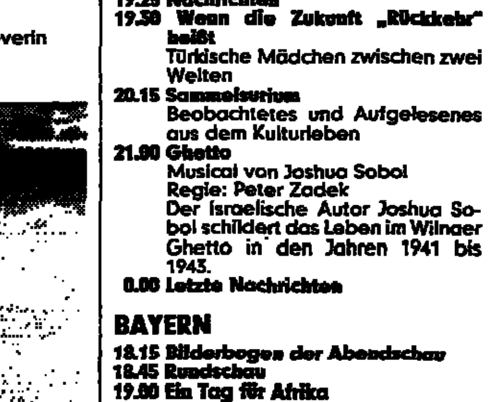
ARD

14.30 Aus dem Bundestag
Debatte zur Ernährungslage in Afrika
15.40 Videotext für alle
16.00 Tagesschau
16.10 Ein Tag für Afrika
Bericht über die gemeinsame Sammelaktion der Hilfswerke
16.25 Mit der Kamera dabei
Giganten im Netz
David Attenborough berichtet über die Arbeit von Wal-Rettungsmannschaften
16.55 Lemmi und die Schmöker
Der Brief für den König
Tiuri, ein Anwärter auf die Ritterehre, soll seinem König einen wichtigen Brief überbringen. Doch bald haben die Feinde seines Gebieters den geheimen Kurier aufgespürt und versuchen, ihm den Brief abzujagen. Wird Tiuri den Auftrag trotzdem erfüllen können?
17.20 Kein Tag wie jeder andere
Die Jagd nach dem Bunyip (2)
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Äthiopien
Kampf dem Hunger
*Aktuelle Reportagen sowie ein In*terview mit dem Vorsitzenden der Organisation für Afrikanische Einheit, Julius Nyerere und ein Studiogespräch mit Willy Brandt, Robert McNamara, Kassa Kabede und Karl-Heinz Böhm
Moderation: Gerd Ruge
21.45 Ein Tag für Afrika
Gemeinsam gegen den Hunger
Deutsche Künstler helfen helfen
Die Sendung wird von Dagmar Berghoff und Max Schautzer präsentiert. Alle Mitwirkenden stellen ihre Gagen den Hilfswerken zur Verfügung.
22.30 Tagesthemen
23.00 Ohne Filter
Musik pur
Frank Laufenberg präsentiert diesmal die Kölner Rockband Wolf Maahn und die Deserteure, den Jazz-Gitarristen Larry Coryell und den, nach Auskunft der Redaktion „ewigen Geheimtip" John Martyn.
0.00 Tagesschau

ZDF

9.55 Nordische Ski-WM
4x5-km-Staffel der Damen in Seefeld
Reporter: Bruno Moravetz
16.00 heute
16.04 Anderland
Tina und der berühmte Vater
Von Josef Rölz und George Moorse
anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Mickys Trickparade
Spaß für Spaßvögel mit Bauchredner Fred Roby
17.00 heute/Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Dieter Thomas Heck
17.50 Ein Heim für Tiere
Neue Serie
Mikki
dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 Hitparade im ZDF
Zum ersten *Mal* versucht sich Viktor Worms in der Rolle des ausgeschiedenen Schnellsprechers Dieter Thomas Heck und wird dabei unter anderen die Sängerin Denise ansagen, die ihren Hit „Genug ist genug" zum besten geben will.
20.15 ZDF Magazin
*Freie Schulwahl in Hessen be*droht / Hollands Beitrag zur Nato geschmälert? / Deutsche Schifffahrt in Gefahr
Moderation: Gerhard Löwenthal
21.00 Der Denver-Clan
Das Ereignis der Saison
Während Krystle und Blake fleißig *Pläne für ihre Hochzeit schmieden,* laufen in Denver die Vorbereitungen für das Ereignis der Saison, den Carousel-Ball, auf Hochtouren. Für die Carringtons bietet dieses Fest eine willkommene Gelegenheit, sich in Gesellschaft von Ex-Präsident Gerald Ford und Ex-Außenminister Henry Kissinger an einer gemeinsamen Tafel zu versammeln.
21.45 heute-journal
22.05 exclusiv
22.50 Das kleine Fernsehspiel – Kamerafilm
Herzattackenmaschine
Buch und Regie: Sven Severin
23.55 heute





Siegfried Wischnewski als Willy Bayer in der neuen ZDF-Serie „Ein Heim für Tiere" (17.50 Uhr) FOTO: KINDERMANN

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
Informationen und Unterhaltung
Musik: United Swing Aces
21.45 Wissenschaftsshow
Rund ums Trinkwasser
22.30 Auf in den Kampf
Amerikanischer Spielfilm (1939)
(Originalfassung mit deutschen Untertiteln)
Mit Wallace Beery, Robert Taylor, *Florence Rice u. a.*
Regie: W.S. Van Dyke
0.05 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Avanti! Avanti! (16)
19.00 Auskunft (5)
Ein Sendeplatz für Arbeit und Beruf
19.30 Nichts Gutes im Kartoffelsack?
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
21.00 China – Das Reich der Mitte
21.45 Der Film-Club
Betragen ungenügend
Französischer Spielfilm (1933)
22.25 Konsens und Konflikt
Das Grundgesetz vor den Herausforderungen der 80er Jahre
23.45 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Streifzüge durch die Natur
18.55 Kleine Geschichten aus dem Zoo
19.05 Was tun mit der Zeit!
19.45 Die Tiersprechstunde
20.15 Streetgangs und Neo-Nazis
Die rechtsradikale Szene in Hessen
21.30 Drei aktuell
22.00 Die Friedhöfe
Fernsehfilm mit René Deltgen
Regie: Rolf Hädrich

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Wenn die Zukunft „Rückkehr" heißt
Türkische Mädchen zwischen zwei Welten
20.15 Sammelsurium
Beobachtetes und Aufgelesenes aus dem Kulturleben
21.00 Ghetto
Musical von Joshua Sobol
Regie: Peter Zadek
Der israelische Autor Joshua Sobol schildert das Leben im Wilnaer Ghetto in den Jahren 1941 bis 1943.
0.00 Letzte Nachrichten

BAYERN
18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Ein Tag für Afrika
19.05 Hunger in Afrika
20.00 Bayern-Kini '85
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Der Wüstennarr
4. Die geheimnisvollen Toten
22.45 Z. E. N.
22.50 Der Kampf ums Gleichgewicht
23.35 Rundschau
23.40 News of the Week

SAT 1

13.30 Solid Gold
(amerikanische Hitparade)
14.00 Die Waltons
Die einsame Hütte
15.00 Indian river
Jägerlatein
15.30 Musicbox
Videoclips der Pop- und Rockmusik, Pop-Infos, Interviews mit Stargästen, Gags und Überraschungen
16.30 Perrine
Allein unterwegs
17.00 Seebären und Meerochsen
Dokumentarfilm
18.00 Es darf gelacht werden
Mit der Nadel in der Hand
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Zahlen und Buchstaben
In dieser 4. Folge des Konzentrationsspiels nimmt der Graphiker Arnd Bentlin zum 3. Mal die Chance wahr, zu siegen und weitere 500 Mark zu kassieren. Seine Gegnerin ist diesmal die Lehrerin Elisabeth Scherf.
19.10 Sport-Karussell
Schwerpunkt: Rallye Monte Carlo / *Im Blickpunkt steht Walter* Röhrl / Ski – pro und contra / Interview mit Toni Sailer
Moderation: Roman Köster
20.00 Offen gesagt
Harald Juhnke im Gespräch mit Reni Walther
Wahrscheinlich hat sich der *Schlagzeilenmacher und Entertai*ner-Profi vor der Fernsehkamera noch nie so freimütig geäußert, wie in diesem Gespräch.
20.30 Love Boat
4. Folge
mit den Episoden:
Roxy Blue oder der Liebestraum
Leber mit Zwiebeln oder der Juwelendieb
Schießen oder schießen lassen
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Die Geliebte
Italienischer Spielfilm (1969/70)
Mit Anna Moffo, Giana Macchia, Jean Claudio u. a.
Regie: Michele Lupo
0.00 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Aktion Grün
7. Wie man auf eine Idee kommt
Merlin
Das geheimnisvolle Leben eines Magiers
7. Der Tod auf Camelot
19.00 heute
19.30 Udo '80
Meine Lieder sind wie Hände
Regie: Ekkehard Böhmer
Udo Jürgens überraschte das Publikum seiner Tournee 1980 mit einer geballten Ladung von Titeln, die aufmerksames Hinhören verlangen. Neben den Rosy Singers sind als Gäste in der Show die Berliner Philharmoniker und der Schulchor der amerikanischen Schule in Bad Godesberg.
21.00 Die Mittwochsgeschichte
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Kulturjournal
22.30 Sportreport
Quattrophonie
Über die Kunst, Auto zu fahren
Erfahrungen des Walter Röhrl
anschl. 3SAT-Nachrichten

Minister Vogel: Dem Revier wurde geschadet

W. K. Bonn

Der CDU-Vorsitzende der westfälischen Industriegebiete, Staatsminister Friedrich Vogel vom Bundeskanzleramt, hat der nordrhein-westfälischen Landesregierung vorgeworfen, sie gehe „nicht sorgsam genug mit dem Erscheinungsbild des Ruhrgebietes" um. „Es muß alles getan werden, um zu verhindern, daß dieser Region mit ihren *zweifellos* vorhandenen Standortvorteilen für Industrie und Wirtschaft ein Ruß-Odium aufgedrückt wird", sagte Vogel in einem WELT-Gespräch angesichts der anhaltenden Kritik im bevölkerungsreichsten Bundesland zu der dort praktizierten Smog-Verordnung.

„Es bedrückt mich, daß im Zusammenhang mit der Auslösung von Smog-Alarm den Menschen in Deutschland und unseren Nachbarn ein besonders negatives Bild des Ruhrgebietes vermittelt worden ist", meinte Vogel. Dabei sei nach vorliegenden Erkenntnissen im Revier die Schadstoffbelastung nicht höher als in manchen anderen Gegenden des Bundesgebietes gewesen. Als naheliegendes Beispiel für unterschiedliche Bewertung der Meßwerte verwies der Politiker auf die „Rheinschiene" zwischen Köln und Düsseldorf. Obwohl dort an den kritischen Tagen die Konzentration an Schadstoffen die Voraussetzung zur Alarmstufe II übersprang, wurden keinerlei Einschränkungen des Kraftfahrzeugverkehrs und der Produktion verfügt. Denn die Sachverständigen haben das Gelände entlang des Rheins als Frischwind-Zone eingestuft, so daß diese nicht in die Smog-Verordnung aufgenommen wurde.

Mit seiner Kritik wolle er sich nicht etwa gegen verstärkte Bemühungen um Gesundheitsvorsorge wenden, betonte Vogel. „Ich habe jedoch etwas gegen ein isoliertes Vorgehen in *einer Region, die besonders anfällig* ist. Das Ruhrgebiet ist doch nicht ein Wald von Schloten und Ruß." Es sei landschaftlich sogar reizvoll, auch wenn dies nicht überall in Deutsch*land bekannt sei.*

Auf die Frage, ob die höhere Schadstoffbelastung damit zusammenhängen könne, daß in Nordrhein-Westfalen der Ausbau der Kernenergie vernachlässigt wurde, erwiderte Vogel: „Man sagt der Kernenergie nach, daß sie besonders umweltfreundlich ist. Es ist deshalb eine alte CDU-Forderung, den Verbund von Kohle und Energie herzustellen, aber die Verwirklichung wird zögerlich behandelt."

Länder-Minister stellen Smogverordnung in Frage

Sondersitzung / Fahrverbot nur für jeden zweiten Pkw?

dg. Frankfurt

Die Umweltministerkonferenz hat die jüngsten Erfahrungen mit Smog-Situationen in verschiedenen Bundesländern *auf die Tagesordnung* einer Sondersitzung gesetzt, die heute und morgen in Würzburg stattfindet. Wie der Vorsitzende der Konferenz, der bayerische Umweltminister Alfred Dick, CSU, gestern in einem Interview des Deutschlandfunks sagte, soll dabei insbesondere erörtert werden, ob der Musterentwurf zu einer Smog-Verordnung, der erst im Oktober vom Länderausschuß für Immissionsschutz beschlossen worden war, auf Grund der jüngsten Ereignisse bereits einer Überarbeitung bedarf.

Die in der Verordnung festgelegten Grenzwerte für die Schadstoffbelastung scheinen zwischen den Umweltministern der Bundesländer unumstritten zu sein. Sie sind in den vergangenen Tagen zum erstenmal in Nordrhein-Westfalen in großem Maßstab wirksam geworden, da sie dort bereits in die novellierte Fassung der Smog-Verordnung eingegangen sind. Inzwischen wurden sie jedoch auch in solchen Bundesländern angewandt, die noch gar keine Smog-Verordnung besitzen: zum erstenmal in Bayern am 6. Januar, wo Umweltminister Dick für Nordbayern die Vorwarnstufe auslöste. Vor zwei Tagen dann auch in Hamburg, Bremen und Niedersachsen, wo die Umweltminister und -senatoren die neuen Werte der Smog-Musterverordnung zugrundelegten, als sie Bevölkerung und Industrie zu besonnenem Verhalten aufforderten.

Extreme Schwefel-Werte

In diesen drei Ländern wurden den ganzen Montag über seit etwa 9 Uhr am *Vormittag* extreme Schwefeldioxidwerte gemessen, und zwar in Hannover zwischen 800 und 1400 Mikrogramm, in Braunschweig zwischen 800 und 1100, in Wolfenbüttel 900, in *Peine-Ilsede 900 bis 1100 und in* Oker/Harlingerode (Nordharz) 1000 bis 1400 Mikrogramm. Die Werte für Hamburg lagen zwischen 700 und 915, für Bremen um 800 Mikrogramm – „*eine Konzentration, die wir hier* noch nie gemessen haben", wie Hermann Pape, persönlicher Referent der Bremer Umweltsenatorin, erklärte. Die Ingenieure des mobilen Meßkommandos in Bremen seien „ratlos" gewesen und hätten einen zweiten Meßwagen aus Bremerhaven kommen lassen, weil sie die hohen Meßdaten nicht hätten glauben wollen. Die Normalbelastung liegt bei 30 Mikrogramm.

Sowohl in Hamburg als auch in Niedersachsen wird gegenwärtig an Smog-Verordnungen gearbeitet, die sich am Musterentwurf der Länderarbeitsgruppe orientieren sollen. In Bremen, wo man bisher der Meinung war, man könne ohne Verordnung auskommen, sollen die jüngsten Erfahrungen noch einmal ausgewertet werden. In Bayern wartet der Umweltminister einen Forschungsauftrag ab, dessen Ergebnisse die TU im Februar vorlegen will. Er soll Aufschlüsse darüber bringen, ob sich für das Autofahrverbot zu bestimmten Tageszeiten (Alarmstufe II) nicht zweckmäßigere Lösungen finden lassen – zum Beispiel im Sinne eines Fahrverbots für Autos mit geraden *oder ungeraden Kennzeichen, damit* es nicht zu einem absoluten „Go" bei Auflösung des stundenweisen Fahrverbots kommt.

Novellierung in Hessen?

Der hessische Umweltminister Armin Clauss (SPD) hat gestern der Presse in Wiesbaden die neue Smog-Verordnung seines Landes vorgestellt, die sich ebenfalls an der neuen Musterverordnung orientiert und am 1. Februar in Kraft treten soll. Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg haben angekündigt, daß sie die hessischen Werte mitsamt dem Maßnahmenkatalog übernehmen wollen. Danach sollen Umstellungen und Einschränkungen der industriellen Produktion bei Großemittenten bereits in der Vorwarnstufe und spätestens bei der ersten Alarmstufe in Kraft treten: Allerdings sind in die Verordnung die Erfahrungen der vergangenen Tage aus dem Ruhrgebiet noch nicht eingegangen. Minister Clauss schloß deshalb eine weitere Novellierung nicht aus.

Inzwischen hat das nordrhein-westfälische Gesundheitsministerium Kritik an seinen Smog-Alarm-Plänen zurückgewiesen. Die Einschränkung des Autoverkehrs sei *notwendig gewesen, obwohl die Au*toabgase am Schwefeldioxid und Staubsmog über dem Ruhrgebiet nicht beteiligt gewesen seien. Stellenweise habe eine „Bodeninversion" gedroht, bei der der Kraftfahrzeugverkehr ein „außerordentliches Gewicht" erhalten könne.

CDU-Länder contra Wilms

Kompromißzusagen für Hochschulnovelle zurückgezogen / Bedenken der Rektorenkonferenz

PETER PHILIPPS, Bonn

Bundesbildungsministerin Dorothee *Wilms gerät mit ihrem* wichtigsten Gesetzesvorhaben in erhebliche Schwierigkeiten: Gegen entscheidende Punkte der Novelle des Hochschulrahmengesetzes (HRG) formiert sich – neben der Kritik aus der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) – starker Widerstand in den Ländern. Überraschend ist dabei, daß es vor allem die CDU-regierten Länder sind, die jetzt ihrer Bundesministerin Fallstricke auslegen, nachdem diese meinte, in langwierigen Verhandlungen tragfähige Kompromisse ausgehandelt zu haben.

Die Beratungen im zuständigen Unterausschuß des Bundesrates gerieten jetzt fast zum Debakel. Die unionsregierten sogenannten B-Länder hatten zu der Sitzung außer dem präsidierenden und sich betont neutral gebenden baden-württembergischen Wissenschaftsminister Engler sowie dem schleswig-holsteinischen Staatssekretär Boysen nur nachgeordnete Beamte entsandt.

Neuregelungen betroffen

Die Vertreter der SPD-regierten A-Länder brauchten eigentlich nur noch zuzuhören, wie Punkt für Punkt die koalitionsintern vorgeklärten Punkte der HRG-Novelle wieder in Frage gestellt wurden. Insbesondere die vorgesehenen Neuregelungen, die mehr Autonomie der Hochschulen auch gegenüber den Ländern vorsehen, waren betroffen.

Im aufgeschreckten Bundesbildungsministerium begann man sofort, die „Gespräche auf Ministerebene" wiederaufzunehmen. Das Ministerium war sich dessen bewußt, daß es „hier ein Stück Versuch erlebt, an dem ausgehandelten Kompromiß zu rütteln". Allerdings will man in der *Leitung des Hauses dies – bis zum* eventuellen Beweis des Gegenteils – erst einmal auf die Beamtenebene begrenzt wissen: Unter dem starken Beharrungsvermögen der miteinander verwobenen Bürokratien solle offenbar wieder einmal der politische Novellierungs-Elan leiden. Aber so recht glaubt auch das Bundesbildungsministerium nicht an solche unabhängigen Gegenreformations-Pläne der Länderbeamten. Denn wenn politische Kompromisse von oben in den Apparat eingegeben und gerade vor solchen wichtigen *Gremien-Sitzungen* noch einmal üblicherweise bekräftigt werden, hat die Umsetzung bisher immer geklappt.

Die entscheidenden Punkte, die von den Ländern – insbesondere Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz – jetzt wieder in Frage gestellt werden, sind gleichzeitig diejenigen, die auch erst die wirkliche Begründung für die HRG-Novellierung liefern: freiere Verfügung der Hochschulen über Drittmittel, Möglichkeiten für Begabten- und Reform-Studiengänge, die Zuständigkeit der Universitäten für Studienordnung und Form der Leitungsverfassung (Präsident oder Rektor). Dem vorab gefundenen Kompromiß mit den B-Ländern wie dem Koalitionspartner FDP fiel auch die ursprünglich von Frau Wilms viel schärfer gefaßte Regelung über die Professoren-Mehrheit bei der Wahl des Hochschulleiters zum Opfer. Doch nun, so heißt es im Bundesbildungsministerium, wollen sich „die anderen plötzlich nicht mehr an die Kompromisse erinnern". *Es heißt dort: „Alles, was recht ist,* wenn der Bundesrat auf der Ausschuß-Linie weiterfährt, wird die Bundesregierung wenig Spielraum bei der Gegenäußerung haben." Dorothee Wilms weiß, daß ein HRG-Mißerfolg ihre politische Stellung erheblich beeinträchtigen würde.

Kritik der Rektoren

Zeitgleich mit dem Debakel im Bundesrat hat sich ihr auch eine andere Flanke geöffnet: Die WRK hat auf ihrer Senats-Sitzung noch einmal grundsätzlich den Umfang der HRG-Novellierung beanstandet und auch in wichtigen Einzelpunkten Kritik angemeldet. Die Kommentierungs-Skala reicht – neben Zustimmung – in der Ablehnung vieler Paragraphen von „geringem Aussagegehalt" über „nicht vordringlich" bis zu dem Petitum: „Soweit die Einrichtung privilegierter Studiengänge für besonders befähigte Studenten parallel zu den bestehenden Studiengängen bezweckt wird, bestehen erhebliche Bedenken. Die zweifellos wichtige Förderung sollte im Prinzip innerhalb bestehender Studiengänge durch individuelle Förderung erfolgen." Hier schließt sich der Kreis, trifft sich die WRK mit den vom Kompromiß abweichenden B-Ländern.

Worms läßt sich von elf Experten beraten

HARALD POSNY, Düsseldorf

*Von insgesamt elf Experten für po*litische Fachgebiete will sich der CDU-Spitzenkandidat Bernhard Worms im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf und danach beraten lassen. Bei der Vorstellung der ersten vier Fachleute für Wirtschaft, Umwelt und Arbeit sagte Worms gestern, es gehe dabei um einen regelmäßigen Gedankenaustausch, um die fachliche Beantwortung von Fragen, die leicht zu Fehlentscheidungen führen könnten und um ein Verhindern von Versprechungen, die später nicht zu erfüllen sind. Als erste Berater, und damit ist eine gewisse Priorität der Probleme vorgezeichnet, hatte Worms zwei der ersten vier Persönlichkeiten der Presse vorgeführt:

Professor Holger Bonus (50), Professor für Volkswirtschaftslehre und Direktor des Instituts für Genossenschaftswesen an der Universität Münster, wird seine Gedanken zur ökologiegerechten Marktwirtschaft in die Arbeit einbringen wie er sie am Beispiel der aktuellen Umweltsituation entwickelte: „Die in NRW für das Ruhrgebiet vorhandenen Schadstoff-Grenzwerte sind richtig, auch der Smog-Alarm war richtig", nur könne man noch einiges mehr tun, und wichtige Erkenntnisse in Marktsignale umsetzen. Eines mag er auch dem Wirtschaftsprofessor Biedenkopf voraushaben: (Bonus über Bonus: „Fachchinesisch braucht keiner zu fürchten.")

Fritz Hebisch (50) gehört zum Arbeitnehmerflügel der CDU und stuft sich als CDA-Mitglied selbst als „kritischer Begleiter der CDU-Politik" ein. Bis auf das Thema Mitbestimmung und die Ergänzungsabgabe sei er sich mit Worms einig. Hebisch wird zum Fragenbereich Arbeit gehört.

Als Expertin für den Bereich Umwelt hat sich Worms die 60jährige promovierte Volkswirtin und Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft von Unternehmerinnen, Anne-Rose Iber-Schade (CDU) erkoren, der er soziales *Engagement* („Selbst tun, statt reden") nachgesagt. Wie Professor Bonus ist Paul Schnitker – CDU – (58), Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks für Wirt*schaftsfragen zuständig*. Weitere Berater für Wissenschaft und Kultur, für Familie, Jugend, Sport und Gesundheit werden folgen. Worms betonte, daß nicht alle aus dem Team der CDU angehören, und *daß* es sich bei der Auswahl nicht um eine vorweggenommene Ministerkürung handelt.

Lummer: Weniger Demonstranten

F. D. Berlin

Der innere Frieden hat sich in Berlin nach Ansicht von *Innensenator* Heinrich Lummer (CDU) „erfreulich" stabilisiert. 1984 habe es in Berlin 1012 Demonstrationen mit insgesamt 94 000 Teilnehmern gegeben, wobei es jedoch *nur in zwei Fällen zu* „geringen Gewaltanwendungen" durch Demonstrationsteilnehmer gekommen sei. 1983 waren es 870 öffentliche Aufzüge und Versammlungen gewesen, *an denen 395 000 Personen teil*genommen hatten. Das Interesse an Demonstrationen sei also trotz der gestiegenen Zahl der Aufmärsche erheblich zurückgegangen. Dagegen *haben, nach Lummer, die von auslän*dischen Gruppen angemeldeten Versammlungen zugenommen.

Moskau verhaftet Bürgerrechtler

DW. Riga

Nach Informationen der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Frankfurt, ist der jüdische Schriftsteller Wladimir Frenkel (40) aus Riga am 15. Januar verhaftet worden. Die Gesellschaft berief sich dabei auf Bürgerrechtlerkreise in Riga. Frenkel befindet sich in Untersuchungshaft.

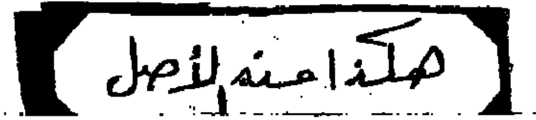
Das Ermittlungsverfahren wird gemäß Artikel 183/1 lettisches StGB („*Verleumdung der sowjetischen* Staats- und Gesellschaftsordnung") geführt. Frenkel bemüht sich seit Jahren um eine Ausreise nach Israel. Nach seiner Lossagung von der sowjetischen *Staatsbürgerschaft* war Frenkel wiederholt Repressalien ausgesetzt.

Fluchtwagen entdeckt

rtr, München

Das Bayerische Landeskriminalamt (LKA) hat jetzt in Kaufbeuren das Fluchtauto entdeckt, mit dem die Täter des gescheiterten Bombenanschlags auf die NATO-Schule in Oberammergau am 18. Dezember entkommen waren. Wie die Behörde gestern in einem Fahndungsaufruf mitteilte, wurde der rote Opel Rekord Caravan mit dem Kennzeichen „GAP-JU 93" verschneit und von einem Räumfahrzeug zugeschüttet am Straßenrand geparkt gefunden. Das Auto war einen Tag vor dem versuchten Anschlag bei einer Verleihfirma in Murnau in der Nähe Oberammergaus für drei Tage angemietet worden, vermutlich von einem Mitglied der „Roten Armee Fraktion" (RAF).





Wieder im Gerede

des – Die Ruhe, die bei der neuen Hanomag Baumaschinen Produktion und Vertrieb GmbH eingekehrt zu sein schien, erweist sich als trügerisch. Auch bei der Nachfolgegesellschaft des traditionsreichen hannoverschen Baumaschinen-Herstellers, der im Gefolge des Desasters des Mainzer IBH-Konzerns von Horst-Dieter Esch im Herbst 1983 Konkurs anmelden mußte, brodelt es unter der Oberfläche. Die von Anfang an geäußerten Befürchtungen, der Nachfolge-Konstruktion mangele es an finanzieller Stabilität, gewinnen mehr und mehr an Gewicht.

Wie gehabt geht es um Geld, und zwar um solches der öffentlichen Hand. Dabei unterscheiden sich die Methoden der jetzigen Gesellschafter nur marginal von denen, die Esch praktizierte. Hanomag trage sich mit Abwanderungsgedanken, weil anderswo die öffentlichen Fördermittel stärker fließen als in Hannover, verlautet aus Eigentümerkreisen. Und es folgt der Hinweis *auf das nach* wie vor ungelöste, jetzt aber wieder aktuell gewordene Grundstücks-Problem.

Der Pachtvertrag nämlich zwischen der Hanomag und dem Grundstückseigentümer, der Bochumer Westfalenbank, läuft am 31. Januar aus. Derzeit, so verlautet zuverlässig, wird noch verhandelt, wobei die Bank eine Lösung bevorzugt, die den Verkauf des Geländes versieht. Die Kaufsumme, gesprochen wird von 30 Mill. DM, übersteigt die Kraft der Hanomag bei weitem. *Ohnehin* schreibt das Unternehmen nur deshalb keine roten Zahlen, weil es noch von den Übernahme-Effekten aus dem Konkurs der alten Hanomag profitiert.

Entthrontes Krisenmetall

Von LEO FISCHER

Mit der Lösung des Dollar vom Gold 1973 sollte das gelbe Metall zu einem gewöhnlichen Rohstoff wie Weizen oder Schweinebäuche werden. Tatsächlich unterscheidet sich seine Preisentwicklung auch kaum von der anderer Commodities. Der Preisrückgang bei Gold war in den letzten Jahren sogar ausgeprägter als bei anderen Waren. Nach einem Höchstpreis von 850 Dollar je Feinunze im Januar 1980 rutschte die Notiz in den folgenden fünf Jahren auf zuletzt 300 Dollar.

Im nachhinein fällt es natürlich leicht, Gründe für den Preisverfall auszumachen. Da ist in erster Linie der Kursanstieg des Dollar zu nennen, von dem die meisten Finanzexperten und selbst Notenbankchefs überrascht wurden. Weil der Goldpreis in Dollar notiert wird, gibt es eine Relation zwischen Dollar- und Goldnotiz. Ein fester Dollar korrespondiert in der Regel mit einem schwachen Goldpreis und umgekehrt. 1979/1980, als der Goldpreis seinen Kursgipfel erreichte, notierte der Dollar im Jahresdurchschnitt bei 1,8330 und 1,8158 Mark. Heute liegt der Dollarkurs bei 3,1680. Mark. Daraus ergibt sich aber, daß deutsche Anleger bei weitem nicht so viel an Gold verloren haben wie alle die, die in Dollar rechnen.

Eine Rolle spielte auch der Erfolg im Kampf gegen die Inflation. Denn in der Vergangenheit wurde Gold immer als klassischer Schutz gegen die Inflation betrachtet. In den Jahren 1979 und 1980 kletterte die durchschnittliche Preissteigerungsrate in der OECD auf 9,8 und 12,9 Prozent – und der Goldpreis, wie erwähnt, auf 850 Dollar. Seither konnte die OECD-Teuerung auf eine Jahresrate von 5,1 Prozent gedrückt werden.

Als dritter Baisse-Faktor erwiesen sich die hohen Zinsen. Trotz der jüngsten Senkungen in der USA liegt die Prime Rate (Zins für Kredite an erste Adressen) noch immer bei 10,5 Prozent. Und am deutschen Rentenmarkt sind auch jetzt noch Renditen von etwa sieben Prozent zu erzielen. Eine Anlage in Gold aber bringt keine Zinsen. Schließlich hat sich auch die schwache Preistendenz an den Ölmärkten negativ ausgewirkt. Die zurückgehenden Öleinnahmen der Opec-Länder haben eine bedeutende Käufergruppe ausfallen lassen.

Seit der Afghanistan-Krise hat Gold auch als Krisenmetall versagt. Der Einmarsch der Sowjets in Afghanistan hatte im Januar 1980 mit zum Goldhöchstpreis von 850 Dollar beigetragen. Heute können der Golf-Krieg und die Verschuldungskrise den Goldpreis-Verfall nicht aufhalten. Die Schuldenkrise hat im Gegenteil den Preisrutsch noch verstärkt. Denn einige Notenbanken haben Gold verkaufen müssen, um dringend benötigte Devisen für die Importe bereitzustellen. Von internationale Krisen profitierte in den letzten Jahren eher der Dollar als das Gold. Nicht zu vergessen ist die Hausse an fast allen internationalen Aktienmärkten. Solange an den Börsen weltweit so leicht und schnell Geld zu verdienen ist, besteht wenig Anreiz, bei Gold einzusteigen.

Auch von der Angebotsseite her ist keine Entlastung zu sehen. Durch den Kursverfall des Rand hat Südafrika, das 70 Prozent der westlichen Produktion fördert, keinen Anlaß, trotz geringeren Goldpreises in Dollar die Produktion einzuschränken, denn in einheimischer Währung gerechnet bleiben die Erlöse stabil. Und die durchschnittlichen Produktionskosten liegen noch deutlich unter dem Londoner Goldpreis.

Anders als Aktien entzieht sich das gelbe Metall jeder exakten Bewertung. Bei einer Aktie zum Beispiel gibt das Kurs/Gewinn-Verhältnis oder die Dividende Aufschluß über die Angemessenheit des Kurses. Das Fehlen eines exakten Kriteriums macht es bei Gold unmöglich, von einem niedrigen oder hohen Preis zu sprechen.

Entsprechend vage müssen Prognosen über das Ende des Preisverfalls sein. Eine Umkehr des Dollartrends vermag niemand vorauszusagen. Ein Wiederaufleben der Inflation ist erfreulicherweise nicht in Sicht. Und für einen weiteren Rückgang der Zinsen scheinen die Grenzen eng gesteckt zu sein. Also halten sich die letzten Optimisten an die Charttheorie: Wenn der Preis nicht nachhaltig (um mindestens drei Prozent) unter den Tiefstkurs des letzten Preiszyklus (295 Dollar im Juni 1982) fällt, scheint der Preisverfall zunächst jedenfalls gestoppt. An einen Preisaufschwung kann kurzfristig aber wohl niemand glauben.

GEMISCHTE WIRTSCHAFTSKOMMISSION / UdSSR beklagt Cocom-Liste

Bangemann sieht gute Chancen für den deutsch-sowjetischen Handel

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Bonn**

Gute Chancen für den Ausbau der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen sehen sowohl Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann als auch der stellvertretende Ministerpräsident Alexej K. Antonow. Zum Abschluß der 13. Tagung der Gemischten Wirtschaftskommission in Bonn ging Antonow auf mögliche Behinderungen der deutschen Lieferungen durch die Änderung der Cocom-Liste ein. Bisher ist kein Geschäft an den verschärften Restriktionen gescheitert.

Während der zweitägigen Kommissionstagung hatte die deutsche Delegation zwar das Cocom-Thema angeschnitten und Bundeswirtschaftsminister Bangemann hatte darauf hingewiesen, daß die Revanchismus-Vorwürfe gegen die Bundesrepublik auch zu einer Verschlechterung der politischen Wetterlage beitrügen. Der stellvertretende sowjetische Ministerpräsident hatte aber betont, er sei zu Wirtschafts- und nicht zu politischen Gesprächen gekommen. Vor der Presse griff er jedoch dieses Thema auf. Er meinte, die Firmen aus der Bundesrepublik könnten nicht nur bei Großprojekten wie bei der Sibirien-Pipeline, sondern auch bei kleineren Geschäften, „in eine schwierige Situation versetzt werden", weil sie wegen der Erweiterung der Cocom-Liste Verträge nicht abschließen und nicht realisieren könnten.

Bangemann wertete den Hinweis im Abschlußkommunique auf die „Wichtigkeit einer genauen und rechtzeitigen Erfüllung der Vertragsverpflichtungen" als Fingerzeig, daß es bisher keine Probleme gegeben habe. Sollte es bei der Abgrenzung zwischen strategischen und zivilen Gütern zu Schwierigkeiten kommen, so sei er gerne bereit, sie aufzugreifen und zu lösen. Die deutschen Delegationsmitglieder berichteten, daß ihnen keine Fälle bekannt seien, in denen ein Geschäft an der veränderten Cocom-Liste gescheitert sei.

Beide Seiten stimmten darin überein, daß die langfristigen Verträge und die Großprojekte einen wesentlichen Faktor für die Wirtschaftsbeziehungen darstellten. Als einen neuen Beitrag zur Entwicklung der bilateralen Beziehungen wurden im Schlußkommunique die im Oktober 1984 begonnenen zusätzlichen sowjetischen Erdgaslieferungen durch die Sibirien-Pipeline gewürdigt. Deutsche Unternehmen seien mit sowjetischen Stellen in Kontakt oder führten bereits Vorverhandlungen, um die Möglichkeiten einer weiteren Zusammenarbeit bei Großprojekten im Energiebereich zu klären.

Geprüft werde beispielsweise die Herstellung von Methanol aus Erdgas, die Gewinnung von synthetischem Flüssigtreibstoff aus der Kohle des Beckens vonKansk-Atschinsk, die Exploration und Förderung von Erdöl und Erdgas im Festlandsockel der Barents-See, in Tengiz und auf Sachalin. Sowjetische Organisationen haben an deutsche Firmen Anfragen für den Bau großer kompletter Chemiewerke gerichtet. Auch im Chemiebereich und im Chemieanlagenbau, dem Zentralthema dieser Tagung, sehen beide Seiten noch Chancen für eine intensivere Zusammenarbeit. Es fiel auf, daß im Gegensatz zum im Herbst verstorbenen sowjetischen Delegationsleiter Kostandow, der früher Chemieminister war, sein Nachfolger Antonow, der 15 Jahre *lang Minister* für die elektronische Industrie war, das Gewicht stärker auf die Zusammenarbeit im Maschinenbau und in der Elektroindustrie legte.

Auf der nächsten Kommissionstagung zum Jahresende in Moskau soll die Zusammenarbeit im Eisenhüttenwesen und in der NE-Metallurgie erörtert werden. Speziell soll es dann um Fragen der Produktion von Konsumgütern und des entsprechenden Maschinenbaus gehen. Bei einigen Agrarprojekten, so beim Anbau von Zuckerrüben, sind deutsche Firmen bereits eingeschaltet. Kürzlich wurde ein langfristiger Kompensationsvertrag über die Lieferung von Maschinen zur Herstellung von Apfelsaft-Konzentrat in der Sowjetunion geschlossen. Das Volumen der Großprojekte, über die gegenwärtig gesprochen wird, bezifferte Bangemann auf rund 20 Milliarden Mark.

EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK

Mit Darlehen 44 000 neue Arbeitsplätze ermöglicht

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Die Europäische Investitionsbank (EIB) leistet einen immer wichtigeren Beitrag zur Milderung des wirtschaftlichen Gefälles in der EG. Mit Darlehen von 6,19 Mrd. Ecu (13,8 Mrd. Mark) beteiligte sich das von den Mitgliedsländern getragene Institut 1984 an der Finanzierung von Anlageinvestitionen von umgerechnet 43,7 Mrd. Mark in der Gemeinschaft.

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die aus eigenen Mitteln und dem sogenannten Neuen Gemeinschaftsinstrument finanzierten Darlehen um *real 10 Prozent. Besonders ausge*prägt war der Anstieg in Italien, Frankreich und Großbritannien.

Der Finanzierungsbeitrag in der Bundesrepublik ist dagegen leicht gesunken. Wichtigste Projekte waren die Kernkraftwerke Emsland und Neckar-Westheim (180 Mill. DM), durch die 3,6 Mill. t Rohöl eingespart werden können und der Bau der Erdgasleitung Megal für den Transport von sowjetischem Erdgas (100 Mill. Mark).

Zur Finanzierung ihrer Darlehenstätigkeit nahm die EIB 1984 an den Kapitalmärkten Anleihen im Gesamtbetrag von 4,36 Mrd. Ecu (rund 7,23 Mrd. Mark) auf. Hervorzuheben ist der steigende Anteil der Ecu. Im Vergleich zu 1983 hat sich der Betrag der in Ecu aufgenommenen Mittel von 6,5 auf 12,7 Prozent mehr als verdoppelt.

Die Bank verfolgt zwar – wie ihr neuer deutscher Präsident Ernst-Günther Bröder in Brüssel hervorhob – *keine bewußte Politik zur Förde*rung von Ecu-Anleihen, konstatiert jedoch eine starke Nachfrage nach Ecu. Erst gestern verhandelte sie in Paris über eine neue Ecu-Anleihe von 200 Mill. (rund 466 Mill. Mark) auf dem französischen Kapitalmarkt.

Die Darlehen der EIB in der Gemeinschaft (zu denen noch Finanzierungen in den Mittelmeerländern und den AKP-Staaten von umgerechnet 1,58 Mrd. DM hinzukommen) haben 1984 mehr als 44 000 neue Dauerarbeitsplätze geschaffen und zur Erhaltung von Arbeitsplätzen in Unternehmen mit etwa 600 000 Beschäftigten beigetragen. Berücksichtigt man die Darlehen früherer Jahre, läßt sich der „Beschäftigungseffekt" der EIB-Darlehen auf insgesamt rund 500 000 neue Jobs summieren.

Innerhalb der EG nahmen vor allem die Darlehen für industrielle Vorhaben (plus 37 Prozent), für Projekte im Bereich der fortgeschrittenen Technologien (plus 46 Prozent) und für Investitionen im Energiesektor (plus 23 Prozent) zu. Die Zahl der Kredite für Klein- und Mittelbetriebe erhöhte sich von 3243 auf 4624.

Hauptsächlicher Nutznießer der EIB war auch 1984 wieder Italien, auf das 49 Prozent aller Finanzierungen entfielen. Gemessen an der Einwohnerzahl gehörten auch Griechenland, Irland und Dänemark zu den bedeutendsten Darlehensempfängern. Der deutsche Anteil an den Darlehen betrug nur 2,2 Prozent.

AUF EIN WORT

„Vermutlich läßt sich aus Büchern über Bürokratie sowie von Bürokraten selber nur wenig über Entbürokratisierung lernen."

Dr. Horst Waffenschmidt, Vorsitzender der Bonner „Kommission für Rechts- und Verwaltungsvereinfachung. FOTO: JUPP DARCHINGER

KONJUNKTUR

Investitionslust deutlich gestiegen

HANS BAUMANN, **Essen**

Die deutsche Industrie beurteilt ihre Geschäftsaussichten für 1985 in den meisten Branchen optimistischer als im letzten Sommer. Die Neigung zu investieren ist „durchweg deutlich gewachsen", sieht man von einigen wenigen Branchen ab, die besonders investitionsschwach sind – wie etwa die Bauindustrie. Dies ist das Ergebnis einer Umfrage der Mietfinanz GmbH, Mülheim, bei 13 Branchen.

Die Verbesserung der Aussichten für die Industriekonjunktur geht allerdings nach dieser Umfrage, die vierteljährlich vorgenommen wird, in erster Linie auf den florierenden Export zurück, der vom hohen Dollarkurs begünstigt wird. Vor allem in solchen Branchen, die bereits einen sehr hohen Exportanteil haben, wie etwa die Chemie, wird immer wieder betont, daß „an der Devisenbörse ebenso wie an der Aktienbörse nicht geklingelt wird", wenn der Wechselkurs des Dollar gegenüber der D-Mark nachgeben sollte. Risiken für die Exportkraft werden auch in den schlechten Außenhandelsbilanzen mancher Kundenländer gesehen.

Der Industrie kommt es nach der Umfrage vor allem darauf an, daß die reale, von Wechselkurseinflüssen bereinigte Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleibt. Diese Wettbewerbsfähigkeit stehe und falle mit den Arbeitskosten, die im internationalen Vergleich nach wie vor hoch seien und stabilisiert werden müßten. Die befragten Unternehmen erwarten für 1984 einen realen Umsatzaufschwung von 3,2 Prozent.

DOLLAR

Konzertierte Interventionen

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Konzertierte Interventionen der Bundesbank sowie der Zentralbanken Großbritanniens, Frankreichs, der Niederlande, Österreichs sowie Skandinaviens haben gestern einem neuerlichen Anstieg des Dollarkurses zeitweilig Einhalt geboten. Der Dollar, der am Morgen in Fernost zuletzt mit 3,1625 DM gehandelt wurde, stieg am Vormittag in Europa bis auf 3,1830 DM und rutschte dann unter dem Eindruck der Abgaben der Notenbanken bis auf etwas unter *3,1650* DM. Der amtliche Kurs wurde mit 3,1650 nach 3,1680 DM am Montag notiert, und am frühen Nachmittag war der Dollar wieder auf 3,1725 DM gestiegen. Auf diesem Niveau konnte er sich allerdings nicht halten. Die von 2,8 auf 3,9 Prozent nach oben revidierte Wachstumsschätzung des US-Sozialprodukts hatte auf den Devisenmarkt keinen Einfluß.

Die gestrigen Notenbankinterventionen waren die erste gemeinsame Aktion von Zentralbanken nach dem Washingtoner Treffen der Finanzminister und Notenbankchefs der „Fünfergruppe". Am Markt wartete man mit Spannung, ob auch die New Yorker Notenbank in den Markt eingreifen würde. Nach Schätzungen von Devisenhändlern hat die Bundesbank gestern außerhalb der Börse etwa 100 bis 150 Millionen Dollar verkauft, ein Betrag, der als nicht sonderlich eindrucksvoll eingeschätzt wurde. Über die Größenordnung der Dollarverkäufe der anderen Notenbanken gab es keine konkreten Schätzungen am Devisenmarkt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Deutlich weniger Baugenehmigungen

Frankfurt (adh.) – Die Baugenehmigungen sind 1984 wieder auf den Stand von 1982 abgesunken. Das geht aus den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden für die Monate Januar bis November 1984 hervor. Insgesamt wurden im Wohn- und Nichtwohnbau in dieser Zeit 317 500 Wohnungen genehmigt. Gegenüber 1983 – damals wurden in der gleichen Zeit 386 500 Einheiten genehmigt – ist das ein Rückgang von 18 Prozent. Gemessen am genehmigten Rauminhalt fällt der Rückgang mit 23 Prozent noch deutlicher aus.

Abkommen mit Israel

Bonn (Mk.) – Ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit von Agrarforschungseinrichtungen zwischen Israel und der Bundesrepublik haben gestern in Bonn Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle und sein israelischer Kollege Arieh Nehamkin unterschrieben. Auf informeller Basis bestand bereits seit 1975 eine entsprechende Zusammenarbeit. Kiechle versicherte, die Bundesregierung werde bei der EG-Erweiterung die Interessenlage der Mittelmeeranrainer nicht außer Acht lassen.

Gegen staatliche Eingriffe

Bonn (Mk.) – Die Industrie wird alle technisch und wirtschaftlich sinnvollen Möglichkeiten zur Energieeinsparung und Abwärmenutzung wie bisher optimal ausnutzen und, wo immer dies möglich ist, noch steigern. In einer gemeinsamen Erklärung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und der Vereinigung Industrielle Kraftwirtschaft (VIK) wenden sich die Verbände zugleich gegen alle staatlichen Eingriffe im Sinne eines „Abwärmenutzungsgebots" im Bundes-Immissionsschutzgesetz.

Urteil zu Darlehenszinsen

Frankfurt (dpa/VWD) – Wenn eine Teilzahlungsbank sich in einem Darlehensvertrag das Recht vorbehält, die Zinsen dem allgemeinen Zinsniveau anzupassen, muß sie auch Zinssenkungen an den Kunden weitergeben. Mit dieser Entscheidung hat die erste Zivilkammer des Landgerichts Frankfurt eine Bank dazu verurteilt, zuviel gezahlte Zinsen in Höhe von 1 112 DM an einen Darlehensnehmer zurückzuzahlen. (AZ: 2/1 S 140/84)

DM-Auslandsanleihen

Frankfurt (cd.) – Schweden will eine 7,25prozentige zehnjährige Anleihe über 500 Mill. DM zum Nennwert über ein internationales Konsortium unter Führung der Dresdner Bank begeben, deren Börseneinführung in Frankfurt und Hamburg vorgesehen ist. Die American Express Overseas Credit Corporation (Jersey/Großbritannien), Tochter der Amexco New York, begibt eine 6,875pozentige fünfjährige Anleihe über 20 Mill. DM zum Nennwert als Privatplazierung unter Führung der Commerzbank. Ihre dritte D-Mark-Anleihe nimmt die Ungarische Weltbank auf. Es handelt sich um eine 7,75fprozentige achtjährige Emission zum Nennwert, die unter einem internatinalen Bankenkonsortium unter Führung der Commerzbank begeben wird. Sie soll an der Frankfurter Börse eingeführt werden.

Weniger Aufträge

Berlin (ot) – Auf den ersten Blick eine eindrucksvolle Bilanz, aber dennoch kein Anlaß zu ungetrübter Freude. So umschreibt Herbert Hohoff, Präsident der Fachgemeinschaft Bau Berlin e. V., die Lage der Berliner Bauwirtschaft. Das gesamte Bauvolumen sei 1984 real um fünf Prozent auf 9,7 Mrd. DM gesteigert worden, die Beschäftigtenzahl um 3,5 Prozent auf 33 535 gestiegen. Der Auftragseingang sei jedoch um 6,7 Prozent zurückgegangen, *im Wohungsbau um* 18,3 Prozent. Im Dezember sei die Arbeitslosenzahl auf 5400 (Vorjahr: 4800) geklettert.

EG-Verfahren gegen Paris

Brüssel (dpa/VWD) – Die EG-Kommission hat gegen Frankreich ein Vertragsverletzungsverfahren wegen der Vergabe zusätzlicher Schiffbaubeihilfen eröffnet. Die französische Regierung hat 1984 nicht nur Umstrukturierungsprämien von insgesamt 300 Mill. Franc (rund 100 Mill. DM) einer nordfranzösischen Werft zukommen lassen, sondern auch Finanzhilfen im Umfang von drei Mrd. Franc der Schiffbaugruppe Nord-Mediterrannee bereitgestellt. Diesen neuen Subventionen stehen nach Auffassung der Kommission keine Gegenleistungen in Form von angemessenen Kapazitätskürzungen gegenüber.

Neuer Renault-Präsident

Paris (J. Sch.) – Georges Besse (57) leitet seit gestern den französischen Automobilkonzern Renault, nachdem ihn der Verwaltungsrat der staatlichen Regie Renault zu seinem Präsidenten gewählt hatte. Er löst damit Bernard Hanon ab, der unter Vorhaltung eines Konzerndefizits von neun Milliarden Franc (1984) am Montag zurückgetreten war. Besse ist nach seiner Karriere im staatlichen Nuklearbereich (Eurodif, Cogema) vor allem als Sanierer des verstaatlichten Aluminiumkonzerns Pechiney bekannt geworden. Diese gelang ihm nicht zuletzt dank des Verkaufs der defizitären Chemieinteressen an den staatlichen Elf-Konzern.

HOCHTECHNOLOGIE

Genscher beklagt Rückstand der deutschen Industrie

S. SCHUCHART, **Dortmund**

„Wir stehen in der Bundesrepublik Deutschland heute vor der vorrangigen Aufgabe, unsere Ressourcen für strukturelle Anpassungsprozesse an die hochtechnologische Zukunft zu mobilisieren." Auch die Exportüberschüsse der deutschen Industrie dürften nicht über den Rückstand in wichtigen Bereichen der Informationstechnik hinwegtäuschen, denn es komme jetzt darauf an, Konzeptionen und Strategien für die Zukunft zu entwickeln. Diesen Appell richtete gestern Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in Dortmund an die Delegierten der Industrie- und Handelskammern des Ruhrgebietes.

Zwar sei der Optimismus, der heute wieder in der Bundesrepublik herrsche, berechtigt, hob Genscher hervor. Er müsse aber mit der Entschlossenheit verbunden sein, in den Basistechnologien stärker Fuß zu fassen. „Es geht in Europa darum, ob wir in der bereits voll im Gang befindlichen technologischen Revolution mit den USA und Japan Schritt halten können", sagte Genscher. Auch wiesen die neuen Hochtechnologien einen Weg, wie der für das Industriezeitalter *typische Zielkonflikt zwischen* Wirtschaftswachstum und Umweltschutz aufzulösen sei.

So sei die Informationstechnik nicht nur selbst weitgehend frei von Umweltgefährdung, sie verringere auch die Umweltbelastung durch präzise Steuerungsprozesse bei anderen Produkten. Daraus folge aber, daß es in der Bundesrepublik „einer positiven politischen Vision für die Zukunft" bedürfe, wie sie zum Beispiel in Japan, den USA, aber auch in Frankreich und England vorhanden sei.

INSOLVENZEN / Die IG Metall strengt einen Musterprozeß zum Konkursrecht an

Banken im Mittelpunkt der Kritik

K. HANDSCHUCH, **Hamburg**

Seit 20 Jahren meldet das Statistische Bundesamt fast jährlich einen Anstieg der Insolvenzen. Für 1984 schätzen die Statistiker die Zahl der Pleiten auf 16 600, drei Prozent mehr als im Vorjahr. Doch das Recht, nach dem Konkurse und Vergleiche abgewickelt werden, ist nach Ansicht von Juristen selbst „in Konkurs" gegangen.

Ziel des inzwischen 108 Jahre alten Konkursverfahrens ist die möglichst gleichmäßige Befriedigung der Gläubiger, wenn ein Unternehmen zusammenbricht. Das rechtlich kompliziertere Vergleichsverfahren aus dem Jahr 1935 strebt dagegen an, ein in Schwierigkeiten geratenes Unternehmen möglichst zu retten, und nicht gleich in den Konkurs zu treiben. Das Betriebsvermögen wird möglichst nur soweit veräußert, als dies die Zukunft des insolventen Unternehmens nicht bedroht. Die Gläubiger erhalten im Vergleichsverfahren mindestens 35 Prozent ihrer Forderungen. Wird diese Hürde nicht genommen, folgt unweigerlich der Anschlußkonkurs.

In der Praxis ist das Vergleichsverfahren – trotz einiger spektakulärer Fälle (AEG, Pelikan) – von geringer Bedeutung. So wurden in den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres *nur 77 Vergleichsverfahren eingeleitet.* In Gegensatz dazu wurden im gleichen Zeitraum 3237 Konkursverfahren eröffnet. In den meisten Fällen – von Januar bis Oktober 1984 waren es 10 610 – kommt es nicht einmal zu einer Eröffnung des Verfahrens, da die Konkursmasse nicht ausreicht, die Verfahrenskosten zu decken.

Dies offenbart nach Ansicht von Juristen eine der größten Schwächen der bestehenden Konkursordnung. Kreditgeber oder Warenlieferanten, die von der drohenden Insolvenz Wind bekommen, sichern ihre Außenstände rechtzeitig durch Sicherungsabtretungen oder Eigentumsvorbehalte ab. Der Konkursverwalter kann über abgetretene Vermögensteile nicht verfügen.

In einem Musterprozeß versucht nun die IG Metall im Fall der zusammengebrochenen Siegerländer Kupferwerke (SKW) erstmals, von den Banken die Herausgabe von Vermögenswerten zu erzwingen und so rückständige Lohnforderungen einzutreiben. Die Hausbanken der SKW hatten sich das Vermögen vor dem Konkursantrag übereignen lassen.

Die Insolvenzrechtskommission des Bundesjustizministeriums empfiehlt daher, die Sicherungsübereignungen einzuschränken. Ihre wichtigste Forderung ist ein einheitliches Insolvenzverfahren. Erst nach dessen Eröffnung soll künftig entschieden werden, ob das insolvente Unternehmen fortgeführt werden kann.

(dpa/VWD)

FORD-EUROPA

Keine Pläne für Werks-Schließung

WILHELM FURLER, **London**

Für erhebliche Spekulationen hat ein Bericht der „Financial Times" gesorgt, wonach Ford-Europa angedeutet habe, eines seiner sieben europäischen Werke schließen zu wollen. Diese Andeutungen seien von Bob Lutz, Chairman von Ford-Europa, auf der Stockholmer Automobil-Ausstellung gemacht worden. Der Bericht erregte um so mehr Aufsehen, als kurz vor Weihnachten von Zeitungen im Kölner Raum gemeldet worden war, Ford beabsichtige, sein belgisches Werk in Gent zu schließen und die dortige Produktion des Ford Sierra nach Köln zu verlegen.

Harry Carlton, Pressechef für Ford Europa, betonte gegenüber der WELT, daß bei Ford keinerlei Pläne einer Werks-Schließung bestünden. Bob Lutz habe lediglich über die bedenklichen Überkapazitäten in der europäischen Automobilindustrie referiert, und daß die Branche zu weiteren, erheblichen Rationalisierungs-Maßnahmen gezwungen sei.

Auf die Frage von Journalisten, ob dies bedeute, daß Ford die Schließung eines seiner sieben europäischen Werke beabsichtige, hat Lutz nach Angaben seines Pressechefs geantwortet: „Es wäre völlig falsch, einen solchen Schluß aus dem, was ich gesagt habe, zu ziehen"; Ford habe noch nicht einmal einen Plan oder ein Programm für Kapazitäts-Kürzungen.

WEINMARKT / Zwischen deutschen Winzern und der EG-Kommission zeichnet sich bislang schärfster Konflikt ab

Der Zwang zur Destillation zeigt groteske Folgen

JOACHIM NEANDER, **Frankfurt**

Der bislang schärfste Konflikt zeichnet sich zwischen der EG-Kommission und dem deutschen Weinbau ab. Es geht um die soeben von Brüssel beschlossenen Verordnungen über die Zwangsdestillation von Tafelwein. Die Bestimmungen könnten dazu führen, daß die deutschen Weinbaubetriebe in diesem Jahr Tafelwein aus Italien importieren müssen, um ihrer Ablieferungspflicht für die Destillation genügen zu können.

Die Idee der Zwangsdestillation scheint an sich nicht unvernünftig. Da das komplizierte System der freiwilligen Destillation die steigenden Tafelweinüberschüsse nicht einzudämmen vermochte, versucht die Kommission jetzt, mit einer obligatorischen Regelung einen neuen Weg. Für die Bundesrepublik hat die EG-Kommission für das Wirtschaftsjahr 1984 / 85 eine Destillationsmenge von rund 60 000 Hektoliter errechnet. Diese relativ kleine Menge soll nach einem kaum verständlichen Quotensystem von allen Tafelwein erzeugenden Winzerbetrieben und Genossenschaften aufgebracht werden, wobei die Quoten zwischen drei und 80 Prozent der jeweiligen Tafelweinernte des Betriebes schwanken. Der Destillationspreis soll in diesem Wirtschaftsjahr 81 im kommenden nur noch 65 Pfennig pro Liter betragen.

An sich wäre die Sache angesichts einer deutschen Tafelweinernte von etwa 1,5 Millionen Hektoliter im Jahre 1984 kein so großes Problem. Stark angezogene Preise und ein ausgesprochen guter Markt für deutschen Wein nach der geringen Ausbeute beim Jahrgang 84 haben aber dazu geführt, daß dieser Tafelwein entweder bereits verkauft ist oder – soweit noch bei den Erzeugern – zurzeit mit einem Literpreis zwischen 1,70 und 1,80 Mark erstens leicht absetzbar und zweitens um mehr als das doppelte teurer ist als der geforderte Destillationswein. Die deutschen Winzer wären also gezwungen, sich Wein zur „Mengenvernichtung" von anderswo zu besorgen, weil sie selber gar kein Mengenproblem haben.

Kein Wunder, daß die Branche dagegen Sturm läuft. Karl-Ludwig Bieser vom Deutschen Raiffeisenverband, Bonn, zum Beispiel spricht von „wirtschaftlichem Unfug". Rudolf Nickenig, der stellvertretende Generalsekretär des deutschen Weinbauverbandes, nannte die EG-Pläne auf dem Pfälzischen Weinbautag in Neustadt an der Weinstraße „wahnwitzig" und „unverständlich". Zurzeit ist noch völlig unklar, wie die EG-Verordnungen zu praktizieren sind.

Ein weiteres Streitobjekt zwischen dem deutschen Weinbau und Brüssel ist nach wie vor die Anreicherung alkoholarmer Weine. Zwar war es beim Dubliner Gipfel Bundeskanzler Kohl gelungen, das von der EG-Kommission vorgesehene Verbot des in der Bundesrepublik, aber auch im nördlichen Frankreich und in Luxemburg seit über 150 Jahren üblichen Rohr- bzw. Rübenzuckers zugunsten von „rektifiziertem Traubenmostkonzentrat" bis *1990* zu vertagen.

Beim Pfälzischen Weinbautag offenbarte jetzt jedoch Alfred Reichardt von der Brüsseler Kommission, daß eine Entscheidung schon sehr viel früher fallen könne, wenn nämlich der Europäische Gerichtshof über die Klage der EG-Kommission zu urteilen habe, das deutsche Weinrecht dem EG-Recht insofern anzupassen, daß das Traubenmostkonzentrat als Anreicherungsmittel wenigstens zugelassen werden muß.

Schon eine solche Zulassung des Konzentrats – ohne das eigentlich geplante gleichzeitige Verbot des Zukkers – würde die Situation auf dem Weinmarkt möglicherweise entscheidend beeinflusssen. Zwar ist das Konzentrat teurer als Zucker. Aber es reizt zur (streng verbotenen) Anreicherung auch von Prädikatsweinen, weil es analytisch nicht nachweisbar ist. Reichardt versuchte, dieses Problem durch den Vorschlag zu entschärfen, dem RTK zu Kontrollzwekken einen „unschädlichen Markierungsstoff" beizumengen. Der Saal antwortete mit Hohngelächter.

FRANKREICH / Hohe Ausfuhrsteigerung nach USA

Handelsdefizit halbiert

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Das Defizit der französischen Handelsbilanz, das vor allem wegen der sozialistischen Konsumbelebungspolitik von knapp 60 Milliarden Franc 1980 und 1981 auf 94 Milliarden Franc 1982 gestiegen war, erreichte nach 43,5 Milliarden 1983 nur noch 19,8 Milliarden Fanc 1984. Seine Verminderung hat sich im Jahresvergleich beschleunigt. Von 800 Millionen Franc im November ging es auf 661 Millionen Franc im Dezember zurück.

Die Erholung war vor allem der durch die neue Austerity-Politik herbeigeführten Importschwäche zu verdanken. Zwar stieg die Einfuhr 1984 um 13,6 Prozent auf 871 Milliarden Franc (fob), was inflationsbereinigt einem Zuwachs von 6 Prozent entsprach. Unter Berücksichtigung der Dollar-Hausse waren die Importe mengenmäßig aber kaum gestiegen. In den letzten Monaten verminderten sie sich selbst in Franc-Werten.

Demgegenüber nahmen die Exporte 1984 um 17,7 Prozent auf 851 Milliarden Franc (fob) zu. Frankreich profitierte damit von der Belebung der Weltkonjunktur und von dem Importsog der USA, in die über 50 Prozent mehr ausgeführt wurden als 1983. Jedoch konnten die wichtigsten französischen Handelspartner noch größere Exporterfolge erzielen. Der französische Anteil am Welthandel dürfte danach zurückgegangen sein.

Die französischen Exporte in die Bundesrepublik stiegen (unterdurchschnittlich) um 10,4 Prozent auf 119,46 Mrd. Franc (fob), während die Importe um 8,8 Prozent auf 147,45 Mrd. Franc (cif) zunahmen. Am gesamten Außenhandel gemessen waren das nur noch 14,7 (15,6) und 16,3 (16,9) Prozent. Die Bundesrepublik blieb damit aber weiterhin der größte französische Handelspartner mit einem Passivsaldo von 27,98 (27,39) Mrd. Franc. 1982 hatte er noch 38,01 Mrd. Franc erreicht. Wichtigstes Ziel der französischen Exportinitiativen soll in diesem Jahr der deutsche Markt sein, erklärte Außenhandelsministerin Edith Cresson.

BELGIEN–LUXEMBURG / OECD bestätigt Brüssel Erfolg der Sanierungspolitik

Überschuß in der Leistungsbilanz

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Die von der Brüsseler Regierung vor knapp drei Jahren eingeleitete Stabilierungspolitik hat an der Inflations- und Außenhandelsfront „unbestreitbare Erfolge" gebracht, stellt die OECD in ihrem Bericht zur Wirtschaftslage Belgiens fest. Auch verbesserte sich die finanzielle Lage der (privaten) Unternehmen beträchtlich. Dagegen hat das Defizit des öffentlichen Sektors weiter zugenommen und letztes Jahr nicht weniger als elf Prozent des Bruttosozialprodukts erreicht. Die Pariser Organisation empfiehlt deshalb vor allem die Sanierung des Staatshaushaltes.

Auf Grund der exzessiven Ausdehnung der Staatsbetriebe sowie wegen der bis 1981 verfolgten expansiven Wirtschafts- und Sozialpolitik hat sich in Belgien eine öffentliche Schuld angehäuft, die mehr als 100 Prozent des Sozialprodukts beträgt. Allein die darauf zu zahlenden Zinsen erreichten 9,5 Prozent des Sozialprodukts oder 21,5 Prozent der laufenden Staatsausgaben. Das daraus resultierende Budgetdefizit müßte vor allem durch Ausgabenkürzungen reduziert werden, heißt es in dem Bericht.

Auch in der Einkommenspolitik empfiehlt die OECD größere Härte. Zwar hätte sich der Lohnanstieg in den letzten zwei Jahren deutlich verlangsamt. Aber angesichts der Tatsache, daß die Löhne zuvor real beträchtlich stärker als die Produktivität gestiegen waren, hält die OECD Kaufkrafteinbußen für unvermeidbar. Dabei sollte Belgien die weitverbreitete Lohn-Preis-Indexierung abschaffen oder wenigstens abbauen.

Zu den von Brüssel stark betonten Fortschritten bei der Handelsbilanz, die aus den roten Zahlen gebracht wurde, betont die OECD, daß dies vor allem an der schwachen Importnachfrage liege. Die belgischen Exporterfolge seien dagegen nicht dauerhaft. Um die Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu verbessern, sei eine weitere Begrenzung des Lohnkostenanstiegs erforderlich. Die jetzt angelaufenen Tarifverhandlungen würden aber zu keinen großen Hoffnungen Anlaß geben.

Das Hauptproblem Belgien besteht laut OECD in der überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit, von der mehr als 13 Prozent der aktiven Bevölkerung betroffen sind. Stärker als in anderen OECD-Ländern habe sie hauptsächlich strukturelle Ursachen, wie fehlende Arbeitsmarktflexibilität. Ohne Arbeitsteilung brauchte Belgien zur Stabilisierung des Arbeitslosenniveaus ein Wirtschaftswachstum von mindestens 2,5 Prozent im Jahr. Für 1985 seien aber nur 1,75 Prozent zu erwarten.

Luxemburg hat es mit einer Arbeitslosenquote von eineinhalb Prozent besser. Auch in den Wachstumsperspektiven (plus zwei Prozent) und in der Kaufkraftprognose (plus ein Prozent) schneidet es in dem gemeinsamen OECD-Bericht günstiger ab, während die Inflationserwartungen für beide Länder mit fünf bis fünfeinhalb Prozent ähnlich sind. Die Leistungsbilanz Belgiens/Luxemburgs dürfte 1985 einen Überschuß von einer Milliarde Dollar erbringen nach einem Defizit von einer halben Milliarde Dollar 1984.

Haniel steigert Umsatz erneut

dpa/VWD, **Duisburg**

Das Duisburger Handelshaus Franz Haniel & Cie GmbH konnte 1984 den Umsatz erneut kräftig ausweiten. Er stieg im vergangenen Jahr auf über 13 Mrd. DM, nachdem bereits 1983 der Umsatz um 29 Prozent auf 8,9 Mrd. DM geklettert war. Die Umsatzsteigerung war im wesentlichen eine Folge des Erwerbs des großen amerikanischen Lebensmittelunternehmens S. M. Flickinger. Darüber hinaus resultierten rund 850 Mill. DM Wachstum aus dem gestiegenen Dollarkurs. Für Flickinger hatte die amerikanische Haniel-Tochter Scrivner im Sommer 1984 insgesamt 175 Mill. Dollar bezahlt.

Zum 1. Januar 1985 hat das Familienunternehmen die Mehrheit an den drei selbständigen Unternehmen des Schnell-Lieferdienstes Trans-o-flex erworben. Sie wurden zu einem bundesweiten Unternehmen zusammengefaßt, das mit 1400 Mitarbeitern und über 1000 Fahrzeugen einen 24-Stunden-Service für Eilsendungen betreibt. Bei der Stuttgarter Tochter Gehe AG sollen 1985 anläßlich des 150jährigen Firmenjubiläums Belegschaftsaktien abgegeben werden.

GROSSBRITANNIEN / Neue Konjunktur-Prognose

Aufschwung setzt sich fort

WILHELM FURLER, **London**

Befürchtungen, wonach bereits in diesem Frühjahr eine Abschwächung der Konjunktur-Entwicklung in Großbritannien einsetzen soll, werden sich den jüngsten Angaben des Zentralen Statistischen Amtes in London zufolge nicht bewahrheiten. Mit der Veröffentlichung seiner Konjunktur-Indikatoren erklärte das Amt, die Daten für November und Dezember letzten Jahres würden dem zuvor geäußerten Konjunktur-Pessimismus widersprechen. So hatte das Statistische Amt seit dem vergangenen Sommer anhand seiner Konjunktur-Indikatoren immer wieder darauf hingewiesen, daß die Geschäftstätigkeit in Großbritannien im Frühjahr ihren Höhepunkt überschreiten würde.

Den letzten Zahlen zufolge ist jedoch der längerfristige Konjunktur-Index, der die Entwicklung der Wirtschaftsaktivitäten ein Jahr im voraus anzeigen soll, im Dezember zum fünften Mal hintereinander gestiegen. Auch der kürzerfristige Index, der die Entwicklung etwa ein halbes Jahr im voraus aufzeigt, hat sich nach einer vorübergehenden Abschwächung während der Sommermonate wieder deutlich erholt.

Für den Anstieg des kürzerfristigen Konjunktur-Indikators ist insbesondere die erhebliche Ausweitung der Verbraucherkredite verantwortlich, während die Verbesserung des längerfristigen vor allem durch den Anstieg der Börsenkurse beeinflußt wurde. Das positive Gesamtbild wird abgerundet durch den zeitgleichen Index, der die gegenwärtige Wirtschaftsverfassung widerspiegeln soll: Auch er hat seinen monatelangen Anstieg im Dezember fortgesetzt. Zum letzten Mal hatte er sich im Frühjahr 1984 abgeschwächt.

Wörtlich räumte das Statistische Amt ein: „Es gibt jetzt keinen Hinweis mehr darauf, daß die Wirtschaftsaktivitäten im Frühjahr einen Wendepunkt erreichen werden, wie dies von uns in früheren Presse-Mitteilungen behauptet worden ist." Damit liegt das Amt auf der Linie der Treasury, die keinerlei Anzeichen für einen Konjunktur-Rückgang im Verlauf dieses Jahres ausmachen will.

GIRMES / Der Textilkonzern will reorganisieren

Erneut keine Ausschüttung

dpa/VWD, Düsseldorf

Mit einer Reorganisation des gesamten Unternehmens will der Textilkonzern Girmes-Werke Aktiengesellschaft, Grefrath-Oedt, wieder die Gewinnzone ansteuern. Dieser Prozeß werde mindestens zwei Jahre dauern, berichtete Vorstandsvorsitzender Uwe Klimant gestern in Düsseldorf. Auch für das Geschäftsjahr 1984 könne nicht mit einer Dividende gerechnet werden. Das Betriebsergebnis sei „bei Null" zu erwarten. Dazu kämen Belastungen aus der Stillegung des Betriebs in Salzburg.

Im vergangenen Jahr stieg der weltweite Umsatz der Girmes-Gruppe um rund 3 Prozent auf 560 Mill. DM. Dabei entfielen auf die Inlandsgesellschaften 440 Mill. DM (plus 1 Prozent). Der Anteil des Auslandsgeschäfts blieb mit rund 47 Prozent nahezu unverändert. Einen „gerade noch befriedigenden" Ertrag brachte der Bereich Teppichböden bei einer zweistelligen Umsatzsteigerung. Hier habe es sich ausgezahlt, daß Girmes schon seit Jahren konsequent Marken gepflegt habe. Dagegen seien Bezugsvelours für Automobile und und Dekorationssamte sowie Möbelstoffe weniger gut gelaufen.

Als Schwerpunkte künftiger Arbeit bezeichnete Klimant „zumindest mittelfristig" – neben der Umorganisation – eine Senkung der Kosten und das Entwickeln neuer Produkte. Der Personalkostenanteil sei immer noch zu hoch. Dort wolle man Beträge in zweistelliger Millionenhöhe einsparen. Inwieweit sich das auf die Zahl der etwa 2800 Beschäftigten in der Bundesrepublik auswirken könnte, ist nach Angaben von Klimant noch nicht zu übersehen. Er versicherte jedoch, es werde kein Werk geschlossen. Die neuen Produkte sollen nach Angaben von Klimant „mehr technisch" sein. Man müsse auch stärker als bisher in der Automobilindustrie Fuß fassen.

ALLIANZ VERSICHERUNG / Die Beitragseinnahmen sind weltweit auf 16,3 Milliarden Mark gestiegen

Ein „Mindestens" weckt Dividendenhoffnungen

DANKWARD SEITZ, München

Ob die Aktionäre der Allianz Versicherungs AG, München, für 1984 mit einer höheren Dividende rechnen können? Vorstandsvorsitzender Wolfgang Schieren wollte anläßlich der Vorlage des jüngsten Aktionärsbriefs die Entscheidung des Aufsichtsrats nicht präjudizieren. Doch: „Der Überschuß wird eine Ausschüttung in mindestens derselben Höhe wie im Vorjahr (10 DM) und eine angemessene Dotierung der Rücklagen ermöglichen." Das bei solchen Gelegenheiten erstmals verwendete Wort „mindestens" läßt Hoffnungen aufkommen.

Übertroffen wird das Vorjahresniveau diesmal nur von den Kapitalerträgen, während der versicherungstechnische Überschuß wegen der Münchner Hagelkatastrophe geringer ausfallen wird. Sie kostete die Allianz insgesamt rund 300 Mill. DM, davon 180 Mill. DM für Autos; weitere 45 Mill. DM erforderten die Herbststürme in Baden-Württemberg. Ansonsten kam es zu keiner gravierenden Veränderung der Schadensbelastung, wobei im Inland die Zahl der gemeldeten Schäden überwiegend als Folge der neuen Selbstbehaltstarife in der Kfz-Teilkasko – per Ende November um 2,5 Prozent auf 2,8 Millionen zurückging.

Weltweit erhöhten sich die Beitragseinnahmen der Allianz und ihrer Töchter um 5,7 Prozent auf 16,3 Mrd. DM. Das Auslandsgeschäft kam dabei mit einem Plus von 16 Prozent auf gut 3 Mrd. DM. In der Sachgruppe stiegen die Prämieneinnahmen um 5,9 Prozent auf 9,0 Mrd. DM; hiervon entfallen 7,5 (7,0) Mrd. DM auf im Inland selbst abgeschlossenen Versicherungen. Das Beitragsaufkommen der Lebensversicherungs-AG stagnierte wegen der Einführung von Direktgutschriften bei 5,2 Mrd. DM.

Noch nichts Konkretes wollte Schieren dazu sagen, wie die „neue, größere Beweglichkeit" genutzt werden soll, die man mit der angekündigten Umstrukturierung des Konzerns in eine Versicherungs-AG und eine Führungs-Holding erreichen will. „Alles läuft noch auf Hochtouren." Es lasse sich noch nicht sagen, ob und wie man möglicherweise bankähnliche Geschäfte betreiben werde, doch werde man sich auch weiterhin in erster Linie als Versicherungskonzern verstehen. Keineswegs sei aber an einen verstärkten Einstieg in das Rückversicherungsgeschäft gedacht. Abgeschlossen werden soll diese Umstrukturierung mit der Hauptversammlung am 27. Juni 1985, und zwar rückwirkend zum Jahresanfang.

Zur jüngsten Beteiligung der Allianz an der italienischen RAS-Versicherungsgruppe mit derzeit 21,5 Prozent meinte Schieren, daß dies weniger unter dem Aspekt eines größeren Italien-Geschäfts geschehen sei. Viel höher bewerte man die sich bietenden Synergieeffekte mit den 23 operativen RAS-Auslandsgesellschaften in einer ganzen Reihe von Ländern (Frankreich, Spanien, Schweiz und Australien). Noch im April 1985 wird die Beteiligung auf 33,51 Prozent und dann bis 1987 auf 51,5 Prozent steigen. Das dafür insgesamt notwendige Kapital von über einer Milliarde DM wurde bereits der italienischen Allianz-Tochter zur Verfügung gestellt. Nicht benötigt wurde dabei das Geld aus dem Verkauf der Eagle-Star-Anteile (rund 1,1 Mrd. DM), das noch voll als strategische Reserve vorhanden sei.

AIR FRANCE

Gewinn weit über Zielvorgabe

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Mit 530 Mill. Franc erreichte der Reingewinn der staatlichen französischen Luftverkehrsgesellschaft Air France 1984 das Siebenfache des ihr von der Regierung gesetzten Ziels. Noch 1982 hatte sie 792 Mill. Franc Verluste gemacht. Die spektakuläre Erholung ist vor allem auf Ausgabendrosselung der Verwaltung zurückzuführen. Dazu kam im letzten Jahr die Wiederbelebung des internationalen Flugverkehrs. Sie erlaubte der Gesellschaft, ihre Verkehrsleistung um 7,4 Prozent und ihren Umsatz um 13 Prozent auf 27,6 Mrd. Franc zu steigern.

Gewinne erwirtschaftete insbesondere der Frachtverkehr, der um 15,6 Prozent zunahm und 20 Prozent aller Einnahmen stellte. Durch die Einschränkung des Sitzplatzangebots um 2 Prozent wurde in dem um nur 2,5 Prozent gestiegenen Personenverkehr eine Rekordauslastung (68 Prozent) der angebotenen Kapazitäten erzielt. Erstmals brachte auch die Concorde ohne Abschreibungen Gewinne (62 Mill. Franc).

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat die Gesellschaft 450 Mill. Franc Rückstellungen für spätere Investitionen vorgenommen. Gleichzeitig wurden Schulden (vorzeitig) abgetragen. Der Cash-flow erhöhte sich um 25 Prozent auf 3 Mrd. Franc. „Wir nähern uns immer mehr den gesunden Verhältnissen der Lufthansa", hieß es auf einer Pressekonferenz.

Die diesjährige Geschäftsentwicklung beurteilt Air-France-Präsident Marceau Long eher optimistisch. Zwar sei nach der IATA-Prognose mit einer Verminderung des Luftverkehrszuwachses zu rechnen. Aber das Ergebnis der Gesellschaft verspreche mindestens ebenso gut auszufallen wie 1984. Als Vorteil der Air France im internationalen Wettbewerb nannte Long die dem Bedarf besonders gut angepaßte Flotte, die überdies um zwei Jahre jünger als im IATA-Durchschnitt sei.

Größere finanzielle Belastungen entstehen der Air France ab 1988. Von da an erneuert sie einen Teil ihrer Boeing-727-Flotte durch den Airbus vom Typ A 320, dessen erster Auftraggeber sie gewesen ist.

Zanders verspricht höhere Dividende

J. G. Düsseldorf

Über die schon hoch gestimmte eigene Erwartung hinaus hat die Zanders Feinpapiere AG, Bergisch-Gladbach, 1984 den Umsatz um 15 Prozent auf 835 Mill. DM mit 48,5 (47,2) Prozent Exportanteil und den Mengenabsatz um 8 Prozent auf 244 000 t gesteigert. Im ersten Rückblick kündigt der Vorstand an, daß die für 1983 nach zweijähriger Pause mit 5 DM wiederaufgenommene Dividende für 1984 höher ausfallen wird; sie gilt erstmals für das Anfang letzten Jahres durch Publikumsemission auf 60 (40) Mill. DM aufgestockte Aktienkapital.

Mit Schwerpunkt bei Rationalisierungsprojekten wurden die Investitionen 1984 wieder auf fast 50 (9,4) Mill. DM erhöht. Die Pro-Kopf-Leistung der 3820 (3655) Mitarbeiter besserte sich um 10 Prozent auf 220 000 DM. Sorgenvoll kommentiert der Vorstand zwar die seit Anfang 1983 anhaltende Zellstoffverteuerung um bereits 50 Prozent; der Ausblick auf 1985 aber bleibt optimitisch.

Vögele: Nur leicht positives Ergebnis

VWD, Mannheim

Die Joseph Vögele AG, Mannheim, Hersteller von Straßenbaumaschinen, stellt für das Geschäftsjahr 1984 trotz eines deutlichen Umsatzrückganges auf 78 (93,3) Mill. DM ein „leicht positives" Ergebnis in Aussicht. Die Gesellschaft „strebe an, eine eventuell gegenüber dem Vorjahr ermäßigte Dividende zumindest an die freien Aktionäre ausschütten zu können", heißt es in einem Aktionärsbrief. Für 1983 hatte das Familienunternehmen 6 DM Dividende je Aktie auf 10 Mill. DM Grundkapital gezahlt, von dem 2 Mill.DM breit gestreut sind.

Die schwierige Geschäftsentwicklung machte, wie der Vorstand erklärt, 1984 Anpassungsmaßnahmen notwendig. Im laufenden Jahr zeichnet sich besonders im Exportgeschäft eine leicht steigende Tendenz ab. Während der Inlandsumsatz 1984 noch leicht auf 43,3 (33,8) Mill. DM stieg, sank der Exportanteil auf 56 (64) Prozent.

NAMEN

Dr. Josef Jacobi, Vorstandsmitglied der Pfälzische Hypothekenbank AG, Ludwigshafen, vollendet am 24. Januar das 60. lebensjahr.

Georg Mehl wurde zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Württembergische Feuerversicherung AG, Stuttgart, ernannt.

Friedrich Harald Schmidt, Mitbegründer und bis 1982 Mitgesellschafter der Schmidt Reuter Ing.-Ges., Köln, hat seine Beratertätigkeit für dieses Unternehmen beendet. Seit Anfang 1985 ist er ausschließlich für die Brandi Ingenieure GmbH tätig.

Manfred Schuster (31) wurde anstelle von **Ulrich Bock** zum weiteren Geschäftsführer der Tandberg Data GmbH, Dortmund, bestellt.

Heinrich Ostrop, Aufsichtsratsvorsitzender bei den LVM-Versicherungen in Münster, wurde am 22. Januar 60 Jahre.

Günter Zürkler und **Holm Knothe**, Geschäftsführer der S-Modelle Damenkleider GmbH, Augsburg, scheiden im gegenseiten Einvernehmen" aus dem Unternehmen aus. Die Geschäftsführung wird ab sofort allein von **Helmut Hopp** und **Ulrich Schmidt** wahrgenommen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Holsten hält Dividende

Hamburg (JB.) – Die Holsten-Brauerei AG, Hamburg, schlägt der HV am 19. März vor, wieder 12 Prozent Dividende auf 30 Mill. DM Aktienkapital auszuschütten. Der im Vorjahr zusätzlich gezahlte Bonus von 2 Prozent entfällt.

Einspritztechnik forciert

Stuttgart (nl) – Die Stuttgarter Bosch-Gruppe will allein im Arbeitsgebiet Einspritztechnik 1985 etwa 400 Mill. DM investieren nach 270 Mill. DM in 1984. Seit Anfang 1984 hat Bosch in dieser Sparte über 4000 Mitarbeiter neu eingestellt. Die Produktion von Benzineinspritzanlagen, die sich im vergangenen Jahr auf 2,2 Mill. Anlagen belief, hat sich weiteren Bosch-Angaben zufolge gegenüber 1981 mehr als verdoppelt.

Rege Nachfrage

Hannover (dos) – Die Nordwestdeutsche Bürgschaftsbank GmbH (NBB), Hannover, verzeichnete für 1984 wie schon im Vorjahr mit 540 Anträgen wieder eine rege Nachfrage nach Bürgschaften. Das Volumen verringerte sich aber um 14 Prozent auf 71 Mill. DM. Unter den Anträgen stellten die Existenzgründungen mit einem Anteil von rund zwei Dritteln die wichtigste Zielgruppe. Im Bereich des Handwerks beobachtete die NBB einen deutlichen Rückgang. Beeinträchtigt wurde der Geschäftsverlauf durch den hohen Stand der Insolvenzen. So mußten 61 Bürgschaftsverpflichtungen in Höhe von 6,4 Mill. DM eingelöst werden.

Unveränderte Erträge

Frankfurt (cd.) – Die Sparkasseninvestmentgesellschaft Deka schüttet am 15. Februar für die Fonds Arideka (1,80 DM); Dekafonds (1,30 DM) und Dekarent (3,40 DM) unveränderte Erträge einschließlich Körperschaftssteuerguthaben aus und ermäßigt wegen des Rückgangs der Kapitalmarktzinsen die Ausschüttung beim Renditdeka von 2,40 auf 2,30 DM.

Kooperation perfekt

Hannover (dos) – Durch die Zahlung von 25 Mill. DM an das Land Bremen hat sich die Versicherungsgruppe Hannover über ihre Brandkasse bei der Bremer Feuerversicherungsanstalt „eingekauft" und sich damit einen breiteren Zutritt zum Bremer Markt verschafft. Als Anstalt des öffentlichen Rechts ist die Bremer Feuer, ebenso wie die Brandkasse der VGH, nicht verkäuflich. Mit der Einmalzahlung an das Land Bremen ist der Verzicht des Stadtstaates hinsichtlich der Einflußnahme auf die Organe der Anstalt verbunden. Den rund 50 Mitarbeitern der Bremer Feuer hat die VGH eine Arbeitsplatzgarantie zugesagt.

Telefonsystem für Taiwan

München (sz.) – Gegen schärfste internationale Konkurrenz ist es der Siemens AG, Berlin/München, in Taiwan erstmals gelungen, in einen bislang der amerikanischen Fernsprechindustrie vorbehaltenen Markt in Ostasien einzudringen. Von der taiwanesischen Fernmeldeverwaltung erhielt sie einen 50-Mill.-DM-Auftrag, das Fernsprechnetz des Landes weiter auszubauen und zu modernisieren. Mit über fünf Mill. Hauptanschlüssen steht Taiwan mit an der Spitze der Länder in Ostasien.

BECK & CO. / Umsatz der Brauerei noch stärker als der Ausstoß gestiegen

Die Bremer weiter auf Erfolgskurs

HANS BAUMANN, Bremen

Die Beck-Gruppe unter der Obergesellschaft Beck GmbH & Co., Bremen, bleibt in ihrer Erfolgsserie. Im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) erhöhte sie ihren Getränkeabsatz um 2,8 Prozent auf 3,7 Mill. Hektoliter, davon *Bier 3,1 Mill. Hektoliter*, was einem Zuwachs von bemerkenswerten 4,5 (7,1) Prozent entspricht. Damit ist Beck & Co. mit seinen 64 Kommanditisten die größte deutsche Privatbrauerei. Der Absatz an alkoholfreien Getränken ging jedoch um 4,8 Prozent auf rund 0,6 Mill. hl zurück.

Die gute Entwicklung des Ausstoßes wird vom Umsatz überstrahlt. In der Gruppe wurden mit 758,5 Mill. DM 10,1 Prozent mehr umgesetzt. Auf den Getränkeumsatz entfielen davon 642,8 Mill. DM, das ist ein Plus von 8 Prozent. Der hohe Dollar hat dazu im Überseegeschäft mit einem Mehrerlös von rund 10 Mill. DM beigetragen, erklärte Finanzgeschäftsführer Horst Brandt. Der Umsatzanstieg resultiert jedoch wesentlich aus dem hohen Preisniveau namentlich von Beck's.

Das Auslandsgeschäft war es schließlich auch, das den Ausstoß erneut voranbrachte. Es erhöhte sich im Berichtsjahr um 13,6 Prozent auf knapp 1,4 Mill. hl, wovon 44 (41) Prozent auf die Marke Beck's entfallen. Im Kalenderjahr 1984, so Geschäftsführer *Josef* Hattig (Marketing und Technik), kam der Export weiter auf 1,5 Mill. hl voran, davon allein in die USA über 1 Mill. hl. 50 Prozent der in Dollar fakturierten Geschäfte sind gegen Währungsschwankungen abgesichert. Josef Hattig: „Die Bedeutung des US-Geschäftes für Beck & Co. geht daraus hervor, daß die Bremer *knapp 80 Prozent ihrer Bierlieferungen* aus der Bundesrepublik in die USA bestreiten.

Nicht so gute Noten gibt die Geschäftsführung dem Inlandsmarkt. Der „wilde Norden", in dem mit der Halbliterdose rigoros „Land genommen" wird, hat auch bei Beck & Co. zu Inlandseinbußen um 2 Prozent geführt, vornehmlich bei der Marke Haake-Beck. Daß daran auch die hohe Arbeitslosigkeit in Bremen (14 Prozent), die Arbeitskämpfe und die Witterung beigetragen haben, mag richtig sein, obwohl diese Einflüsse wettbewerbsneutral sind.

Von Bedeutung scheint eher zu sein, daß Haake-Beck aus konzeptionellen Gründen bei seinem kaum nennenswerten Einweggebinde geblieben ist und „vorerst" bleiben will. Immerhin nahm der Dosenanteil im Berichtsjahr in Norddeutschland um 18 Prozent zu: allein in Hamburg/Schleswig-Holstein stieg er binnen zwei Jahren von 19 auf 30 Prozent.

Die Premiummarke „Beck's" die im Vorjahr noch 6,7 Prozent auf 700 000 hl beim Ausstoß zulegen konnte, *mußte* sich im Berichtsjahr mit einem „ausgeglichenen Mengenergebnis" begnügen. Die Medien-Aufwendungen allein für Beck's beziffert Josef Hattig mit rund 10 DM je Hektoliter, eine stolze Zahl in der Branche. Doch Hattig: „Es können auch noch mehr werden."

Zum Zahlenwerk, soweit es die Publizitätspflicht bei diesem Privatunternehmen erzwingt: Die Investitionen von 74,7 (52,6) Mill. DM gehen weit über die vorjährigen Vorausschätzungen hinaus. Allerdings kam mit 12 Mill. DM die Glashütte Wahlstedt von der Veba bei der konsolidierten Tochter Hilmy, Holscher & Co. hinzu. Für 1984/85 gibt Horst Brandt den Sachaufwand mit 50 Mill. DM an. Die schon im Finanzaufwand stehenden 37 Mill. DM für „Ausleihungen" bei Beck & Co. können sich weiter um 10 Prozent erhöhen.

Die Sachinvestitionen betrugen in den letzten fünf Jahren 260 Mill. DM. Der Brutto-cash-flow von 110 (85) Mill. DM erlaubt nicht nur die Finanzierung aus eigenen Mitteln, sondern auch einen Abbau der Fremdmittel von 118 auf 111 Mill. DM. Die Liquidität stieg von 120 auf 128,6 Mill. DM. Für 1982/83 zahlte Haake-Beck AG an Mutter Beck GmbH & Co. 16 Prozent Dividende. Der Beschluß für 1983/84 steht noch aus. Was den Kommanditisten bei 157 (144) Mill. DM Eigenmitteln überwiesen wird, darüber schweigt die Geschäftsführung.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Renten leicht nachgebend

Obwohl sich in den USA eine weitere Zinssenkung abzuzeichnen scheint, gaben die Kurse deutscher öffentlicher Anleihen bis zu 0,20 Prozentpunkte nach. Für die Großanleger ist die Frage einer Lombardsatzerhöhung keineswegs ausgestanden, deshalb halten sie sich zurück. Als zunehmende Belastung erweist sich außerdem der Markt für Auslandsanleihen, der wegen der vielen Neuemissionen völlig verstopft ist. Kritisiert werden die Konditionen, die der veränderten Zinssituation nicht mehr gerecht werden. Bei den Pfandbriefen gab es nur geringe Veränderungen.

	22. 1.	21. 1.
M 7 dgl. Pf 20	100G	100bG
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	102,5bG	102,5bG
7 dgl. Pf 31	101G	101G
6 dgl. Pf 34	98,25	98,25
6½ dgl. Pf 37	99,5	99,5G
8 dgl. Pf 51	100,15G	100,15G
Hn5 BrHam. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	95,25G	95,25G
7½ dgl. Pf 87	100,5G	100,5G
6 dgl. KS 29	86,25G	86,25G
7 dgl. KS 30	101,35G	101,35G

	22. 1.	21. 1.
Hn8 dgl. Pf 10	100,1bG	100,1bG
9 dgl. KO 53	100,75G	100,75G
7½ dgl. IS 6	102,3G	102,3G
10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F 5 Pfälz Hypo. Pf 48	115G	115G
6 dgl. Pf 58	89,9G	89,9G
6 dgl. Pf 95	85G	85G
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	129G	129G
5½ dgl. K	107G	107G
4 dgl. Pf 16	104G	104G

	22. 1.	21. 1.
F 7½ dgl. RS 27	101,5G	101,5G
8½ dgl. RS 60	99,75G	99,75G
7 dgl. 94	100,35	100,35
7 dgl. 99	100,15G	100,15G
8 dgl. 101	103,5G	103,5G
7½ dgl. 102	102,25G	102,25G
9½ dgl. 126	105,9G	105,9G
D 8 LAG TS 76	101,3G	101,3G
6½ dgl. TS 77	100,2	100,2
5½ dgl. 78	97,3G	97,3G
7 dgl. 79	101	101

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

		22. 1.	21. 1.
7 dgl. 77	2.87	101,45G	101,45
6 dgl. 77	9.87	99,45G	99,45
6 dgl. 78 II	7.88	98,6	98,6

Industrieanleihen

Sonderinstitute

Optionsscheine

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM



Warenpreise – Termine

Nur leicht befestigen konnten sich zum Wochenbeginn die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Dagegen konnte Kupfer deutliche Gewinne erzielen. Kleine Aufschläge in den vorderen Sichten und geringe Einbußen in den entfernteren Kontrakten verzeichnete Kaffee. Fester in allen Sichten schloß Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

	21. 1.	18. 1.
Weizen Chicago (c/bush)		
März	349,00	350,75
Mai	342,75	343,25
Juli	333,25	332,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)	21. 1.	18. 1.
Wheat Board cif. St. Lawrence 1 CW	249,19	249,19
Amber Durum	249,49	249,49
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	140,30	140,50
Mai	144,40	144,40
Juli	148,40	148,00
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	129,70	129,30
Mai	130,10	130,00
Juli	129,70	129,70
Hafer Chicago (c/bush)	21. 1.	18. 1.
März	176,50	177,00
Mai	174,75	175,00
Juli	171,50	171,00
Mais Chicago (c/bush)		
März	273,00	272,50
Mai	280,00	279,25
Juli	283,00	282,50
Gerste Winnipeg (can. $/t)	21. 1.	18. 1.
März	136,30	135,90
Mai	137,40	137,20
Juli	136,50	136,20

Genußmittel

	21. 1.	18. 1.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. März	148,25	148,10
Mai	144,50	144,05
Juli	142,10	141,90
Kakao New York ($/t)	21. 1.	18. 1.
Terminkontr. März	2216	2184
Mai	2232	2208
Juli	2220	2185
Umsatz	1100	2818
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	4,34	4,08
Mai	4,73	4,44
Juli	5,10	4,85
Sept.	5,38	5,12
Okt.	5,52	5,30
Umsatz	10 855	–
Isa-Preis fob karib. Häfen (US-c/lb)	21. 1. 3,55	18. 1. 3,64
Kaffee London (£/t) Robusta-	21. 1.	18. 1.
Kontrakt Jan.	2357–2360	2360–2365
März	2378–2379	2377–2379
Mai	2375–2377	2372–2373
Umsatz	1761	3402
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt März	2086–2087	2073–2074
Mai	2101–2103	2083–2084
Juli	2090–2095	2079–2082
Umsatz	3253	6129
Zucker London ($/t), Nr. 6		
März	121,80–122,00	121,60–122,00
Mai	128,80–129,00	128,60–129,00
Aug.	139,00–139,20	139,20–139,60
Umsatz	1189	1939
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	21. 1.	18. 1.
schw. Sarawak spez.	465,00	460,00
weißer Sarawak	695,00	690,00
weißer Muntok	705,00	700,00
Orangensaft New York (c/lb)	21. 1.	18. 1.
März	169,55	161,05
Mai	170,25	164,55
Juni	170,75	165,25
Sept.	168,50	165,75
Nov.	166,50	163,50
Umsatz	50	–

Öle, Fette, Tierprodukte

	21. 1.	18. 1.
Erdnußöl New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk	38,00	38,00
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	29,00	29,00
Sojaöl Chicago (c/lb) Jan.	28,00	27,25
März	26,95	26,45
Mai	26,40	25,90
Juli	25,95	25,55
Aug.	25,55	25,35
Sept.	25,25	25,10
Okt.	24,55	24,40
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk	26,00	26,00
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	24,50	25,00
Choise white hog 4% fr. F.	19,25	19,50
Talg New York (c/lb)		
top white	20,50	20,50
fancy	20,25	20,25
bleichfähig	18,50	18,50
yellow max. 10% fr. F.	17,25	17,25
Schweine Chicago (c/lb)		
Febr.	51,05	52,00
April	48,15	58,95
Juni	53,40	54,10
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	70,17	72,30
März	70,55	72,60
Mai	71,92	74,00
Häute Chicago (c/lb)	21. 1.	18. 1.
Ochsen einh. schwere River Northern	45,00	46,50
Kühe einh. schwere River Northern	46,00	44,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Jan.	598,00	596,50
März	608,25	606,50
Mai	620,50	617,00
Juli	629,50	626,50
Aug.	630,00	627,00
Sept.	622,50	618,00
Nov.	624,00	616,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Jan.	142,00	143,20
März	146,30	147,50
Mai	151,70	152,40
Juli	156,80	157,50
Aug.	159,10	159,50
Sept.	159,50	159,50
Okt.	159,50	159,50
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	21. 1.	18. 1.
März	355,70	354,50
Mai	362,30	361,50
Juli	366,50	365,80
Kokosöl New York (c/lb)	21. 1.	18. 1.
Westküste fob Werk	41,00	41,00
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	22. 1.	21. 1.
jegl. Herk. cif	905,00	915,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	580,00	585,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	580,00	580,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	237,50	236,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	895,00	885,00
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	209,00	203,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	21. 1.	18. 1.
Baumwolle New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 2:		
März	66,04	65,95
Mai	67,07	67,00
Juli	67,96	67,88
Okt.	67,40	67,37
Dez.	67,45	67,45
März	68,65	68,65
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS–1	42,00	42,00
Wolle Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	21. 1.	18. 1.
Jan.	517	518
März	516–517	515–517
Mai	525–526	524–525
Umsatz	31	45
Wolle Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	21. 1.	18. 1.
März	53,50	53,50
Mai	53,50	53,50
Juli	53,50	53,50
Aug.	53,70	53,70
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		
Wolle Sydney (austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle Standardtype	21. 1.	18. 1.
März	587,00–588,00	unerh.
Juli	592,00–594,00	unerh.
Umsatz	54	unerh.
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	21. 1.	18. 1.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	21. 1.	18. 1.
Jan.	12 217	12 210
Febr.	12 309	12 267
Kautschuk London (p/kg)	21. 1.	18. 1.
Nr. 1 RSS loco	64,00–66,00	64,00–66,00
Febr.	58,50–63,50	63,50
März	–	59,50–64,50
April	61,00–65,50	61,00
Tendenz: nominell		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	21. 1.	18. 1.
Febr.	192,00–193,00	190,50–191,50
März	194,25–195,00	192,50–193,50
Nr. 2 RSS Febr.	182,50–183,50	181,50–182,50
Nr. 3 RSS Febr.	179,00–180,00	178,00–179,00
Nr. 4 RSS Febr.	172,00–173,00	171,00–172,00
Tendenz: ruhiger, stetig		
Jute London (£/lgt)	18. 1.	15. 1.
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 Troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	22. 1.	21. 1.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	355,58–355,95	357,98–358,32
drittfolg. Monat	365,95–366,13	367,97–368,33
Blei: Basis London		
laufend. Monat	131,81–132,16	132,67–133,03
drittfolg. Monat	122,34–122,52	119,44–119,80
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1603,63–1607,40	1588,53–1591,32
drittfolg. Monat	1596,69–1598,47	1593,11–1594,90
Zink: Basis London		
laufend. Monat	263,26–263,44	260,33–260,51
drittfolg. Monat	261,47–261,83	258,55–258,90
Produz.-Preis	265,21	265,48
Feinzinn 99,9%	4102–4143	4085–4125

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	22. 1.	21. 1.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	453,62–455,61	453,61–455,40
Blei in Kabeln	139,50–140,50	140,50–141,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	22. 1.	21. 1.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	423–424	423–424
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	458	458
MS 63	457–462	456–462

Zinn-Preis Penang

	21. 1.	18. 1.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	22. 1.	21. 1.
Leg. 225	395–420	395–420
Leg. 226	397–422	397–422
Leg. 231	430–452	430–452
Leg. 233	440–462	440–462

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	22. 1.	21. 1.
Platin (DM je g)	30,908	30,709
Gold (DM je kg Feingold)		
Barren-Vkfpr.	31 750	31 750
Rücknahmepr.	31 700	31 000
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	31 960	31 940
Rücknahmepr.	31 170	31 150
verarbeitet	33 530	33 510
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	31 440	31 390
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	652,70	648,70
Rücknahmepr.	633,60	629,70
verarbeitet	681,40	677,10

Internationale Edelmetalle

	22. 1.	21. 1.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	306,85	307,00
15.00	306,90	307,25
Zürich mittags	307,10–307,60	306,50–307,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	96 150	96 100
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	554,80	550,85
3 Monate	570,30	566,50
6 Monate	585,25	581,15
12 Monate	615,50	611,25
Platin (£-Feinunze) London	21. 1.	18. 1.
fr. Markt	243,10	245,55
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	106,45	106,30

New Yorker Preise

	21. 1.	18. 1.
Gold H & H Ankauf	307,25	308,00
Silber H & H Ankauf	627,50	626,00
Platin fr. Händlerpr.	269,00–272,00	269,00–272,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	119,25–120,25	118,75–119,75
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Jan.	628,30	628,10
Febr.	629,00	629,50
März	633,00	632,00
Mai	642,00	640,00
Juli	652,00	650,00
Sept.	661,60	663,00
Dez.	677,70	675,50
Umsatz	17 000	21 000

New Yorker Metallbörse

	21. 1.	18. 1.
Kupfer (c/lb)		
Jan.	61,25	60,75
März	61,55	61,00
Mai	61,90	61,20
Juli	62,20	61,30
Sept.	62,40	61,90
Dez.	62,60	62,05
Jan.	62,85	62,15
Umsatz	11 000	16 000

Londoner Metallbörse

	22. 1.	21. 1.
Aluminium (£/t) Kasse	995,50–996,50	997,50–998,00
3 Monate	1024,5–1025,0	1027,0–1027,5
Blei (£/t) Kasse	369,00–370,00	366,00–369,00
3 Monate	342,50–343,00	339,00–339,50
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1250,0–1250,5	1248,0–1248,5
3 Monate	1253,0–1253,5	1248,5–1249,0
abends Kasse	–	1246,0–1247,0
3 Monate	–	1249,0–1249,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1242,0–1244,0	1224,0–1226,0
3 Monate	1249,0–1250,0	1235,0–1236,0
Zink (£/t) Kasse	737,00–737,50	730,00–731,00
3 Monate	732,00–733,00	726,00–727,00
Zinn (£/t) Kasse	9765–9770	9680–9685
3 Monate	9709–9711	9690–9695
Quecksilber ($/Fl.)	–	300–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	65–70

Nach Aufschwung abbröckelnd

New Yorker Hausse ohne nachhaltige Auswirkung

DW. – Unter dem Eindruck der wieder in Gang gekommenen Aufwärtsbewegung an der New Yorker Börse kam es auf dem deutschen Aktienmarkt zunächst zu einer neuen Kaufwelle bei steigenden Kursen. Als in der zweiten Börsenstunde die Zahl der Kauforder nachließ, kam es zu verstärkten Gewinnmitnahmen, an denen auch Ausländer beteiligt gewesen sein sollen. Dadurch ging der größte Teil der anfangs eingetretenen Kursgewinne wieder verloren. Einzelne Papiere schlossen sogar unter ihrem Vortagsstand.

Belebt hat sich die Nachfrage nach KHD-Aktien, die sich gegenüber dem Vortag deutlich verbesserten. Im Mittelpunkt der Maschinenbauaktien standen allerdings die Papiere von IWKA, die mehr als 10 DM zugelegt haben. Am Markt für Versicherungswerte konnten sich Allianz behaupten, während sich Aachen Münchner Beteiligung wegen Gewinnmitnahmen deutliche Abschläge gefallen lassen mußte. Von den Elektrowerten machten PKI durch größere Schwankungen von sich reden. Die Phase der Gewinnmitnahmen scheint hier noch nicht abgeschlossen zu sein. Mit dem Einsetzen des Tauwetters schmolz auch der Kali u.Salz-Kurs, der in den vorangegangenen Tagen von dem Streusalzgeschäft des Unternehmens zusätzliche Impulse empfangen hatte.

Düsseldorf: Audi NSU, Heinrich und Keramag erhöhten je um 5 DM. Conc. Chemie stockten um 10 DM und Leffers um 6 DM auf. Mauser verbesserten sich um 3,50 DM. Nachgegeben haben Deutsche Atlanten um 5 DM und Dyckerhoff St. um 3 DM. Bei den Versicherungen verloren Aachen Münchner Bet. 48 DM und Allianz Leben 290 DM.

Frankfurt: ADT AG verminderten um 3 DM auf 59 DM und Deutsche Texaco um 9 DM auf 190 DM. Hartmann & Braun Stämme stockten um 20 DM auf 580 DM auf und Seitz Enzinger Union gaben um 8,10 DM auf 157 DM nach. Steigenberger verloren 150 DM.

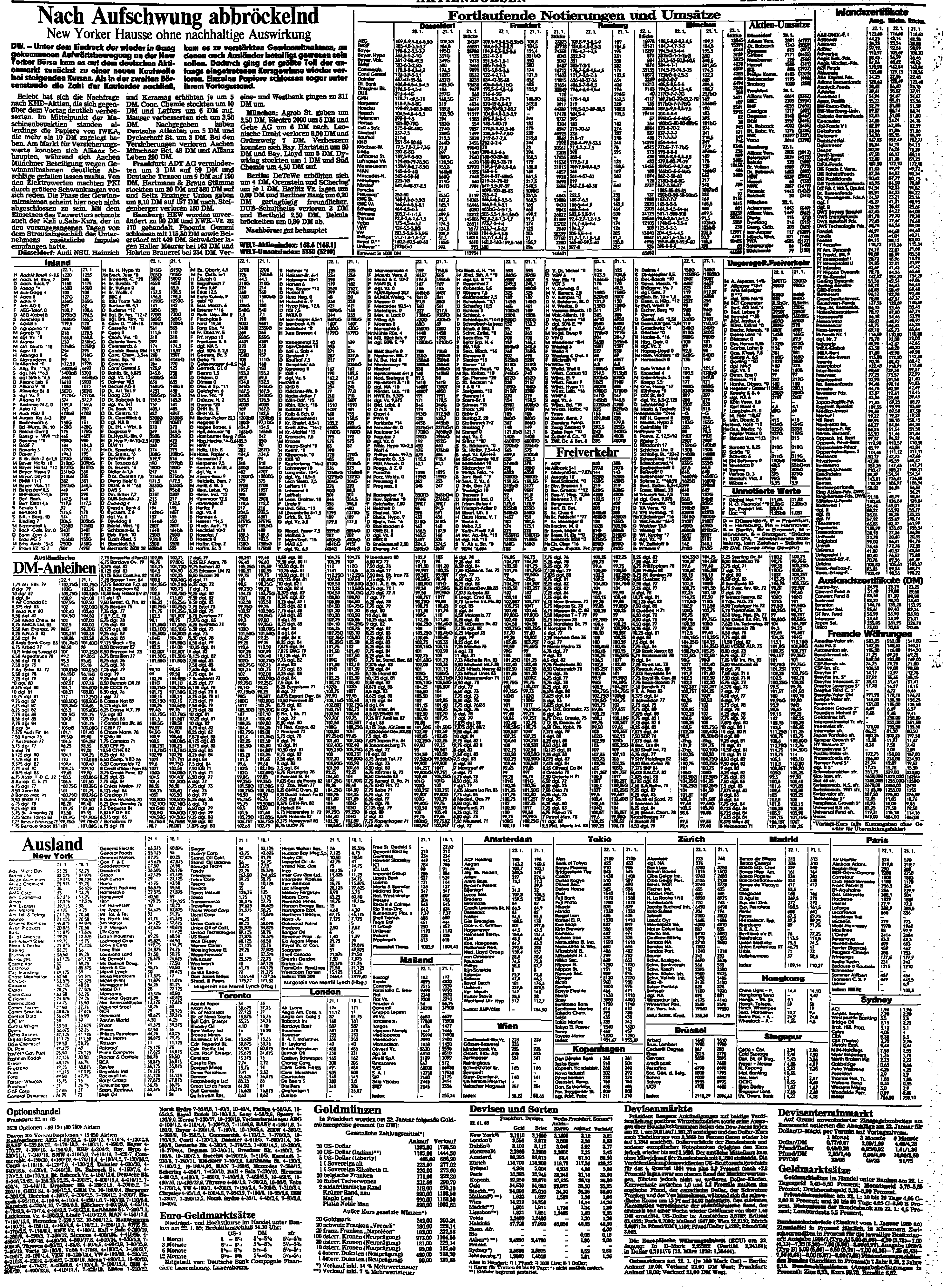
Hamburg: HEW wurden unverändert zu 90 DM und NWK-Vz. zu 170 gehandelt. Phoenix Gummi schlossen mit 115,50 DM sowie Beiersdorf mit 449 DM. Schwächer lagen Haller Meurer bei 163 DM und Holsten Brauerei bei 254 DM. Vereins- und Westbank gingen zu 311 DM um.

München: Agrob St. gaben um 2,50 DM, Electro 2000 um 5 DM und Gehe AG um 6 DM nach. Leonische Draht verloren 8,50 DM und Grünzweig 7 DM. Verbessern konnten sich Bay. Hartstein um 60 DM und Bay. Lloyd um 5 DM. Dywidag stockten um 1 DM und Süd Chemie um 4,50 DM auf.

Berlin: DeTeWe erhöhten sich um 4 DM, Orenstein und SChering um je 1 DM. Herlitz Vz. lagen um 0,80 DM und Berliner Bank um 0,20 DM geringfügig freundlicher. DUB-Schultheiss verloren 3 DM und Berthold 2,50 DM. Bekula bröckelten um 0,80 DM ab.

Nachbörse: gut behauptet

WELT-Aktienindex: 168,6 (168,1)
WELT-Umsatzindex: 5550 (5210)



Optionshandel

Frankfurt: 22. 01. 85

1628 Optionen = 88 150 (80 750) Aktien

Davon 305 Verkaufsoptionen = 15 950 Aktien

Kaufoptionen: AEG 4-90/23,2, 4-100/12, 4-110/4, 4-120/2,5, **BASF** 4-159,65/27, 4-170/18,5, 4-180/11, 4-190/5, **Bayer** 4-170/27, 4-180/18, 4-190/9,8, **BHF** 4-300/2, **Bay. Hypo** 4-330/11,1, 7-340/16, **BMW** 4-410/5,6, 7-410/10, 7-420/7, **Commerzbk.** 4-150/30, 4-160/20, 4-170/10,4, 4-180/4,2, 7-170/16,2, **Conti** 4-110/15, 4-120/7,6, 4-130/2,8, **Daimler** 4-630/30, 4-640/16,5, 4-650/8, 7-640/25, **Dt. Babcock St.** 4-160/7,6, 4-170/2,5, 10-170/9,9, **Dt. Babcock Vz.** 4-150/13,6, **Deutsche Bk.** 4-346,75/62, 4-356,75/52,25, 4-390/27, 4-400/19,4, 4-410/11, 7-450/4, 10-440/12, **Dresdner Bk.** 4-180/21,5, 4-200/5,2, 7-200/10, **GHH St.** 4-160/12,5, **GHH Vz.** 10-160/9,4, **Harpener** 4-300/28, **Hoechst** 4-190/7, 4-200/2,5, 7-190/12, 7-200/7, **Hoesch** 4-95/10,4, 4-100/8, 4-110/4, 4-120/1,6, 7-100/12, 7-110/6,6, **Karstadt** 4-250/4,10, 7-250/6,5, **Klöckner** 4-60/18,8, 4-65/14, 4-70/9,3, 4-75/7,4, 4-80/3,5, 7-60/22,8, **Lufthansa St.** 7-200/7,1, **Lufthansa Vz.** 4-190/3,3, **Linde** 7-410/12,6, **MAN** 4-150/17,6, 7-160/15,6, **Mercedes** 7-530,5/32, 10-580/12,4, **Mannesmann** 4-140/21, 4-150/13, 4-160/4,9, 4-170/2,1, 7-150/15,1, **RWE St.** 4-170/3,5, 7-170/8,4, **RWE Vz.** 4-160/1, **Kali + Salz** 4-260/19, 4-280/9, 4-290/5, 7-280/12, **Siemens** 4-400/105, 4-410/95, 4-450/57, 4-460/46, 4-480/30, 4-500/17,6, 4-510/14, 4-530/5,8, 7-500/28, **Thyssen** 4-80/13, 4-85/8, 4-90/5,5, 4-95/2,9, 7-80/15,9, 7-85/13, **Varta** 10-180/9, **Veba** 4-170/8, 4-180/2,4, 7-180/3,7, 7-190/2, 10-180/4,4, **VEW** 10-120/12,4, **VW** 4-190/20, 4-200/12, 4-210/6, 4-220/4, 4-230/2, 7-200/18, **Alcan** 7-890/7,1, 10-90/10, **Chrysler** 4-75/32, 4-100/8,6, 4-110/4,5, 7-100/13,4, **IBM** 4-390/20, 4-400/18,6, 4-410/14,4, 7-420/18, **Litton** 7-210/22, **Norsk Hydro** 7-35/8,5, 7-40/3, 10-40/4, **Philips** 4-50/3,6, 10-55/3,5, **Royal Dutch** 10-160/8,5, **Sony** 4-50/2,6, **Sperry** 4-130/9,6, **Xerox** 7-120/17, 10-120/19. **Verkaufsoptionen: AEG** 4-100/1,2, 4-110/4,4, 7-100/2,9, 7-110/6,9, **BASF** 4-180/1,8, 7-180/3, **Bayer** 4-190/1,6, 7-190/4, 10-190/5,4, **BMW** 4-380/2, 4-380/8, 10-350/5,1, **Commerzbk.** 4-170/1,2, 7-170/3,5, 10-170/4,9, **Conti** 4-120/1,5, **Daimler** 4-610/5, 7-600/11,4, 10-580/9, **Deutsche Bk.** 4-380/2, 7-370/2,5, 7-400/14,5, 10-380/3, 10-370/6,4, **Degussa** 10-340/11, **Dresdner Bk.** 4-190/2, 7-190/5, 10-180/2,5, **Hoechst** 4-190/2,5, 7-110/5, **Karstadt** 7-230/6, 7-240/11, **Klöckner** 7-70/2,6, **Lufthansa St.** 4-190/5, 7-180/3,2, 10-180/4,95, **MAN** 7-160/6, **Mercedes** 7-550/15, **Schering** 4-450/7, 7-450/10, **Kali + Salz** 7-270/10, **Siemens** 4-80/3,5, 4-490/8, 7-460/3, 7-470/5,8, 7-480/6,5, 10-460/6, 10-480/10, 10-490/13,8, **Thyssen** 4-90/1,9, 7-90/2,5, 10-90/5, **Veba** 7-170/1,4, **VW** 4-190/1, 4-200/3, 7-190/2,4, 7-200/5, 7-210/8,4, **Chrysler** 4-95/1,6, 4-100/4,5, 7-95/3,9, 7-100/6, 10-95/5,6, **IBM** 7-380/7, 7-390/13,5, **Norsk Hydro** 4-35/1, 4-40/2,4, 7-40/3,6, 10-40/4.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Hochstkurse im Handel unter Banken am 22. 1. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8 – 8¼	6⅛–5⅜	5⅛–5⅜
3 Monate	8¼– 8½	5⅝–5⅞	5⅛–5⅜
6 Monate	8⅝– 8⅞	5½–6	5⅛–5½
12 Monate	9½– 9¾	5⅞–6⅛	5⅛–5½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financiere Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 22. Januar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1395,00	1738,50
10 US-Dollar (Indian)**)	1185,00	1444,50
5 US-Dollar (Liberty)	485,00	686,90
1 £ Sovereign alt	223,00	277,02
1 £ Sovereign Elizabeth II.	220,00	273,60
20 belgische Franken	171,00	222,30
10 Rubel Tscherwonez	231,00	290,70
2 südafrikanische Rand	218,00	270,18
Krüger Rand, neu	990,00	1168,50
Maple Leaf	990,00	1168,50
Platin Noble Man	898,00	1063,62

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	242,00	303,24
20 schweiz Franken „Vreneli"	180,00	229,14
20 franz. Franken „Napoléon"	183,00	232,56
100 österr. Kronen (Neuprägung)	973,00	1104,66
20 österr. Kronen (Neuprägung)	181,00	229,14
10 österr. Kronen (Neuprägung)	95,00	125,40
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	420,00	518,70
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	90,00	135,66

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

22. 01. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	3,1610	3,1690	3,1588	3,12	3,21
London¹)	3,558	3,572	3,508	3,50	3,65
Dublin¹)	3,103	3,117	3,046	3,02	3,17
Montreal³)	2,3900	2,3980	2,3802	2,35	2,45
Amsterd.	88,395	88,615	88,4	87,50	89,50
Zürich	118,700	118,900	118,79	117,50	120,25
Brüssel	4,984	5,004	4,935	4,89	5,09
Paris	32,585	32,745	32,245	31,75	33,50
Kopenh.	27,950	28,070	27,625	26,75	28,50
Oslo	34,530	34,650	33,975	33,50	35,25
Stockh.**)	34,850	35,010	34,20	34,25	36,00
Mailand²) **)	1,622	1,627	1,592	1,58	1,66
Wien	14,219	14,259	–	14,14	14,38
Madrid**)	1,801	1,811	1,724	1,74	1,86
Lissabon**)	1,831	1,851	1,2485	1,43	2,25
Tokio	1,2460	1,2490	–	1,20	1,28
Helsinki	47,720	47,920	46,856	46,75	48,50
Buen. Air.	–	–	–	–	4,00
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,4250	2,4790	–	1,90	2,80
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,5695	2,5875	–	2,53	2,63
Johannesbg.*)	1,3820	1,4015	–	1,01	1,26

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Präsident Reagans Ankündigungen auf baldige Veröffentlichung positiver Wirtschaftsdaten sowie seine Aussagen über Haushaltskürzungen ließen den Dow Jones Index am 22. 1. um 34,01 auf 1.261,37 ansteigen und den Dollar-Kurs nach Tiefstkursen von 3,1660 im Fernen Osten wieder bis auf 3,1845 anziehen. Dollarverkäufe der Bundesbank und anderer europäischer Notenbanken drückten den Kurs jedoch wieder bis auf 3,1600. Der amtliche Mittelkurs kam ohne Mitwirkung der Bundesbank mit 3,1650 zustande. Die Veröffentlichung des revidierten US-Bruttosozialprodukts für das 4. Quartal 1984 von plus 3,9 Prozent (nach +2,8 Prozent) lagen zwar am oberen Rand der Markterwartungen, führten jedoch nicht zu weiteren Dollar-Käufen. Kursverluste zwischen 1,0 und 2,2 Promille mußten das englische Pfund, der canadische Dollar, der Schweizer Franken und der Yen hinnehmen, während sich die schwedische Krone um 13 Pf auf 34,93 befestigte. Den stärksten Kursanstieg verzeichnete der südafrikanische Rand, der erstmals seit einer Woche wieder Geldkurse von über 1,40 DM erreichte. US-Dollar in: Amsterdam 3,5785; Brüssel 63,4325; Paris 9,7000; Mailand 1947,80; Wien 22,2150; Zürich 2,6657; Ir. Pfund/DM 3,1100; Pfund/Dollar 1,1267; Pfund/DM 3,565.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 22. Januar: In D-Mark 2,22322 (Parität 2,24184); in Dollar 0,701176 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 22. 1. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Auf Grund unveränderter Zinsgegebenheiten am Euromarkt notierten die Abschläge am 22. Januar für Dollar/D-Mark per Termin auf Vortagsniveau.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,77/0,67	2,09/1,99	4,48/4,28
Pfund/Dollar	0,40/0,38	0,95/0,92	1,41/1,36
Pfund/DM	2,80/1,40	6,00/4,60	10,00/8,60
FF/DM	23/06	49/33	91/75

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 22. 1.: Tagesgeld 5,40–5,50 Prozent; Monatsgeld 5,70–5,85 Prozent; Dreimonatsgeld 5,75–5,90 Prozent.

Privatdiskontsätze am 22. 1.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 22. 1.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,50 (6,56) – 8,00 (6,77). Ausgabe 1985/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,00 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,50 (6,65) – 8,00 (6,87) – 8,00 (7,03) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,15. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,70, Rendite 6,82.

Sehnsucht nach Stibbe

P. Jo. – „Revanchismus beherrscht die BRD!" tönt es aus den Ostmedien. Und als Beweis gelten jegliche Regungen, die die deutsche Heimat entlang der ganzen Elbe sehen. Wer sich nicht mit der neuen Kleinstaaterei, die wie seinerzeit, als der Begriff aufkam, meist auch Tyrannei in weiten Teilen einschloß, abzufinden bereit ist, muß sich „Revanchist" nennen lassen.

Das wird vor allem auf Politiker *gemünzt. Aber die einzigen, die sich* grenzenlose Gedanken machen, scheinen sie nicht zu sein. Udo Lindenberg will mit dem „Sonderzug nach Pankow" aufbrechen, und Reinhard Mey läßt uns wissen: „Ich würde gern einmal in Dresden singen, *in Jena, Leipzig, Rostock und* Schwerin", denn diese Orte „kenne ich nur aus zweiter Hand".

Es sind auch nicht nur jene, denen diese Orte aus erster Hand vertraut sind, die – ausgewiesen, ausgetrieben – nun, „Tränen des Vaterlands" im Auge, ihr Leipzig loben – wie Erich Loest –, der grünen Heimat Greiz nachtrauern – wie Reiner Kunze – oder der Scherbenspur einer mecklenburgischen Jugend – wie Ulrich Schacht. Es sind die unerwarteten Entdeckungen, die plötzlich der nahen Fremde ihre Fremdheit nehmen.

Wolfdietrich Schnurre, der Berliner aus Frankfurt am Main, bekannte in seinem Gedicht „Wissensdrang", daß ihm weder Rom, London, Paris noch „das gern gepriesene Manhattan" vertraut seien, denn „ich habe ein Vorurteil gegen Städte, die in jedermanns Mund sind". Seine Sehnsucht zielt auf andere Orte:

„Dagegen träte ich gern einmal wieder
unbenagelten Schuhs
in die Barbierstube in Stibbe,
einem verschwindend winzigen Ort
oben in Pommern, und ließe mir,
während das gefräßige Messer
knirschend über die Bartweide zieht,
vom Bader erklären
wie man ein Hühnerbein schient."

Unsere Herkunft zu vergessen, das ist leichter gesagt als gedacht. „Ein Stein in der Luft würde sich für frei halten", ist bei Spinoza zu lesen, „könnte er die Hand vergessen, die ihn warf."

„La Grande Parade" der modernen Kunstgeschichte: Zum Ende der Ära Edy de Wilde im Stedelijk Museum von Amsterdam

Die große Abschiedsparade der vierzig Artisten

Wer moderne Kunst liebt, den muß diese Ausstellung faszinieren, denn sie vereint mehr als 300 Meisterwerke aus europäischen und amerikanischen Museen und Privat*sammlungen* zu einem eindrucksvollen Querschnitt der Malerei seit 1940. Mit „La Grande Parade" verabschiedet sich Edy de Wilde, Direktor des Stedelijk Museum in Amsterdam seit 1963. Das Konzept und die Auswahlkriterien bei der Zusammenstellung der Künstler tragen deutlich die Handschrift des scheidenden Museumsleiters. „Die Ausstellung will nichts beweisen, nichts illustrieren, es sei denn, die Möglichkeiten der Malerei als Ausdruck einer Anschauung. Sie hat, so besehen, keine theoretische Grundlage", bekennt de Wilde und stellt moderne Maler unterschiedlichster Richtungen nebeneinander, die – jeder auf seine Weise – Ideen und Wirklichkeit bildnerischen Ausdruck verliehen haben.

Nicht die Entwicklung der modernen *Malerei* seit *1940* mit *all* ihren Strömungen wird hier aufgeblättert. Vielmehr in der Gegenüberstellung der jüngeren und jüngsten Malergeneration mit ihren Vorgängern der klassischen Moderne werden Verbindungen, Einflüsse, Gegensätze und Standpunkte deutlich. Das reiche Spätwerk von Künstlern, die schon zu Beginn des Jahrhunderts Berühmtheit erlangt hatten, im Zusammenklang mit der Avantgarde der 80er Jahre ist in erster Linie ein visueller Genuß.

Gerade durch das Miteinander *unterschiedlichster Künstler werden er*staunliche Wechselwirkungen und Beziehungen deutlich. Gewollt oder nicht gewollt, vieles in der Ausstellung trägt Züge moderner Kunstgeschichte. Jedem der 40 Künstler ist ein Raum *gewidmet. Gegensätzliches* und Verbindendes stehen frei und unabhängig, aber in geistigem Zusammenhang nebeneinander.

Der Rundgang beginnt und endet mit Henri Matisse. Die „papiers découpés" nehmen den roten Faden für die gesamte Ausstellung auf: Form, Linie und Farbe als Mittel künstlerischen Ausdrucks. Matisse hat mit dieser Technik der Papiercollagen den „ewigen Konflikt zwischen Farbe und Linie" aufgelöst, und zusammen mit der Form sind sie eine Einheit geworden. Pierre Bonnard blieb dagegen bis ins hohe Alter dem Impressionismus treu. Dem Aufgehen der Formen in Farben in seinen licht*durchfluteten Kompositionen* steht im nächsten Saal Piet Mondriaans Reduktion des Gegenstandes auf lineare Strukturen gegenüber.



Wurde zum Signum der ganzen Ausstellung erklärt: „La Grande Parade" (1954) von Fernand Léger, das Bild, das seinerzeit Edy de Wilde vom New Yorker Guggenheim Museum weggeschnappt wurde FOTO: KATALOG

Der „écriture automatique" des französischen Surrealismus begegnet man in den Fabelwesen von Joan Miró und – in anderer Form – bei Arshile Gorky, der mit seinem Werk nach der Emigration in die USA den Bogen zum amerikanischen Expressionismus und dessen ersten Vertretern – Rothko, Newman, Pollock, Guston und de Kooning – schlägt.

Vincent van Goghs „L'artiste sur la route du Tarascon" inspirierte Francis Bacon zu einer Reihe von Gemälden, aus denen ebenso wie bei „Three Studies for a Crucification" Einsamkeit und Angst sprechen. Auch Alberto Giacomettis langgestreckte Gestalten, isoliert in trist-grauen Räumen, zeugen von Verlassenheit. Ähnlich ist es bei der Serie der „Otages" (Geiseln) von Jean Fautrier, *die während* der deutschen Besatzungszeit entstand. Der Farbe kommt bei ihm neue Bedeutung zu: Sie dient nicht nur als Farbträger, sondern gewinnt auch plastische Qualität, so daß die Gemälde Reliefcharakter ausstrahlen.

„Who is afraid of Red, Yellow and Blue?" beherrscht den Saal von Barnett Newman, der die expressive Kraft und Wirkung der Farben mit Harmonie und Symmetrie zu verbinden trachtete und der zum großen Vorbild für Kelly und Pollock wurde. Was für Newman die Farbe, war für Pollock die Linie, beide Ausdrucksmittel galten laut Matisse als wichtigste Quellen für die Neuerungen in der modernen Malerei. Neben den bekannten Drippingbildern hängen zwei Spätwerke, bei denen Pollock wieder zum Figurativen zurückkehrt.

Breiten Raum nimmt Georges Braque ein. Er überrascht mit seinen *späten, poetischen, pastos gemalten* Landschaften, einem Thema, das die Modernisten sonst meiden. Die besondere Liebe de Wildes gilt neben Willem de Kooning auch Fernand Léger, bei dem ihn das Volksnahe seiner Kunst, das soziale Interesse, ohne Un*terordnung der künstlerischen Frei*heit in hohem Maße anspricht. Zu „La Grande Parade", Thema und Hauptwerk der Schau, hat de Wilde eine eigene Beziehung. In Légers Atelier von diesem Gemälde fasziniert, ihm vom Kunsthandel fest versprochen, mußte de Wilde schließlich doch erleben, daß es ans Guggenheim Museum ging.

Picassos Werk aus den Jahren 1956 bis 1970 ist mit 15 Gemälden prominent vertreten und zeugt von der enormen Kreativität bis ins hohe Alter. De Wilde schreibt dazu: „Wenn Kunst, wie wir denken, das Leben und die Wirklichkeit zum Thema hat, muß man annehmen, daß Künstler, die damit die längste Erfahrung haben, den tiefsten Einblick gewinnen." Die Eingebundenheit auch moderner Künstler in die Tradition dokumentieren Picassos Bilder nach Rembrandt, Velasquez und Manet.

Max Beckmann ist in der Ausstellung der letzte der noch im 19. Jahrhundert geborenen Meister. Während der Emigration in Amsterdam malte er 1941 das „Doppelporträt mit Quappi". „Cabins" erinnert dann an seine Überfahrt nach Amerika. Beides sind Bilder von unerhörter Expressivität, die durch scharfe, schwarze Konturlinien den Farbausdruck angsterweckend verstärken.

Gemeinsam in einem Raum sind die Cobra-Künstler Appel, Constant und Jorn untergebracht. Von den beiden Niederländern werden vor allem jüngere Gemälde wie das energiegeladene „Cattle Slaughter" von Appel (1982) gezeigt.

Bei Dubuffet konnte man weitgehend aus eigenen Beständen schöpfen, die – um die sogenannte Bartserie (1959) erweitert – die ganze Palette seiner amorphen Formsprache vermitteln.

Für Robert Ryman ist Malerei nichts anderes als Farbe auf einem Untergrund, ein Thema, das er in monochromen, stillen Gemälden variiert. Beinahe als Sensation muß angesehen werden, daß in „La Grande Parade" erstmals die über Amerika ver*streuten vier „Maps" von* Jasper Johns zusammen gezeigt werden. Waren nach dem Krieg die Kunstströmungen wie z. B. Minimal-art und Conceptive-art international ausgeprägt, so bekommt in jüngster Zeit die Malerei wieder verstärkt nationalen Charakter. Jasper Johns, Cy Twombly, Georg Baselitz, Enzo Cuchi und Anselm Kiefer finden ihre Motive im eigenen Kulturkreis.

Der Kreis beginnt sich zu schließen. Der Einfluß von Matisse ist deutlich zu spüren bei Robert Mangold und Ellsworth Kelly. Frank Stella behauptet noch seinen Platz in diesem modernen Panartistikum, das mit den Zeitgenossen Hans von Hoek, Julian Schnabel, Brice Marden, Jan Dibbets, Sigmar Polke, Sol LeWitt und Daniel Buren beendet wird. (Bis 15. April; Katalog 49,50 hfl.)

DOROTHEE von FLEMMING

JOURNAL

Querelen bei Rowohlt für beendet erklärt

DW. Stuttgart

Die Diskussion um den designierten Verlagsleiter bei Rowohlt, Michael Naumann, ist beendet. Dies gab die Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck in Stuttgart bekannt. Es wurde ferner mitgeteilt, daß sich Lektorate und Belegschaft der Rowohlt Verlage in Reinbek „einmütig zur Fortsetzung ihrer Arbeit im Rahmen der traditionellen Linie des Hauses und unter der künftigen verlegerischen Leitung" bereit erklärt hätten. Die Holtzbrinck-Verlagsgruppe, zu der Rowohlt gehört, sah sich zu der Erklärung veranlaßt, nachdem die Lektoren und ein Teil der Autoren erklärt hatten, durch die Ernennung Naumanns sei der traditionelle und liberale Kurs des Verlages in Gefahr.

Schwegler neuer Direktor der Düsseldorfer Akademie

dpa, Düsseldorf

Zum neuen Direktor hat der Senat der Staatlichen Kunstakademie in Düsseldorf den Maler Fritz Schwegler gewählt. Der 1935 geborene Künstler ist seit den 60er Jahren Dozent an der Akademie und leitet seit 1975 als Professor eine *Malklasse.* Nach *Auseinandersetzungen* um den Direktorenposten befürchtet Schwegler einen „rechtlichen Schwanz" als Folge seiner Wahl. Die Senatsentscheidung muß noch vom Wissenschaftsminister des Landes Nordrhein-Westfalen bestätigt werden.

China eröffnet Hochschule für chinesische Tradition

AP, Peking

In Peking wird im Mai eine Hochschule für das Studium des Konfuzianismus und der traditionellen chinesischen Kultur eröffnet werden. Die neue Akademie, deren Kapazität zunächst auf 300 Studienplätze angelegt ist, soll auch ausländischen Interessenten offenstehen. Bewerben können sich jedoch nur Studierende, die bereits einen akademischen Grad erwoben haben.

Zuschüsse für Kleintheater in Baden-Württemberg

DW. Stuttgart

Professionelle Kleintheater in Baden-Württemberg erhalten fortan eine bessere staatliche Unterstützung. Dies teilte der baden-württembergische Minister für Wissenschaft und Kunst, Helmut Engler, in Stuttgart mit. Bisher konnten diese Kleintheater erst *dann* gefördert werden, wenn sie mindestens zehn Jahre in Baden-Württemberg bestanden und durch örtliche Institutionen (Gemeinden, Städte, Landkreise) finanziell unterstützt wurden. Von 1985 an können sie schon nach fünfjähriger Existenz einen Landeszuschuß erhalten. Somit erhalten 16 Kleintheater und zehn Marionettentheater Zuschüsse von rund 2,1 Mio. Mark.

Impressionistische Landschaften

AFP, Paris

Unter dem Titel „Impressionismus und französische Landschaften" hat das Pariser Grand Palais für seine nächste große Ausstellung rund 130 Gemälde zusammengetragen. Sie decken etwa 20 Jahre ab und reichen von der Schule von Barbizon bis zum Post-Impressionismus. Anhand der Exponate – rund die Hälfte davon Leihgaben aus den USA – läßt sich eine Art impressionistischer Geographie ablesen. Dazu gehören die Seine-Landschaft, das Meer an der normannischen und bretonischen Küste, Monets norwegische Impressionen und seine Riviera-Bilder sowie die Großstädte London und Paris mit ihren Bahnhöfen, Parks und Boulevards. Die Ausstellung ist vom 6. Februar bis zum 22. April geöffnet.

In der „Wüste" Gobi entsteht ein Nationalpark

Pfade für Trampeltiere

Einer der größten Nationalparks der Welt entsteht zur Zeit in der Äußeren Mongolei. Er soll rund 40 000 Quadratkilometer der Wüste Gobi als „Trans-Altai-Gobi-Nationalpark" vor dem Eindringen der Ölsucher sichern. In diesem Flachland in etwa 1000 Meter Höhe mit extremer Winterkälte und Trockenheit finden mehrere Arten Großwild bis heute ihr letztes oder nahezu letztes Refugium, so z. B. die sogenannten Baktrischen Kamele.

Dieser Nationalpark wird der zweitgrößte der Welt nach dem kanadischen Nationalpark Banff (Alberta) mit rund 75 000 Quadratkilometern sein. Er ist etwa ebenso groß wie der kanadische „Wood-Buffalo"-Park und größer als die berühmten afrikanischen Parks in Kenia, „Tsave" (27 000 qkm) und „Serengeti" (20 000 qkm). Der „Trans-Altai-Gobi-Park" soll außerdem durch Schutzgebiete mit einem „nur" 9000 Quadratkilometer großen „Dsungarei-Nationalpark" verbunden werden. Die beiden Parks machen zusammen ein Zehntel der Wüste Gobi aus und sind damit größer als die Niederlande.

Die Gobi – sie trägt im Chinesischen den Namen „Ozean aus Sand" – ist eine Hochebene, die nicht nur von Sand, Stein- und Geröllfeldern bedeckt ist, sondern ebenso von weiten, fruchtbaren Lößflächen. Sowjetische und mongolische Wissenschaftler haben mehrere Jahre lang die Großfauna inventarisiert, die dort überleben soll.

*Wohl die seltensten und kostbar*sten Tiere sind die rund 700 wilden Baktrischen Kamele, vermutlich die Ahnen der domestizierten „Trampeltiere", genügsame Lastträger Zentralasiens. Sie wurden erst 1955 entdeckt und sind die letzten Wildkamele der Erde *(die Vorfahren der Dromedare* sind längst ausgestorben). Allerdings gibt es Forscher, die behaupten, diese Wildkamele seien wieder verwilderte Haus-Trampeltiere – ein Rätsel, das jetzt wissenschaftlich geklärt werden kann, nachdem die Einrichtung des *Naturschutzparks das Überleben si*chern wird.

Auch die rund 2000 Wildesel (Halbesel mit gewissen Eigenschaften von Pferden) dürften die letzten in Freiheit überlebenden ihrer Art sein. Andere Arten von Halbeseln überleben *nur noch in Zoos. 4000 Gobi-Gazellen,* 30 Gobi-Bären und 1500 bis 5000 Schneeleoparden gehören zu der kostbaren „Kaltwüstenfauna" der Gobi, die nun bewahrt werden soll.

Alle diese Tiere gehören zu den vom Aussterben bedrohten Arten. Besonders gilt das für die Schneeleoparden. Die zwischen den beiden Schutzgebieten umherziehenden Nomaden – die Arats – schießen sie ab, weil die Leoparden ihre Herden bedrohen. Die Arats, wie in den sozialistischen Staaten üblich, wurden zu Kooperativen zusammengeschlossen, die mit etwa 150 Familien über Herden von vielleicht 3000 Kamelen und 90 000 Ziegen verfügen und von einer Wasserstelle zur anderen ziehen. Um das Weideland zu vergrößern, hat man zahlreiche Brunnen gebohrt. Künftig will man die Arats zwingen, sich in den Naturparks nur noch auf festgelegten Routen zu bewegen, um die Jungenaufzucht der Kamele und Esel, aber auch die anderen Tiere nicht zu stören.

Die Mongolische Volksrepublik hofft – wie alle Länder mit Naturparks und den Resten interessanter Großtierfaunen – auf Touristenverkehr, der in Tsogt – am Rand des großen Parks – sein Zentrum haben wird. Man wird in absehbarer Zeit dort den Besuchern freilebende Herden der letzten Urwildpferde, nach dem russischen Entdecker „Przewalski-Pferde" genannt, zeigen können. Diese einst weitverbreiteten Wildpferde – Stammeltern der Hauspferde – hatten in der Wüste Gobi die letzte Zuflucht gefunden. Die letzten überlebenden Tiere wurden vor ein paar Jahrzehnten in dem kleineren Naturparkgebiet – dem „Dsungarei-Nationalpark" – gesichtet. Daß jetzt noch allerletzte freilebende Przewalski-Pferde entdeckt werden, nachdem das ganze Nationalparkgebiet zoologisch „revidiert" wurde, ist kaum anzunehmen. Der neue Bestand soll aus den Zoos der ganzen *Welt wieder aufgebaut werden, in de*nen das „echte" Wildpferd nicht zuletzt dank der „Vereinigung für die Erhaltung und den Schutz des Przewalski-Pferdes" überlebt hat.

Allerdings wird mit der Wüste Gobi nicht die „Original-Landschaft" gezeigt, *in der die Przewalski-Pferde* üblicherweise lebten. Sie waren von Natur aus zwar Steppentiere, doch nicht Tiere des Extremklimas der Gobi, in die sie nun ausgesetzt werden sollen. Sie wurden lediglich durch die Jagd und die immer weiter sich ausdehnende Landbebauung in die Gobi abgedrängt und fanden dort eine allerletzte Zuflucht. Ihr Aussterben wird zwar auf die Jagd mit immer moderneren Waffen zurückgeführt, doch darf auch der zunehmende Streß bei der Suche nach Wasserlöchern mit Restvegetation in der Wüste, die mehr und mehr bevölkert wurde, nicht unterschätzt werden.

Nicht leicht wird es auch sein, die neuen Wildpferd-Freilandherden vor der Vermischung mit den Pferden der Nomaden und vor der Infektion mit Krankheiten zu sichern. *Doch ist* dieses Projekt ein erster Schritt zum Sichern der Zukunft des Przewalski-Pferdes als Wildpferd und nicht als Zoo-Pferd.

WILHELM DENKER

Wahrheit der Photographie: Ugo Mulas in Zürich

Die Kreise im Quadrat

Man sieht die Photos heute anders als in der Zeit, in der sie entstanden. Heute sind Künstler wie Warhol, Johns, Rosenquist, Wesselmann, Lichtenstein allgemein bekannt. Als Ugo Mulas diese Aufnahmen – die jetzt im Kunsthaus Zürich zu sehen sind – in den frühen sechziger Jahren photographierte, standen die Maler noch am Anfang ihrer Karriere. Das Interesse der Öffentlichkeit, verkörpert durch die Präsenz des Photographen, war für sie noch ungewohnt.

Deshalb lassen die Bilder auch eine eigenartige Beziehung zwischen den Künstlern und dem Photographen erkennen. Das ist zum einen die Bewunderung, die Mulas offensichtlich den Malern und Bildhauern entgegenbrachte. Zum anderen aber ist es der Stolz der Künstler, daß ihr Werk einer künstlerischen Dokumentation für würdig erachtet wird. So läßt sich eine gewiße Koketterie mit dem Publikum – auch wenn es nur durch eine Kamera gegenwärtig ist – nicht verkennen.

Ugo Mulas wurde 1928 in der Provinz Brescia geboren. 1973 starb er in Mailand. Neben den Brotarbeiten mit der Kamera hat er sich immer wieder bemüht, neue Formen des photographischen Ausdrucks zu finden. Die Künstlerserien sind ein Beispiel dafür. Ein anderes ist der Versuch, einen Gedichtzyklus von Eugenio Montale photographisch zu interpretieren. Das ist ihm mit den Aufnahmen von der Steilküste bei Monterosso auf das zurückflutende Wasser oder mit dem Blick aus der Froschperspektive über die schwarzglänzenden Kiesel am Strand auf eine weiße, sich brechende Welle eindringlich gelungen. Diese Bilder vereinen in Schönheit Vergänglichkeit und Ewigkeit.

Um diese Pole kreist auch die Editionsfolge der „Verifiche". Mit ihnen wollte Mulas die Grenzen des photographischen Bildes und damit die Wahrheit der Photographie ausloten. Doch wie meist, wenn ein Photograph die Realität aufgibt, erhält er nur abstrakte Muster, die sich entweder im Dekorativen selbst genügen oder der Interpretation bedürfen. Mulas hat den „Verifica" Erläuterungen beigegeben, die verdeutlichen sollen, was man nicht sehen kann.

In der Ausstellung beeindrucken deshalb vor allem andere Aufnahmen. Das Photo eines tristen Schlosses, durch Solarisation verfremdet, das er für eine Bühnendekoration zu Brittens Oper „The Turn of the Screw" aufnahm, oder Alberto Giacometti beim Aufbau seiner Ausstellung, wobei die erstarrten Bewegungen des Bildhauers erstaunlich dem Erscheinungsbild seiner Plastiken gleichen. Oder er photographierte Kenneth Noland in seinem Landhaus in Vermont. Dabei entsteht eine höchst reizvolle Wechselbeziehung zwischen dem dunkel angemalten Dreieck des Giebels, dem großen Doppelquadrat der hellen Fenster und den Kreisen auf Nolands Gemälde, das man hinter dem Fenster in dem erleuchteten Atelier sieht.

Nicht der überraschende Schnappschuß war die Stärke von Mulas, sondern das Bild, das die Intentionen des Photographen wie des Photographierten vereint, ohne jedoch übertriebenen Inszenierungen oder anderen aufgesetzten Effekten zu verfallen. (Bis 17. März; Katalog 35 sfr.)

PETER DITTMAR



Der photographierte Photograph: Ugo Mulas (links) zusammen mit Andy Warhol FOTO: KATALOG

Plattenkritik: Der alternative Benny Goodman

Chaotische Swingperlen

Von Swing-König Benny Goodman erhält man auf Schallplatten eigentlich nur das, was ohnehin bekannt ist. Das Carnegie Hall Concert 1938. „Seine größten Erfolge", dies dann auch noch in „Hi-Fi" als Remake zum Film „Die Benny-Goodman-Story" (1955). Und alles endet irgendwie so um 1939, ist fast immer bezogen auf die Stars der ersten Stunde, auf Harry James, Lionel Hampton und Gene Krupa, mit immer denselben Titeln.

Aus Schweden kommt nun, und auch hier erhältlich, eine Alternative, die auch so heißt: „The Alternate Goodman". Die Firma Phontastic in Stockholm legte im Januar die zwölfte und abschließende LP einer Serie vor. Die Reihe präsentiert nur das, was derzeit vor Goodmans Ohren aus verschiedenen Gründen keine Gnade fand: die (meist) Erst-, Zweit- oder auch Drittversionen der Einspielungen sowie eine Vielzahl von Titeln, die weder damals noch später in den Handel kamen.

Diese Aufnahmen, alles andere als musikalische Blindgänger, atmen Live-Atmosphäre. Sei es, daß nach mißglückten Starts Studiogespräche und -anweisungen zur Wiederholung überleiten, sei es, daß sich die Sänger beim Einsatz um Bruchteile von Takten vertun, ihren Text noch nicht ganz intus haben oder Stücke sogar in alberner Kakophonie und totalem Chaos enden. Doch vor allem zeigt sich hier Swing – besonders in Goodmans kleinen Formationen –, wie er sich besser kaum denken läßt: in musikalischen Perlen.

Schwer, unter den insgesamt 189 Titeln die interessantesten herauszustellen. Die vorzüglichen (englischen) Kommentare und Diskographien von Russ Connor, die jeder Platte, jeder Aufnahme beigegeben sind, machen keine zusätzlichen Angaben notwendig. So bleibt nur noch darauf hinzuweisen, daß sich in dieser Zeit die Elite der Jazzmusiker bei Goodman ein Rendezvous gab.

Bemerkenswert ist auch der Wechsel bei Goodmans Arrangeuren. Hatte *zum Start Fletcher Henderson dem* Orchester die großen Hits maßgeschneidert, so übernahm 1939 Eddie Sauter diese Aufgabe und führte die Band in modernere, doch keineswegs weniger swingende Gefilde.

Vollständige Werkausgaben enthalten allerdings auch manche kommerzielle Trivialität. So auch hier, selbstverständlich und „Gott sei Dank": Endlich bekommt man einmal einen von „Experten" nicht zensierten Gesamteinblick in die Musik Goodmans. In den USA akzeptiert man von Jazzmusikern Beiträge ohne Jazzcharakter als Teil eines Ganzen – wir sollten es auch tun, sie gehören dazu.

GERHARD KLUSSMEIER

Rettungsversuch für Louis Spohrs romantische Oper „Zemire und Azor"

La Belle et la Bête im Zwiegesang

Vor einem Jahr hatte sich der Städtische Musikverein Lippstadt mit dem Kölner Rundfunkorchester verbündet, um Christian Gottlob Neefes Singspiel „Die Einsprüche" der Vergessenheit zu entreißen. Nun wurde diese Partnerschaft neu aufgelegt, und das abermals, um einer vergessenen deutschen Oper auf die Sprünge zu helfen: „Zemire *und Azor" von Louis Spohr. Die sze*nischen Aufführungen, zunächst in einigen Mittelstädten Westfalens, dann in Köln, waren Höhepunkt und Ausklang eines Spohr-Festivals anläßlich seines 200. Geburtstags im vergangenen Jahr.

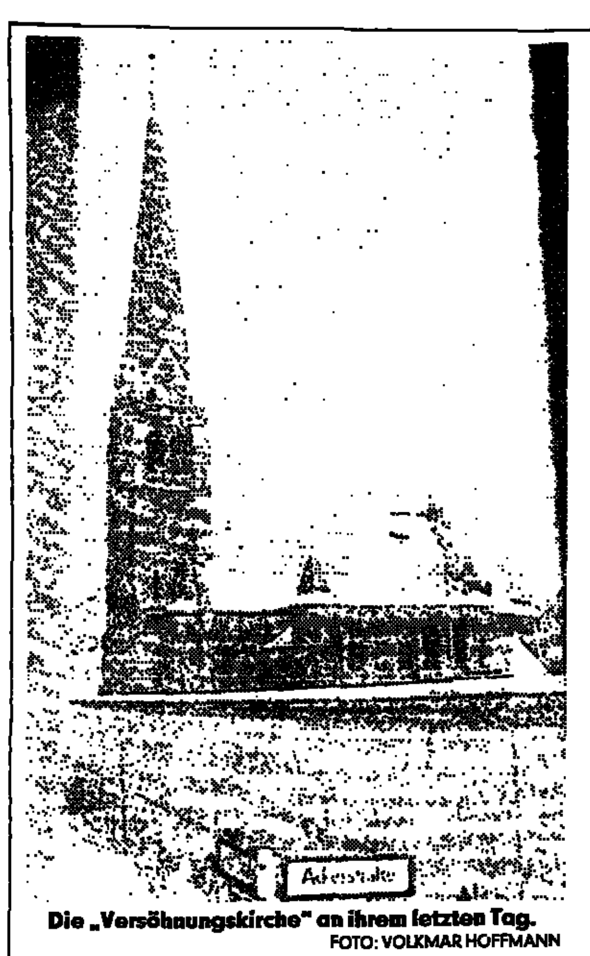
„Zemire und Azor, ein Kunstwerk, das in allen seinen Theilen seines Bildners werth ist, enthält hervorragende Einzelheiten, die dem Gefühle der Freunde der Tonkunst und der Verstandesfassung der Kenner sich gleich lebhaft aufgedrungen haben. Der unsichtbare Chor, der sich nach Erhebung des Vorhangs vernehmen läßt, ist so groß und herrlich gedacht als ausgesprochen. Die kühne und erfindungsschöne Art, mit welcher darin der Donner des Himmels in die Saitentöne und Menschenstimmen geflochten wurden, überraschte so stark als wunderbar und angenehm", so erinnerte sich Ludwig Börne an die Frankfurter Uraufführung von Spohrs Oper im Jahre 1819. Diese Begeisterung hat nicht angehalten.

Aber so manches wird doch wieder *wach davon, wenn man diese Aufführung* hört. Spohr hat tatsächlich so schön wie einfallsreich komponiert. Nachklänge von Mozart und Anklänge an Weber verbinden sich einander. Spohrs Oper ist ganz ein Kind ihrer Zeit: von graziösem romantischen Geist, *ein tönendes Pendant zu* Eichendorff. Das hat mehr Substanz als später der biedermeierliche Lortzing. Und es ist noch weit entfernt von den düsteren Schrecken der späteren romantischen Opern eines Marschner.

Das Libretto von Johann Jakob Ihlée erzählt die Geschichte von der Schönen und dem wilden Tier, „La Belle et la Bête", wie es später bei Cocteau heißen wird. Von den erotisch-psychologischen Ausdeutungen des 20. Jahrhunderts kann bei Spohrs Oper natürlich noch keine Rede sein. *Dort gibt der Stoff nicht mehr als eine* übliche Märchen- und Gruselgeschichte mit Happy-End her. Aber das reicht schon, Spohr zu blütenprächtigen Klängen zu inspirieren.

Ein bißchen mehr Akkuratesse beim Kölner Rundfunkorchester hät*te Spohrs Musik sicher in noch* besseres Licht gesetzt, wie auch der Dirigent, Joshard Daus, zuweilen etwas zögerlich schien. Und auch der Regisseur, Michael Schlüter-Padberg, befleißigte sich bei seiner Inszenierung (Ausstattung: Wolf-Eckhard Lange) *sichtlich der vorsätzlichen Harmlo*sigkeit. Zu den kulturpolitisch begrüßenswerten, künstlerisch aber halt doch fragwürdigen Prämissen der Kooperation von Rundfunk und Provinz zählt die Besetzung mit Nachwuchssängern. Von denen hat einstweilen nur Kirsten Juckel als Zemire das Zeug, eine solche Produktion in den Erfolg zu singen.

EUGEN BICHTERER



Die „Versöhnungskirche" an ihrem letzten Tag.
FOTO: VOLKMAR HOFFMANN

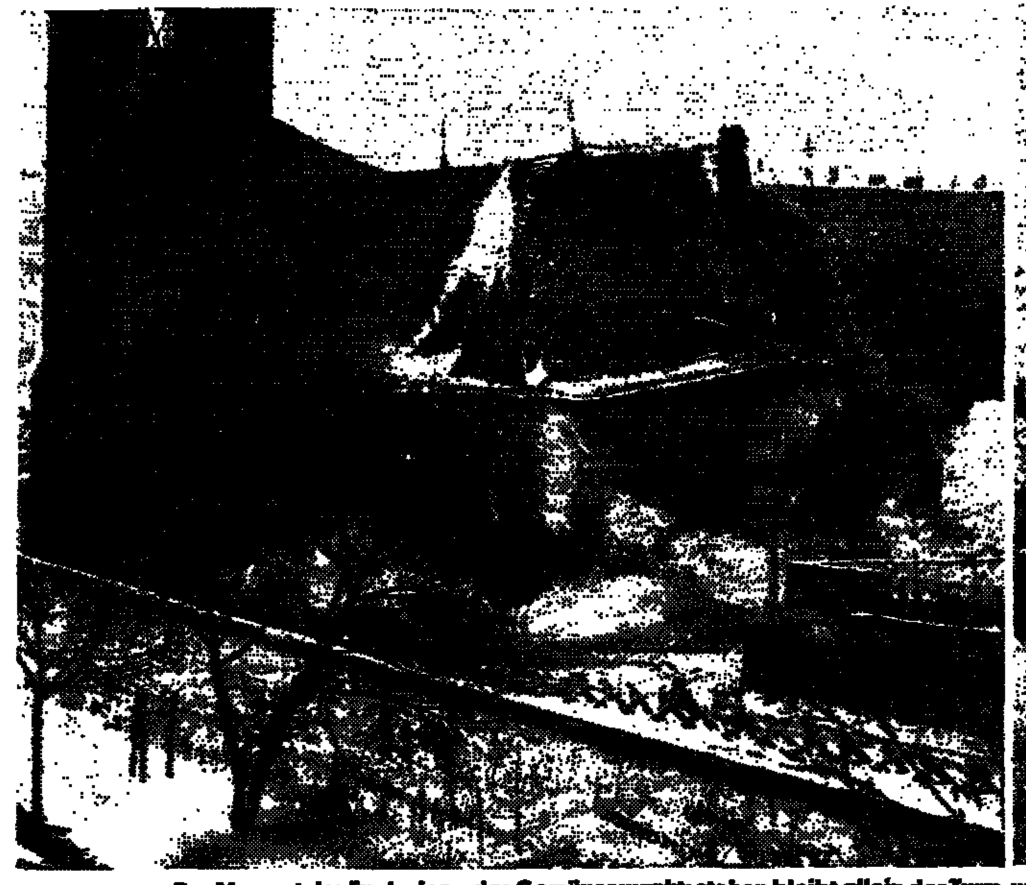
Eiskalte Sprengung erschüttert Berlin

Der *ohrenbetäubende* Knall der Sprengladung, die gestern früh um 9 Uhr 59 das Ziegelgemäuer der „Versöhnungskirche" erbeben und das Kirchenschiff Sekunden später bis auf die Grundmauern niedersinken ließ, erschütterte nicht nur die Berliner, die dem neugotischen Gotteshaus jenseits der Mauer eine letzte Reverenz erwiesen. „Gerade ist ein Stück Jugend kaputtgegangen, sagte jemand. Er hatte in dem gewaltigen säulenlosen Bau – von Kaiserin Auguste Victoria am 28. August 1894 eingeweiht mit den Worten „Lasset uns versöhnen mit Gott" – in seiner Jugend noch Gottesdienste erlebt.

In diesem Haus der Versöhnung, das dem Wunsch Ost-Berlins nach einem besseren Schußfeld zum Opfer gefallen ist, hat 1951 *eine Berlinerin geheiratet*, die sich gestern ihrer Tränen nicht schämte. „Wenigstens die Glocken sind vorher aus dem Turm geholt worden", sagte sie auf der Suche nach einem schwachen Trost.

Als die Backsteine gestern pünktlich zusammengesunken waren, stand der Kirchturm noch. Ihm wurde eine Galgenfrist eingeräumt: Am 12. Februar, aber soll auch er fallen. Daß der Kirchturm noch stehen darf, beruht auf kühler Kalkulation. Ost-Berlin wollte die Gefahr gering halten, daß der Glockenturm in den freien Teil der Stadt stürzt. Dort hätte er sicher keinen Menschen getroffen, die Polizei hatte abgesperrt. Aber er hätte eine Bresche in die Mauer schlagen können.

F. DIEDERICHS







Der Moment der Explosion – das Gemäuer wankt; stehen bleibt allein der Turm, wenn auch nur für eine Galgenfrist.
FOTOS: ROLAND HOLSCHNEIDER

Romantische Flucht endet vor dem Standesamt

KLAUS RÜHLE, **Rom**

Happy-End mit väterlichem Segen: So endete die romantische Flucht der noch nicht 18jährigen bildhübschen Flora D'amato, im Beruf Kellnerin, mit dem 30 Jahre älteren Luciano Lutring.

Ganz Italien kennt den Namen des Entführers, der in den sechziger Jahren den Zeitungen durch seine tolldreisten Banditenstreiche laufend Lesestoff bot und sogar einmal Hauptfigur eines Films war. Für seine Missetaten wurde Lutring zu einer langjährigen Zuchthausstrafe verurteilt, wegen guter Führung jedoch bald begnadigt.

Aus dem Banditenkönig wurde ein erfolgreicher Gastwirt, in dessen Restaurant seit drei Monaten die blutjunge Flora D'amato Dienst tut. Luciano verliebte sich Hals über Kopf in das junge Ding und Flora bezeugte ihrerseits, daß sie die große Liebe gefunden hatte.

Das mißfiel jedoch dem Vater des Mädchens. Er ging zur Polizei, worauf die Verliebten die Flucht ergriffen. Lutring wurde von dem erbosten D'amato wegen Ver- und Entführung einer Minderjährigen angezeigt und riskierte so erneut, im Kittchen zu landen.

Jetzt hat sich das Blatt gewendet. Flora konnte ihren Vater davon überzeugen, daß ihr Arbeitgeber und Verlobter seriöse Absichten hat und die Hochzeit in ein paar Wochen stattfinden wird. Damit endet eine romantische *Liebesstory, die von ganz Italien* mit Rührung verfolgt wird, in eitel Glück und Seligkeit. Der böse Räuber verwandelt sich in einen braven Bräutigam und die Braut dürfte die bald die bekannteste Wirtin Italiens sein.

Sein Credo verbreitete DeVries über Satellit

MARIA GROHME, **Bonn**

William Schroeder (52) lebt seit zwei Monaten mit einem künstlichen *Herzen aus Metall und Kunststoff.* Sein Zustand sei auch nach dem Schlaganfall erfreulich gut, meinte jetzt sein Arzt William C. DeVries (40), der ihm am 25. November 1984 das lebensrettende, etwa 300 Gramm schwere, preßluftbetriebene Kunstherz in die Brust pflanzte. „Er hätte höchstens noch zwölf bis 24 Stunden überlebt", erläuterte der Chirurg am



William C.DeVries

„Humana Hospital Audubon" in Louisville (US-Bundesstaat Kentucky) *den sensationellen Eingriff in letzter* Minute.

Das ärztliche Bulletin konnten jetzt Journalisten und Mediziner in Madrid, Paris, Tel Aviv, Den Haag und Bonn simultan via Satellit hinterfragen. Die „United States Information Agency" (USIA) *hatte die Konferenz*schaltung ermöglicht. Mit von der Partie war auch der Konstrukteur des Kunstherzens, Robert K. Jarvik (38). Er beantwortete die an ihn gerichteten Fragen von Salt Lake City (US-Bundesstaat Utah) aus.

Gelassen begegneten die beiden Ärzte moralischen oder ethischen Einwänden gegen das künstliche Transplantat. Trotz der komplizierten Lebensumstände, die Schroeder an ein kühlschrankgroßes Pumpaggregat, stundenweise an einen fünf Kilogramm schweren, tragbaren Impulsgeber fesseln, freue sich der Patient, am Leben zu sein. Das allein rechtfertige das Experiment, sagte DeVries. Er persönlich habe keine Bedenken, seine Intelligenz zur Verbesserung des Lebens einzusetzen, formulierte der Arzt sein wissenschaftliches Credo.

Die Lebenserwartung des zweiten Patienten mit einem künstlichen Herzen setzten Jarvik und DeVries unterschiedlich an. Zur Erinnerung: Der Zahnarzt Barney Clark lebte 112 Tage mit dem Herzersatz und starb nach vielen organischen Komplikationen an Kreislaufversagen.

DeVries gab daher zu bedenken, daß Krankheiten wie Infektionen, die normalerweise leicht zu behandeln seien, sich auf Kunstherzpatienten verheerend auswirken können. Sein Fazit: Schroeder lebe zur Zeit immer noch „von Tag zu Tag".

Jarvik äußerte sich zuversichtlicher. Warum solle Schroeder nicht noch Jahre leben?

An Tieren erprobt Jarvik zur Zeit einen batteriebetriebenen Herzersatz. Für die ferne Zukunft schwebt ihm ein atombetriebener Impulsgeber *vor. Der könnte dann zusammen mit* dem künstlichen Herzen implantiert werden, so daß der Patient volle Bewegungsfreiheit erhielte.

Die Mobilität Schroeders soll ein für seine Bedürfnisse umgebauter Mini-Bus verbessern.

LEUTE HEUTE

Schlagfertig

„Dallas"-Star **Priscilla Presley** hat Kummer mit ihrer 16jährigen Tochter **Lisa Marie.** Der Teenie verliebte sich in den mexikanischen Gärtner, der mehr als doppelt so alt ist wie die Tochter des verstorbenen Rock'n'Roll-Star Elvis Presley. Einwände der Mutter, sie sei zu jung für die Liebe, ließ die Tochter nicht gelten: „Als du mit Papi anfingst, warst du noch zwei Jahre jünger", antwortete sie.

Schluderig?

Nun sollen seine Memoiren doch nicht erscheinen: Rock-Star **Mick Jagger** (40) hat den Plan fallenlassen, sein Leben vor der Öffentlichkeit *auszubreiten. Vor zwei Jahren* zahlte ihm ein Londoner Verlag einen Vorschuß von angeblich acht Millionen Mark. Doch auch die Ghostwriter brachten kein annehmbares Manuskript zustande. „All der Alkohol, die Drogen und der *Rock'n'Roll haben sein Gedächtnis* zu stark getrübt", mutmaßt eine Londoner Sonntagszeitung. Jagger hat den Vorschuß teilweise zurückgezahlt.

Schlüsselerlebnis

Nach 30 Jahren Fahrstunden und vielen Karambolagen bestand die 75jährige **Marie Bailey** aus Albuquerque (US-Bundesstaat New Mexico) endlich die Fahrprüfung und erhielt einen Führerschein. In den fünfziger Jahren übte sie mit ihrem Mann John als Lehrer auf unbefahrenen Landstraßen in Alaska und hatte dabei, wie sie selbst sagt, ein für viele Jahre hemmendes Schlüsselerlebnis: Sie kollidierte mit einer Kuh.

Schweres Los für Zeugen

Viele Erinnerungslücken im „Hell's Angel"-Verfahren

HORST DALCHOW, **Hamburg**

In dem Strafprozeß gegen die „Hell's Angels" wird die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Hamburg voraussichtlich keine Schwierigkeiten haben, den 14 Angeklagten Gewalttaten gegen Personen und Sachen nachzuweisen, obwohl viele der rund 200 Zeugen kaum sehr aussagefreudig sein dürften. Die Angst vor Repressalien ist groß. Schon der erste Zeuge der Anklage konnte sich am dritten Verhandlungstag kaum noch daran erinnern, daß einige der Beschuldigten in seinem Lokal randaliert hatten, um „Schutzgelder" zu erpressen. Dennoch glaubt die Staatsanwaltschaft, dafür Beweise zu besitzen, ebenso wie für den anderen *Hauptvorwurf, daß junge Mädchen* zur Prostitution gezwungen wurden.

Dabei war diese Art des Gelderwerbs allem Anschein nach ursprünglich keineswegs das Ziel der Hell's Angel gewesen – trotz des martialischen Namens, den sich der 1971 *gegründete Motorradclub zugelegt* hatte: „Bloody Devils".

Mit einem wöchentlichen Beitrag von fünf Mark konnte jeder dabei sein, der eine Maschine mit mindestens 500 ccm Hubraum besaß. Die Mitglieder wollten lediglich „Kameradschaft pflegen und gemeinsame Ausflüge machen", wie sie auch heute noch beteuern. Das Image änderte sich freilich schnell: Durch ihre Montur und ihre rücksichtslose Fahrweise wurden sie schnell den Rockern zugerechnet. Auf die kleinste Kleinigkeit *reagierten die „Hell's Angels", wie sie* sich inzwischen nannten, gewalttätig. Am 14. April 1973 starb ein 20jähriger Gemeindehelfer im Freizeitkeller der Hamburger Apostelkirche unter ihren Schlägen, Tritten und Messerstichen. Er und einige andere junge Männer hatten es gewagt, drei „Hell's Angels" vor die Tür zu setzen. Diese kehrten am Abend mit Verstärkung zurück und nahmen Rache. Noch einmal kam die Bande glimpflich davon: Wer die tödlichen Stiche abgegeben hatte, wurde nie geklärt. Die Rädelsführer, die im übrigen bis dahin „normalen" Berufen nachgegangen waren, erhielten vier Jahre Haft – aber nicht wegen Totschlags, sondern wegen „gemeinsam begangener Körper*verletzung mit Todesfolge". Danach* aber driftete die Bande ab in die Kriminalität.

Inzwischen hatte man sich eng mit der internatinalen Organisation der „Hell's Angels" verbunden und übernahm offenbar die Praktiken der kali*fornischen „Zentrale", als dazu gehö*ren sollen: Schutzgelderpressungen, Prostitution und Zuhälterei.

Allein der Hauptangeklagte dieses Verfahrens, Heinz-Rainer Kopperschmidt, soll von einer einzigen Prostituierten in Zürich 100 000 Schwei*zer Franken pro Jahr „eingetrieben"* haben. In Hamburg machte die Kripo Gastwirte aus, die pro Monat bis zu 1400 Mark zu bezahlen hatten. Und selbst sie sollen noch weiter ausgenommen worden sein.

Die 28 Pflichtverteidiger der 14 Angeklagten werden zunächst mit etwa 7000 Mark pro Verhandlungstag aus der Staatskasse honoriert. Zwei Anwälte pro Angeklagten sollen die Kontinuität des Verfahrens sicherstellen, falls einer der Anwälte ausfällt. Im Fall einer Verurteilung *werden die Kosten allerdings den An*geklagten aufgebürdet. Sieben der 14 befinden sich inzwischen wieder auf freiem Fuß. Daß sie Zeugen unter Druck setzen könnten, bezeichnen ihre Anwälte als „eine lächerliche Erfindung".

Rio: 1,4 Millionen Besucher beim Rockfestival

rtr, **Rio de Janeiro**

Die Konzerte des zehntägigen Rockfestivals in Rio, bei dem unter anderen Rod Stewart, James Taylor, die Gruppen Queen und Yes auftraten, haben fast 1,4 Millionen zahlende Besucher gesehen. Wie der Veranstalter Roberto Medina am Montag mitteilte, wurde damit der zur Deckung der Kosten von umgerechnet rund 38 Millionen Mark nötige Verkauf von 1,3 Millionen Tickets deutlich übertroffen. Der „Rock in Rio" soll zum alljährlichen Ereignis werden. Einen Rekord stellte auch die amerikanische Imbiß-Firma McDonald's auf: Sie verkaufte am zweiten Tag des Festivals 58 185 Hamburger und übertraf damit die bisherige Tageshöchstleistung um fast 50 Prozent.

Beschwerde zurückgezogen

Nea. **Frankfurt**

Überraschend hat der Frankfurter Rechtsanwalt *Egon Geis fernschrift*lich eine bereits vor einer Woche mündlich erhobene Haftbeschwerde im Fall seines Mandanten Hans-Otto Scholl zurückgezogen. Gründe für diesen Schritt sind nicht bekannt. Der frühere FDP-Politiker Scholl sitzt *seit dem 5. Januar* in Baden-Baden unter dem Verdacht des Juwelenraubs in Untersuchungshaft.

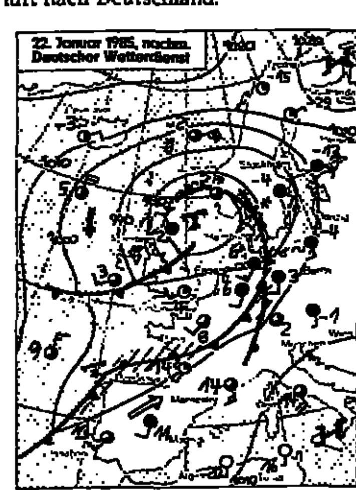
Regierungsrat ausgeliefert

AP, **Bern/Basel**

Nach einer dreitägigen Haft haben die Schweizer Behörden am Montag den unter Mordverdacht stehenden ehemaligen bayerischen Regierungsrat Hartmut Görs an die Bundesrepublik Deutschland ausgeliefert. Görs war seit dem 24. September mitsamt seiner Familie verschwunden. Später wurden die Leiche seiner erstickten dreijährigen Tochter und die Leiche seiner halbverkohlten 30jährigen Frau am Rande einer Autobahn in Nordbayern gefunden. Eine in Niedersachsen entdeckte Jungenleiche könnte die des ebenfalls ebenfalls verschwundenen Sohns sein. Der Finanzbeamte wurde bei seiner Einreise aus Frankreich auf dem Baseler Bahnhof verhaftet.

WETTER: Wechselhaft

Wetterlage: Der Ausläufer eines über der nördlichen Nordsee gelegenen Tiefs schwenkt ostwärts und lenkt vorübergehend etwas kühlere Meeresluft nach Deutschland.



Vorhersage für Mittwoch:

In Süddeutschland und im Raum Berlin zunächst noch stark bewölkt und gebietsweise Regen. Später hier wie im übrigen Bundesgebiet wechselnd bewölkt und einzelne Schauer, in höheren Lagen zum Teil als Schnee. Tagestemperaturen zwischen plus 2 und 5 Grad, nachts um 0 Grad, im Bergland und am Erdboden bis minus 4 Grad. Mäßiger Wind aus Südwest bis West.

Weitere Aussichten:

Weiterhin unbeständig und wieder milder.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	3°	Kairo	18°
Bonn	8°	Kopenh.	2°
Dresden	1°	Las Palmas	15°
Essen	6°	London	4°
Frankfurt	5°	Madrid	11°
Hamburg	6°	Mailand	2°
List/Sylt	2°	Mallorca	17°
München	2°	Moskau	-19°
Stuttgart	6°	Nizza	8°
Algier	20°	Oslo	-6°
Amsterdam	4°	Paris	8°
Athen	14°	Prag	-2°
Barcelona	14°	Rom	14°
Brüssel	7°	Stockholm	-4°
Budapest	1°	Tel Aviv	12°
Bukarest	-5°	Tunis	16°
Helsinki	-13°	Wien	-1°
Istanbul	6°	Zürich	4°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 8.11 Uhr, Untergang: 16.58 Uhr; **Mondaufgang:** 10.09 Uhr, Untergang: 20.41 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

„In Moçambique gibt es überhaupt nichts mehr"

Zum „Tag für Afrika", der heute weltweit begangen wird, schildert der Leiter eines SOS-Kinderdorfes in Äthiopien die Lage vor Ort. Sein Fazit: Die Situation in Äthiopien ist schlimm, in Moçambique mittlerweile aber noch schlimmer.

PETER SCHMALZ, **München**

Der Unterstand ist aus rohen Stäm*men gezimmert, Bastmatten spenden* Schatten, auf langen Holzbänken kauern Frauen und Kinder und essen ihr Fladenbrot. Der provisorische Bau steht im SOS-Kinderdorf in der äthiopischen Stadt Makalle mitten im Hungergebiet und ist ein wichtiger Teil eines Hilfsprogramms, das der „Hermann-Gmeiner-Fonds" von München aus für seine afrikanischen Kinderdörfer organisiert.

Die Initiative begann vor Ort, als die ersten Hungernden in der Provinzstadt Zuflucht und Nahrung suchten. Die Jugendlichen in dem dortigen SOS-Kinderdorf erinnerten sich noch daran, daß auch sie in der Hungersnot vor gut zehn Jahren um Hilfe gefleht haben und als Vollwaisen in dem mit deutschen Spenden gebauten Kinderdorf aufgenommen wurden, wo sie noch heute leben. „Sie haben sofort eine Hausspeisung organisiert", erinnert sich Afrika-Leiter Werner Handl. „Neben der Schule und den Hausaufgaben begannen sie, in großen Kesseln Suppe zu kochen und auszuteilen."

Mittlerweile hat der Gmeiner-Fonds zehn Helfer engagiert, die den fünf Dutzend Buben und Mädchen beim Kochen und Verteilen beistehen, der Unterstand wurde gebaut, damit die ausgemergelten Gestalten nicht in der sengenden Sonne sitzen.

Essen, aber kein Brennholz

Die Hausspeisung hatte im November mit 200 Essen täglich begonnen, bald waren es 500, jetzt werden 1000 versorgt mit dem äthiopischen Fladenbrot Injira, in dessen Mulde eine nahrhafte Suppe aus Bohnenmehl und Fleisch geschöpft wird. Handl: „Nach drei Wochen sind die so Versorgten kräftig genug, um anderen *Platz zu machen.*"

Allein in Makalle leben in diesen Tagen mindestens 80 000 Flüchtlinge. Für die 30 000 schwersten Fälle kochen die internationalen Hilfsorganisationen, die anderen 50 000 aber müssen sich aus Trockenrationen, die verteilt werden, selbst versorgen. SOS-Kinderdorf-Manager Handl beobachtete, daß viele von ihnen Teile ihrer Essenszutaten umtauschen müssen für das knappe Brennholz, ohne das sie sich keine warme Mahlzeit kochen können. Unter diesen Leuten suchen sich die Gmeiner-Kinder die Schwächsten und Bedürftigsten aus.

Mit mindestens neun Millionen Mark engagiert sich der Münchner Fonds in Äthiopien. Neben den drei Kinderdörfern in Addis Abeba, Harrar und Makalle wurden aus Zelten Notdörfer in Asmara und Awasa errichtet, die noch in diesem Jahr mit festen Häusern ausgestattet werden.

Daneben beginnt ein bisher einmaliges Pilotprojekt, an dem die äthiopische Regierung ein großes Interesse hat. Der Gmeiner-Fonds wählt aus den Hungernden von Makalle 500 Familien aus, die möglichst aus drei Nachbardörfern geflüchtet sind. Sie werden verpflegt und mit Kleidung ausgestattet. Wenn sie wieder zu Kräften gekommen sind, werden sie von SOS-Leuten in ihre Dörfer gebracht. Dort wird ihnen bei der Reparatur der Häuser und beim Bau von kleinen Staudämmen geholfen, sie erhalten Saatgut und einen kleinen Viehbestand. Handl zur WELT: „Wenn dann nach der Regenzeit die erste Ernte vorüber ist, können diese Familien ohne fremde Hilfe leben."

Mit Sorge sieht Handl jedoch, wie sich das weltweite Interesse fast ausschließlich auf den Hunger in Äthiopien konzentriert. „In anderen Ländern Afrikas", sagt er, „ist die Situation kaum besser. Nur strömen dort die Hungernden nicht in großer Zahl in die Provinzhauptstadt, sondern verhungern in ihren Dörfern. Aber ein paar Hungertote sind heute nicht mehr interessant."

Neues Aufgabengebiet

Werner Handl fliegt noch in dieser Woche nach Moçambique, wo er eine neue Hilfsaktion ins Leben rufen will. Dort soll es mittlerweile noch schlimmer als in Äthiopien sein, wo es außerhalb der Hungergebiete noch *fruchtbare Felder und Gärten* gibt. „Aber in Moçambique gibt es überhaupt nichts mehr", so Handl.

Spendenkonto: Hermann-Gmeiner-Fonds Deutschland e. V., München, Deutsche Bank München, Konto: 111 111 1 – Kennwort: Äthiopien/Awasa)

ZU GUTER LETZT

Was ist ein Meter? Nach dem Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft vom 3. Januar 1985 ist ein Meter „die Länge der Strecke, die Licht im Vakuum während der Dauer von 1/299 792 458 Sekunde zurücklegt"